

Das Parlament

Berlin, Montag 21. Dezember 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 52-53 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Würdigung auf Deutsch

António Guterres Bei seinem Besuch im Bundestag anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen hat der UN-Generalsekretär vergangene Woche Deutschland als „Friedensmacht“ und „Säule des Multilateralismus“ gewürdigt. „Deutschland ist in der ganzen Welt ein wichtiger Verbündeter in unserem Bemühen um Frieden“, betonte Guterres in seiner auf Deutsch gehaltenen Rede. Er lenkte den Blick auf die Nöte von Entwicklungsländern: Die Covid 19-Pandemie habe „unsere Welt auf den Kopf gestellt“ und tiefe Bruchlinien offengelegt. „Überall haben die Schwächsten am meisten zu leiden.“ Nötig sei eine gerechte weltweite Verteilung der Impfstoffe. „Sie müssen überall und für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein. Ein Impfstoff, der den Menschen gehört“, sagte Guterres (siehe Seite 10). ahe



ZAHLE DER WOCHE

193

Staaten sind Mitglied der Vereinten Nationen. Bei der Gründung im Jahr 1945 waren es 51 Länder. Die Bundesrepublik trat – damals zeitgleich mit der DDR – 1973 den Vereinten Nationen bei. Mit rund 187 Millionen US-Dollar im Jahr 2020 ist Deutschland viergrößter Beitragszahler zum regulären Budget der Organisation.

ZITAT DER WOCHE

»Den Blick weiten auf die globalen Krisen.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundestagspräsident, erinnert anlässlich des Guterres-Besuchs daran, dass man in Deutschland bei allem existenziellen Leid in der Corona-Pandemie nicht aus den Augen verlieren dürfe, wie sehr Menschen in anderen Weltregionen auf Hilfe angewiesen sind.

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Arbeit und Soziales Werkverträge in Schlachthöfen werden verboten Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
EEG Gesetzesnovelle soll Energiewende neuen Schwung bringen Seite 7

Wirecard Auftritt eines Ex-Ministers im Untersuchungsausschuss Seite 7

KEHRSEITE
Gewinn Das Weihnachtsrätsel des „Parlaments“ Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

Unbeliebte Notbremse

CORONAKRISE Streit über gesetzliche Grundlage für die anstehende Impfkampagne

Die Zahlen lösen größte Sorge aus: Das Robert-Koch-Institut (RKI) meldete am vergangenen Mittwoch 952 Coronatote, ein neuer, beängstigender Tageshöchstwert, hinzu kamen beinahe 30.000 Neuinfektionen. In einzelnen Krankenhäusern, die längst am Limit operieren, soll schon über die gefürchtete Triage beraten worden sein, also über die Frage, welche Patienten bei nicht ausreichenden Ressourcen mit Vorrang behandelt werden sollen. Aus Sachsen kamen Berichte, wonach Ärzte in einigen Fällen bereits entscheiden mussten, welcher Patient künstlichen Sauerstoff bekommt und wer nicht. Im Freistaat sind die Infektionszahlen rapide gestiegen, einer von vielen Hotspots in Deutschland.

Die zweite Coronawelle ist schlimmer als die erste, das lineare Wachstum entwickelt sich womöglich wieder zu einer exponentiellen Kurve, und der Winter fängt gerade erst an. Not schweift zusammen: Bei den Bund-Länder-Gesprächen vor einer Woche bestand Einigkeit, dass nur noch eine Notbremse das Gesundheitssystem vor dem Kollaps retten kann. Aus dem weichen ist ein harter Lockdown geworden, der mindestens bis zum 10. Januar 2021 gelten soll, nicht wenige Experten rechnen jetzt schon mit einer Verlängerung.

Feiertage Die Entscheidung, die sozialen Kontakte stark zu begrenzen und das öffentliche Leben herunterzufahren, ist gerade vor den Weihnachtsfeiertagen sozial wie wirtschaftlich heikel, denn Familien wollen sich treffen, und viele Einzelhändler machen im Dezember normalerweise das größte Geschäft des Jahres. Gleichwohl waren die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin der Auffassung, dass gehandelt werden müsse, um die Kontrolle über das Infektionsgeschehen nicht komplett zu verlieren.

Hoffnung macht der Impfstoff von Biontech/Pfizer, der bei der Wirksamkeit Spitzenwerte erzielt hat und in Deutschland womöglich noch in diesem Jahr zum Einsatz kommt. Schneller als die EU sind Großbritannien und die USA, wo nach einer Notfallzulassung des Vakzins die Massenimpfung gegen Sars-Cov-2 bereits angefallen ist (siehe Seite 3). Die europäische Arzneimittelbehörde (EMA) hat eine Zulassung noch vor Weihnachten in Aussicht gestellt, nachdem zunächst vom Jahresende die Rede war. Zu Beginn der Massenimpfungen wird es nicht genügend Vakzine für alle geben. Somit müssen Prioritäten gesetzt werden. Die Ständige Impfkommission (Stiko) hat dazu Empfehlungen erarbeitet, die in eine Impfverordnung eingeflossen sind. So sollen zunächst Menschen über 80 Jahre, Bewohner und Betreuer in Pflegeeinrichtungen und besonders gefährdete Mitarbeiter im Gesundheitswesen immunisiert werden. Experten rechnen erst im Sommer 2021 mit ausreichend Impfstoff für alle.

Würde Der Bundestag befasste sich vergangene Woche in einer verkürzten Plenarwoche gleich in mehreren Beratungen mit der Gesundheitslage und den kommenden Impfungen. In einer Aktuellen Stunde ging es um die konkrete Umsetzung der nationalen Impfstrategie, einen Tag später um einen Gesetzentwurf der FDP-Fraktion (19/25260), in dem die Verteilung des Impfstoffs sowie die Kriterien für die Reihenfolge der Impfungen geregelt werden. Nach Ansicht der FDP ist angesichts der Tragweite der Massenimpfungen ein Gesetz statt einer Rechtsverordnung des Bundesgesundheitsministeriums zwingend erforderlich. Linke und Grüne teilen die Ansicht. In einem Rückblick auf das Krisenjahr 2020 erinnerte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) an die vielen Menschen, die dem Virus bereits zum Opfer gefallen sind. Hinter den abstrakten Zahlen stecken Schicksale. Die Tragik sei umso größer, als viele Verwandte sich von ihren sterbenden Angehörigen nicht würdevoll hätten verabschieden können. Schäuble



Die Viruskrise überschattet in diesem Jahr auch das Weihnachtsfest. Soziale Kontakte müssen reduziert, Besuche verschoben werden.

© Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

dante den Fachkräften im Gesundheitswesen, die bis an die Belastungsgrenze gingen, um Patienten zu helfen. Auch andere Redner äußerten sich bestürzt über die Toten und forderten Solidarität, um weitere Opfer zu vermeiden.

Vertrauen Gesundheitspolitiker warben zugleich für Vertrauen in die in Rekordzeit entwickelten Impfstoffe. Karin Maag (CDU) sagte: „Wir brauchen zuallererst das Vertrauen der Menschen in das Impfen und in die Impfstoffe.“ Sie mahnte: „Wir können so viel Leid mit diesem Impfstoff verhindern. Es wäre schlicht ein wunderbares Weihnachtsgeschenk.“ Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) betonte, es sei eine bewusste Entscheidung gewesen, den Impfstoff nicht auf Basis einer Notfallzulassung, sondern einer ordentlichen Zulassung freizugeben. Es handle sich weltweit um die erste ordentliche Zulassung für diesen Impfstoff. Die Impfstrategie werde im Übrigen in einem transparenten Verfahren und auf wissenschaftlicher Basis ausgearbeitet. Spahn versicherte: „Impfen ist der Weg raus aus der Pandemie, und wir sind auf diesen Weg gut vorbereitet.“ Der Grünen-Gesundheitsexperte Janosch Dahmen warnte gleichwohl vor allzu großer Impfeuphorie. Zwar sei der Impfstoff der zentrale Baustein im Kampf gegen die Pandemie, jedoch dürfe der Beginn der Impfungen nicht zum Sieg über das Virus erklärt werden. „Nur weil der Impfstoff da ist, ist das Coronavirus nicht plötzlich weg.“ Es werde Monate dauern, bis die

»Wir brauchen zum Impfen eine präzise gesetzliche Grundlage.«

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP)

Impfwilligen mehrheitlich immunisiert seien. Zudem müsse der Impfstoff selbst gegen Misstrauen immunisiert werden, sagte Dahmen in Anspielung auf die Skeptiker, die zuletzt laut Umfragen zahlreicher geworden sind.

Heftige Gegenwehr kam von der AfD-Fraktion, die der Regierung falsche Rezepte im Umgang mit der Seuche attestierte. Paul Podolay (AfD) kritisierte, Deutschland werde mit dem Lockdown „erneut auf das wirtschaftliche Abstellgleis gestellt“. Auch die Impfstrategie zeuge von mangelnder Weitsicht. Sobald der Impfstoff zugelassen sei, „geht das große Stechen los“.

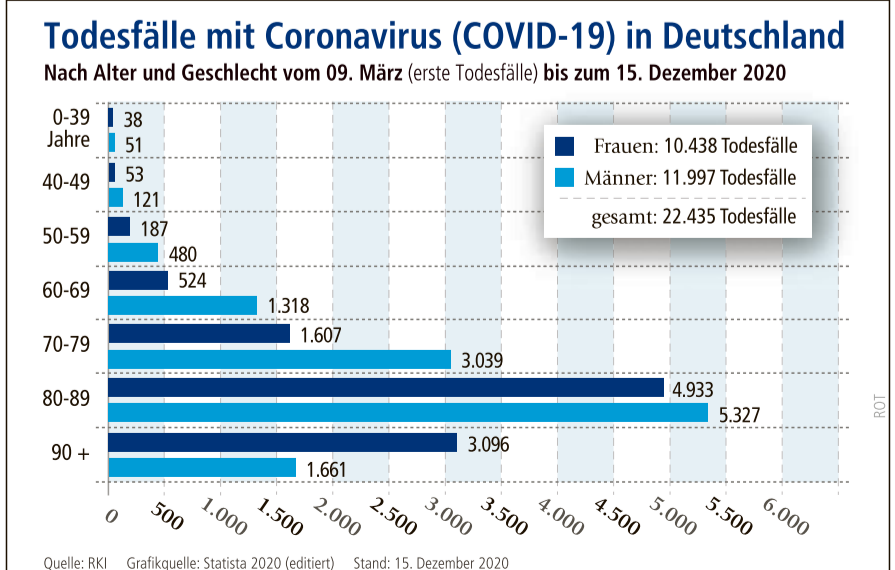
Verordnung Neben dem Lockdown sorgte die Impfverordnung, die Spahn am Freitag unterschrieb, für Streit zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) sagte, die Prioritätensetzung beim Impfen bedürfe einer hinreichend präzisen gesetzlichen Regelung. Dies sei auch Auffassung des Ethikrates, der Wissenschaftsakademie Leopoldina und der Stiko. Es gebe keinen Grund, weshalb nicht im Bundestag über das Impfkonzept entschieden werden sollte, fügte sie mit Blick auf den von der FDP vorgelegten Gesetzentwurf hinzu.

Grüne und Linke lobten die Initiative der FDP und warfen der Bundesregierung in der Coronakrise gesetzgeberische Versäumnisse vor. Achim Kessler (Linke) sagte, die Impffreiheit sei mit schwierigsten ethischen Fragen verbunden, denn die Festlegung könne Menschenleben kosten. Die Verordnung reiche nicht aus, um solche

Entscheidungen zu legitimieren. Gerichte könnten die Verordnung kippen.

Kordula Schulz-Asche (Grüne) schloss sich der Kritik an. Die zunächst begrenzte Verfügbarkeit der Impfstoffe in Verbindung mit der lebensbedrohlichen Infektion sei grundrechtsrelevant. Hier sei eine klare Rechtsgrundlage nötig, um Ärzten in den Impfbüros die Arbeit zu erleichtern. In dieser Gesundheitskrise sei der Schutz der Rechte der Bürger zentral, dafür gebe es die gewählten Parlamente. Robby Schlund (AfD) sprach von einer „Impfszenierung“. Hochrisikopatienten zuerst impfen zu wollen, bedeute auch, dass dort die größten Nebenwirkungen zu erwarten seien. Sinnvoller wäre es, zunächst etwa Polizisten und Rettungskräfte zu impfen. Auch sollten die Mitglieder der Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und sich impfen lassen. Die Menschen hätten das Vertrauen in die Regierung und ihre Hauruck-Maßnahmen verloren.

Flexibilität Union und SPD halten ungeachtet der Oppositionskritik daran fest, die Impfdetails über die Rechtsverordnung zu regeln. Rudolf Henke (CDU) erklärte, das unlängst beschlossene dritte Bevölkerungsschutzgesetz enthalte eine Ermächtigung an das Bundesgesundheitsministerium, die Einzelheiten in einer Verordnung zu regeln. Es gebe in der Sache im Übrigen keinen zentralen Unterschied zwischen den Regelungen des Ministeriums und den Vorschlägen der FDP. Es handle sich um genau die gleiche Priorisierung bei den Impfungen. Das Parlament habe zudem jederzeit die Möglichkeit, die Verordnung durch ein Gesetz zurückzuziehen. Auch Sabine Dittmar (SPD) wies die Vorwürfe zurück und sagte, es sei im Gesundheitsausschuss ausführlich über die Impfstrategie beraten worden. Die jetzt festgelegte Reihenfolge orientiere sich an den Forderungen der Leopoldina und der Ethikkommission. Von Geheimniskrämerei oder einem Hauruck-Verfahren könne also nicht gesprochen werden. Die Impffreiheit sei elementar und grundrechtsrelevant. Ein weiteres Gesetzgebungsverfahren würde bei der Priorisierung aber auch zu keinem anderen Ergebnis führen. Zudem sei schnelles Handeln dringend angesagt. Mit dem jetzt verfolgten Weg könne noch in diesem Jahr mit den Impfungen begonnen werden. Claus Peter Kosfeld



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In Großbritannien ist nach einer Notfallzulassung des Vaksins von Biontech/Pfizer die Massenimpfung gegen das Coronavirus schon angelaufen, hier in einer Sporthalle in Cardiff.

© picture-alliance/empics/Justin Tallis

Im Lastwagen durch den Tunnel

GROSSBRITANNIEN Die Regierung hat sich ehrgeizige Impfziele gesetzt, aber die Probleme stecken im Detail

Reine Routine für die Krankenschwester, aber ein bedeutsamer Moment für das Land. „Entspannen Sie ihren Arm“, sagt May Parsons zu ihrer Patientin, der 90-jährigen Margaret Keenan. Die Spritze hält sie in ihrer rechten Hand. Dann piekst sie und meint fröhlich: „Schon gemacht.“ Kameras blitzen, Applaus von den umstehenden Zuschauern.

So begann am 8. Dezember im University Hospital im englischen Coventry das größte Impfprogramm, das Großbritannien jemals gesehen hat. In der Woche zuvor hatte die britische Arzneimittelbehörde Medicines and Healthcare products Regulatory Authority (MHRA) grünes Licht gegeben für die Corona-Vakzine, die das Mainzer Unternehmen Biontech in Zusammenarbeit mit dem US-Pharmariesen Pfizer entwickelt hat.

Logistik Die logistische Herausforderung der Impfkampagne ist enorm. Die Arznei wird aus der Pfizer-Fabrik im belgischen Puurs geliefert. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass sie bei einer Temperatur von minus 70 Grad gelagert werden muss. In speziellen, mit Trockeneis ausgekleideten Tiefkühltruhen, wird der Impfstoff in Lastwagen durch den Eurotunnel auf die Insel transportiert. In einem zentralen Depot überprüfen Fachleute zunächst, ob die Qualität im Transit beeinträchtigt worden ist. Wenn alles stimmt, werden die Kisten in rund 70 Krankenhäuser landesweit befördert.

Hier wurden die ersten Dosen gespritzt – angefangen mit Menschen über 80, die am stärksten gefährdet sind. Zu den prioritären Gruppen zählen zudem Pfleger in Altersheimen sowie Mitarbeiter des Gesundheitsdienstes NHS, die direkten Kontakt zu Patienten haben. Wer an der Reihe ist, erhält einen Anruf vom Krankenhaus und wird für einen 15-minütigen Termin gebucht. In einem zweiten Schritt haben eine Woche später ausgewählte Hausarztpraxen mit der Verabreichung des Impfstoffs begonnen. Der NHS will 30.000 freiwillige Helfer rekrutieren und ausbilden, damit sie die Vakzine verabreichen können. Eine Woche nach Anlauf des Programms hat die Regierung bekanntgegeben, dass rund 138.000 Patienten ihre erste Impfung erhalten haben. „Ein wirklich guter Anfang“, sagte Nadhim Zahawi, der zuständige Minister im Gesundheitsministerium.

Sicherheit Der Impfstoff wurde in Großbritannien sehr schnell zugelassen, noch vor den USA, der EU und anderen Industrieländern. Das hat manche zweifeln lassen, ob die Briten die Überprüfung womöglich übers Knie gebrochen haben und die Sorgfalt fehlen ließen. Doch die Vorsitzende der MHRA, June Raine, erklärte, dass „keine Kurven geschnitten“ worden seien und dass „die Sicherheit der Öffentlichkeit immer zuerst kommt“. Die schnelle Zulassung sei möglich gewesen, weil man das

Das Gesundheitsministerium setzt nicht nur auf Biontech, sondern hat noch eine ganze Reihe weiterer Impfstoffe vorbestellt. Am wichtigsten ist der von AstraZeneca und der Universität Oxford: Davon haben sich die Briten 100 Millionen Dosen gesichert. Diese Arznei ist laut Tests zwar etwas weniger wirksam, kann dafür aber in einem normalen Kühlschrank gelagert werden. Der Impfstoff könnte schon in den kommenden Wochen zugelassen werden.

Fehlentscheidungen Die Impfkampagne wird noch viele Monate dauern, aber zum ersten Mal sehen die Briten etwas Licht am Horizont. Die Insel ist von der Coronapandemie noch schwerer gebeutelt als die meisten anderen europäischen Länder. Bislang sind laut offiziellen Zahlen mehr als 65.000 Menschen am Coronavirus gestorben, rund 18.000 Covid-Patienten liegen im Krankenhaus. In den vergangenen Wochen haben die Neuinfektionen stark zugenommen, insbesondere in London und den umliegenden Gebieten.

Fehlentscheidungen der Regierung haben laut Gesundheitsexperten die Krise verschärft: ein später Shutdown im Frühjahr, eine verfrühte Lockerung im Sommer. Ein Bericht des Thinktanks Institute of Health Equity verweist zudem darauf, dass Ungleichheiten innerhalb der britischen Gesellschaft dazu beigetragen haben, dass die Todesrate so hoch ist. Die Zulassung des Impfstoffs war denn auch die erste gute Nachricht seit langer Zeit. Allerdings ist die Kampagne auf erste Hindernisse gestoßen. So haben es Dutzende Arztpraxen abgelehnt, die Impfung zu verabreichen. Sie seien schon jetzt überlastet und hätten zu wenige Mitarbeiter, um sich am Programm zu beteiligen. Die Anforderungen sind tatsächlich nicht zu unterschätzen: Hausärzte, die sich am Immunisierungsprogramm beteiligen, müssen an sieben Tagen die Woche von 8.00 Uhr früh bis 20.00 Uhr abends eine Impfstation bereitstellen. Zudem müssen die Patienten fünfzehn Minuten nach Verabreichung der Vakzine überwacht werden. Die

neue Regel wurde eingeführt, nachdem einige Patienten allergische Reaktionen gezeigt hatten.

Vorwürfe Zudem ist Kritik laut geworden an der Art und Weise, wie die Regierung die Impfkampagne aufgezogen hat. Als Chef des Programms fungiert Kate Bingham, eine Risikokapital-Managerin in der Pharmaindustrie und Gattin eines konservativen Abgeordneten. Sie hat kaum Erfahrung mit Vakzinen. Im November enthüllte die Sunday Times, dass Bingham die ansehnliche Summe von 670.000 Pfund für Public Relations ausgegeben hat. Zudem wurde ihr vorgeworfen, sie habe einer Gruppe von US-Investoren sensible Informationen zum britischen Impfprogramm zukommen lassen. Bingham wies die Anschuldigung zurück.

Von größerer Bedeutung für die Bevölkerung ist ein Vorwurf der englischen Gesundheitsbehörde Public Health England (PHE), bei wichtigen Entscheidungen außen vor geblieben zu sein. Bereits im Juni äußerte PHE Bedenken, dass ihre erfahrenen Mitarbeiter nicht vertreten waren in der Impf-Taskforce, die Bingham anführt. Erst im September wurden sie einbezogen. „Die Organisationen, die wissen, wie man einen Massenimpfkampagne aufzieht, hatten nicht immer einen Sitz am Tisch, wenn Entscheidungen gefällt wurden“, sagte die Abgeordnete Meg Hillier, Vorsitzende des parlamentarischen Haushaltsausschusses.

Impfgegner Ein weiteres Problem sind die Impfgegner. Zwar sind die Briten im internationalen Vergleich nicht besonders skeptisch gegenüber Vakzinen. Dennoch besteht die

Sorge, dass sich nicht genügend Menschen immunisieren lassen. Um die Verbreitung des Virus einzudämmen, müssen es laut Epidemiologen rund 80 Prozent der Bevölkerung sein. Eine Umfrage hat ergeben, dass sich rund drei Viertel der Briten impfen lassen wollen, wenn es ihnen empfohlen wird, bei Menschen ethnischer Minderheiten sind es nur 57 Prozent. Dafür sind auch Kampagnen von Impfgegnern verantwortlich, die „sehr gezielt“ an manche religiösen und ethnischen Communities gerichtet werden, wie Christina Marriott, Vorsitzende der Royal Society for Public Health, sagt. Dabei sind genau diese Menschen besonders gefährdet. Unter ethnischen Minderheiten ist die Todesrate deutlich höher als im Durchschnitt. Donna Kinnair, Vorsitzende des Pflegeverbands Royal College of Nursing, sagte, sie habe im

Krankenhaus „Reihe um Reihe an Patienten aus ethnischen Minderheiten an Beatmungsgeräten gesehen“. Und dann ist da noch der Brexit. Wenn am 31. Dezember die Übergangsfrist zu Ende geht, wird der grenzüberschreitende Handel komplizierter werden, ob mit oder ohne Deal. Am Ärmelkanal ist zusätzlich Bürokratie nötig, das wird zu Verzögerungen führen. In der Grafschaft Kent sind riesige Parkplätze für Lastwagen gebaut worden, um einen Verkehrskollaps abzuwenden. Dennoch werden größere Staus erwartet. Für die Lieferung des Impfstoffs wäre das ein Problem. Laut Notfallplan der Regierung sollen Militärflugzeuge die Arznei aus Belgien einfliegen, wenn es im Eurotunnel zu Verzögerungen kommt. *Peter Stäuber*

Der Autor ist Korrespondent in London.

Hoffnung für ein schwer krankes Land

USA Die Impfstoffe gegen Corona in dem riesigen Land zu verteilen, ist eine große logistische Herausforderung

Sandra Lindsay kniff nicht einmal die Augen zusammen, als die Nadel in ihren Arm fuhr. „Das fühlt sich auch nicht anders an als jede andere Spritze“, sagte die Pandemie-gestählte Krankenschwester, die in einem der am schlimmsten vom Virus betroffenen New Yorker Krankenhäuser arbeitet. Doch natürlich wusste auch Lindsay, dass dies keine Impfung wie jede andere war. Die Krankenschwester wurde vergangene Woche feierlich als erste Amerikanerin offiziell mit dem Covid-Impfstoff von Biontech/Pfizer versorgt, der nun bevorzugt an Angestellte im Gesundheitswesen und an Bewohner von Altersheimen vergeben wird. „Ich hoffe, dass dies den Beginn der Heilung für unser Land bedeutet“, sagte Lindsay.

Viele Tote Eine Heilung brauchen die USA dringend. Nordamerika steckt mitten in einem neuen Schub der Covid-Pandemie. Rund 200.000 Menschen infizieren sich derzeit im Schnitt jeden Tag, die Zahl der Toten liegt bei etwa 3.000 täglich. Vor kurzem haben die USA die traurige Marke von mehr als 300.000 Covid-Toten überschritten. Der Vertrieb der ersten Impfstoffen lässt das Land, das schwerer als jedes andere westliche Land unter der Pandemie leidet, Hoffnung schöpfen. „Ich glaube daran, dass dies die Waffe ist, die den Krieg beenden wird“, sagte der New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo. Sein Kollege Gavin Newsom in Kalifornien warnte jedoch davor, sich all zu früh in Sicherheit zu wiegen. „Wir sind noch lange nicht am Zielstrich“, sagte Newsom, nachdem auch die ersten Ärzte und Krankenschwestern in Kalifornien den Impfstoff erhalten hatten. Kalifornien ist der bevölkerungsreichste Staat der USA und gleichzeitig einer jener Staaten, die von der jüngsten Infektionswelle am stärksten betroffen ist. Erst Anfang Dezember brach Kalifornien seinen eigenen nationalen Rekord mit 22.369 Neuinfektionen pro Tag. Im Durchschnitt sterben im Staat mehr als 100 Menschen pro Tag an Covid. Insgesamt sind bereits mehr als 21.000 Kalifornier seit Beginn der Pandemie gestorben. Um diese Statistiken

zu drücken, das weiß Newsom, wird kurzfristig nicht annähernd genug Impfstoff zur Verfügung stehen. Deshalb verhängte Newsom Anfang Dezember einen erneuten Lockdown über den Staat.

Keine schnellen Erfolge Bis die Impfungen die Verbreitung des Virus eindämmen, dauert es selbst nach optimistischen Schätzungen noch Monate. Anthony Fauci, Direktor des nationalen Gesundheitsamts NIH, glaubt, dass mehr als 50 Prozent der Bevölkerung geimpft werden müssen, bevor die Ausbreitung des Virus „signifikant“ verlangsamt wird. Soweit, glaubt Fauci, werden die USA frühestens im nächsten Sommer sein. Bis das Leben wieder zur Normalität zurückkehren kann, meint Fauci, dürfte es bis Ende des kommenden Jahres dauern. Der Pharmakonzern Pfizer, der bislang das einzige zugelassene Präparat anbietet, will bis zum Jahresende 25 Millionen Dosen zur Verfügung stellen. Angesichts der Tatsache, dass jeder Patient zwei Injektionen braucht, ist dies jedoch in einem Land mit mehr als 330 Millionen Menschen bestenfalls ein Anfang. Die US-Regierung hat bei Pfizer 100 Millionen Dosen vorbestellt. Eine Option auf weitere 100 Millionen hat die Regierung aus Kostengründen ausge-

schlagen. Die Trump-Regierung musste dafür massive Kritik einstecken. Doch es gibt Hoffnung. In Kürze soll das Präparat der Firma Moderna ebenfalls genehmigt werden. Der Moderna-Impfstoff war in Tests zwar weniger effektiv als das Präparat von Biontech/Pfizer. Er kann dafür wesentlich leichter transportiert werden. Der Biontech/Pfizer-Wirkstoff muss auf minus 70 Grad gekühlt werden, die Firma hat deshalb spezielle Transportcontainer entworfen.

Logistische Probleme Das stellt die Gesundheitsbehörden vor massive logistische Probleme. Der Impfstoff muss auf Trockeneis transportiert werden und möglichst schnell zum Patienten gelangen. Dabei dürfen die Kühlcontainer nur ein bis zwei Mal pro Tag geöffnet werden. Um den Vertrieb zu ermöglichen, musste die US-Bundesregierung den Fluggesellschaften Sondergenehmigungen erteilen, damit Trockeneis transportiert werden darf, das sonst in der Luftfahrt verboten ist. Der Bodentransport wird von den großen Logistik-Dienstleistern UPS und FedEx übernommen, die versprochen haben, den Impfstoff mit Vorrang zu transportieren. Die Hindernisse für einen effektiven Vertrieb sind jedoch damit noch nicht zu En-

de. Bislang klagen die Staaten darüber, dass sie von der Bundesregierung keine ausreichenden Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um die Impfungen organisieren zu können. Die Staaten benötigen 8,4 Milliarden Dollar, um Ärzte und Krankenschwestern auszubilden und Daten über die Impfungen zu erheben und zu verwalten. Bislang sind jedoch lediglich 350 Millionen Dollar angekommen. Unklar ist, wie die Impfungen in der Bevölkerung ankommen. Laut einer Erhebung des Pew Research Instituts wollen sich 18 Prozent der Amerikaner nicht impfen lassen, weitere 21 Prozent sind zurückhaltend. Immerhin hat der künftige US-Präsident Joe Biden signalisiert, dass er die Rolle der Bundesregierung im Kampf gegen das Virus ernst nehmen wird als sein Vorgänger. So will er die Bundesbehörde zur Seuchenbekämpfung, CDC, die Trump entmachtet hat, wieder stärken. Zudem plant er, ein Expertengremium unter Leitung von Fauci zu gründen, das bundesweite Empfehlungen ausspricht. Doch die Mittel, die dem Präsidenten zur Verfügung stehen, um die Pandemie einzudämmen, sind begrenzt. Um etwa mehr Gelder für die Implementierung des Impfprogramms zu erhalten, braucht Biden die Zustimmung des Kongresses. Eine Mehrheit im Senat für seine Partei hängt jedoch an der Stichwahl in Georgia im Januar. Ansonsten kann Biden nur Empfehlungen aussprechen. Der Beschluss spezieller Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung liegt bei den Bundesstaaten. So sprechen sich Florida und Texas, anders als Kalifornien, trotz explodierender Infektionszahlen weiterhin gegen schärfere Einschnitte aus. Daran würde auch Biden nichts ändern können. *Sebastian Moll*

Der Autor ist Journalist in New York.



Die New Yorker Krankenschwester Sandra Lindsay erhielt in den USA die erste Impfung gegen Corona mit dem Präparat von Biontech/Pfizer.

© picture-alliance/AP/Mark Lennihan

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Trotz der umfangreichen Regulierungen der Arbeit in Schlachthöfen: Niemand muss im nächsten Sommer um seine Grillwürstchen bangen.

© picture-alliance/Zoonar/lev dolgachov

Neue Ordnung

ARBEIT Werkverträge in Schlachthöfen werden verboten. Ausnahmen gibt es bei der Leiharbeit

Das war knapp: Im Januar soll es in Kraft treten, deshalb war die letzte Sitzungswoche des Bundestages vor Weihnachten nun die letzte Gelegenheit, das Arbeitsschutzkontrollgesetz (19/21978; 19/25141) der Bundesregierung auf den Weg zu bringen. Und das tat der Bundestag dann auch: In namentlicher Abstimmung votierten bei 630 abgegebenen Stimmen 473 Abgeordnete für das Gesetz, 152 stimmten dagegen und fünf Abgeordnete enthielten sich.

Die Regierung erhofft sich von dem Gesetz, skandalträchtige Arbeitsbedingungen in deutschen Schlachthöfen - durch den massenhaften Einsatz von schlechtbezahlten Werkvertragsbeschäftigten vor allem aus Osteuropa - zu beenden. Neben Verbesserungen der Kontrollen in den Betrieben und der Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung geht es darin im Kern um das Verbot von Werkverträgen im Kernbereich der Fleischindustrie, also bei Schlachtung, Zerlegung und Fleischverarbeitung ab 1. Januar 2021. Ab 1. April

kommenden Jahres soll dieses Verbot dann auch auf die Leiharbeit ausgeweitet werden - mit Ausnahmen.

Denn im Laufe der parlamentarischen Beratungen gab es noch Änderungen am Ursprungsentwurf: So wurde unter anderem eine tarifliche Öffnungsklausel für die Leiharbeit eingeführt. Für die Dauer von drei Jahren ist demnach unter bestimmten Bedingungen Leiharbeit möglich: Zum einen muss der Betrieb tarifgebunden sein, es muss für Leiharbeiter vom ersten Tag der gleiche Lohn wie für die Stammbeschäftigten gelten, die maximale Verleihdauer darf vier Monate und der Anteil der Leiharbeitskräfte darf nicht mehr als acht Prozent vom Jahresvolumen der Beschäftigten betragen.

Bundesarbeits- und sozialminister Hubertus Heil (SPD) sagte, jahrelang habe der Arbeitsschutz ein Nischendasein geführt. Auch hätten schon einige seiner Amtsvorgänger versucht, mit miesen Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen aufzuräumen. Doch die Beschäftigten hätten immer wieder Schlupflöcher gefunden, verschärfte Regelungen zu umgehen. „Damit ist jetzt Schluss! Wir räumen grundsätzlich auf in der Fleischindustrie“, bekräftigte Hubertus Heil. Denn bei Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz gehe es um nichts Geringeres als den Artikel 1 des Grundgesetzes, nämlich den Schutz der Würde des Menschen, so der Minister.

Kritik am Missbrauch Uwe Witt (AfD) kritisierte: „Mit Verboten will die Bundesregierung die selbstgemachte Misere vom Tisch wischen.“ Aber Verbote von Werkverträgen und Leiharbeit, das Verbot von unternehmerischen Verbänden, „all das wird das Aus für viele mittelständische Betriebe zur Folge haben“, warnte er. Bei gewissen Produktionsabläufen gebe es nun einmal saisonale Schwankungen, wie während der Grillsaison. „Diese Schwankungen müssen durch den begrenzten Einsatz von Werkverträgen und Leiharbeit abgedeckt werden“, sagte Witt.

Hermann Gröhe (CDU) betonte: Natürlich hätten Werkverträge in einer arbeitsteiligen Wirtschaft ihren Platz, „aber sie wurden hier gezielt missbraucht, um unternehmerische Verantwortung zu verweigern“. Auch andere Umgehungsstrategien gelte es künftig zu verhindern, zum Beispiel durch das installierte Inhaberprinzip, das keine künstliche Zerlegung einheitlich vorgegebener Produktionsabläufe mehr ermöglichen, erläuterte Gröhe.

Carl-Julius Cronenberg (FDP) nannte die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes ent-

täuschend: „Zu wenig bei den Kontrollen, zu viel Verbote bei der Leiharbeit.“ Natürlich gebe es im Bereich der Werkverträge organisierte Verantwortungslosigkeit. Aber zur Wahrheit gehöre auch: „Der Staat hat jahrelang weggeschaut und ist damit Teil dieser Verantwortungslosigkeit. Wir haben zuallererst keinen Mangel an Regulierung, sondern einen Mangel an Rechtsdurchsetzung“, kritisierte Cronenberg.

Jutta Krellmann (Die Linke) war froh, dass „dem ganzen Schmierentheater mit dem Gesetz ein Ende gesetzt wird“. Deutliche Kritik übte sie jedoch an den Öffnungsklauseln bei der Leiharbeit. „Die Fleischindustrie hat erreicht, was sie wollte“, ärgerte sie sich. Denn nun liege der Ball bei den Gewerkschaften. „Sie müssen nun hinkriegen, was die Regierung nicht geschafft hat.“ Es sei Unsinn, dass nur durch den Einsatz von Leiharbeit die Grillsaison gerettet werden könne, betonte sie.

Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Union vor, das Gesetz drei Monate blockiert zu haben, „weil sie wieder einmal vor der Fleischlobby in die Knie gegangen ist“. Leiharbeit dürfe es nach den Änderungen weiter geben, auch wenn die Voraussetzungen anspruchsvoll seien. „So entstehen wieder Schlupflöcher und Abgrenzungsprobleme. Das wird die Kontrollen wieder erschweren“, warnte die Grünen-Politikerin.

Katja Mast (SPD) setzte dieser Kritik eine ganz andere Interpretation entgegen: „Wir haben Kurs gehalten. Die Lobbyisten der Fleischindustrie konnten uns nicht von unserem Kurs abhalten.“ Das Gesetz beende nun die beschämenden Zustände in Schlachthöfen und Sammelunterkünften und trage dazu bei, den Wert und die Würde der Arbeit dort wieder herzustellen, sagte Mast.

> STICHWORT

Schlachthöfe

> Beschäftigte Wie viele Werkvertragsbeschäftigte in deutschen Schlachthöfen arbeiten, ist nicht exakt bekannt. Sicher ist, dass sie oft den Großteil der Belegschaft ausmachen.

> Verbote Ab 1. Januar 2021 werden Werkverträge, ab 1. April wird Leiharbeit verboten. Hier gibt es jedoch strenge Ausnahmeregelungen. Die Verbote betreffen Betriebe ab 49 Mitarbeitern.

> Regulierung Strenge Vorgaben gibt es künftig zur elektronischen Arbeitszeiterfassung, zu Betriebskontrollen und der Qualität von Sammelunterkünften.

»Es ist Unsinn, dass die Grillsaison nur mit der Leiharbeit gerettet werden kann.«

Jutta Krellmann (Die Linke)

Sauer statt süß

AKTUELLE STUNDE Debatte über Haribo-Werkschließung

Zu Weihnachten werden auch die bunten Gummibärchen der Firma Haribo auf vielen süßen Tellern liegen. Vielen Menschen in Sachsen dürfte die Lust auf diese Süßigkeiten in diesem Jahr jedoch vergangen sein. Denn der Konzern verkündete im November, sein einziges Werk im Osten Deutschlands, am Standort Wilkau-Haßlau, zum Jahresende zu schließen. Mit 150 Beschäftigten ist Haribo bisher ein wichtiger Arbeitgeber in der Stadt, und so war die Aufregung entsprechend groß. Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) appellierte an das Unternehmen, die Entscheidung zu überdenken. Vergangene Woche war die Werkschließung auf Antrag der Linken auch Thema einer Aktuellen Stunde im Bundestag.

Sabine Zimmermann (Die Linke) kritisierte, die Standortschließung offenbare die immer wieder gleiche Strategie vieler Firmen: Fördermittel abbassieren, jahrelang nichts investieren und dann Standorte wegen vermeintlicher Unrentabilität schließen. „So ist der Osten jahrelang abkassiert worden.“

Carsten Körber (CDU) bezeichnete die Schließung zwar als schmerzlich, lobte aber, dass der Konzern sich grundsätzlich zum Standort Deutschland bekenne. Es sei zusammen mit den Gewerkschaften im-

merhin ein sehr guter Sozialplan beschlossen worden, sagte er.

Jürgen Pohl (AfD) sagte, was in Sachsen passiere, „ist Ausdruck der Krise der wirtschaftlichen Inkompetenz der Wirtschaftspolitik“ auf Bundes- und Landesebene. „Haribo ist überall“, sagte der Thüringer mit Verweis auf den Abbau hundert Arbeitsplätze in seinem Bundesland.

Detlef Müller (SPD) kritisierte, es werde wieder deutlich, welche Nachteile es habe, wenn Standorte im Osten nur die verlängerten Werkbänke westdeutscher Betriebe seien, die man leicht schließen könne.

Jürgen Martens (FDP) nannte die Argumentation von Haribo, das Werk in Sachsen sei zu weit entfernt von der Zentrale, nicht glaubwürdig, da der Konzern gleichzeitig global agiere. Deshalb sei es kein Wunder, dass sich die Beschäftigten verschaukelt fühlten. „Aber das ist nicht das Regelbeispiel für die Region Zwickau“, die wirtschaftlich insgesamt gut dastehe.

Claudia Möller (Grüne) betonte: „Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, bei der die Firmen nicht jedem Fördertopf hinterherrennen, sondern regional verankerte Unternehmen gestärkt werden.“ Die Beschäftigten in Sachsen müssten nun ausbaden, dass der Konzern seit Jahren Trends verschlafen habe, sagte sie.

Die Ärmsten im Blick

SOZIALES Linke und Grüne fordern Corona-Aufschlag

Über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Leben armer Menschen debatierte der Bundestag in der vergangenen Woche auf Initiative der Linken. Grundlage waren zwei Anträge (19/25068; 19/25252) der Fraktion, in denen sie fordert, soziale Härten für Menschen mit geringem Einkommen abzufedern. Die Debatte darüber zeigte jedoch schnell die schon bekannten Trennlinien zwischen den Fraktionen auf, eine Mehrheit für beide Vorlagen ist erwartungsgemäß nicht in Sicht.

Die Linke fordert unter anderem, die Sonderregeln beim Arbeitslosengeld (ALG I) und den vereinfachten Zugang zur Grundversicherung bis Ende 2021 zu verlängern - analog zur beschlossenen Verlängerung der Kurzarbeit-Sonderregeln. Sie verlangt außerdem eine Erhöhung des Regelbedarfs in der Grundversicherung auf 658 Euro für alle Erwachsenen. Außerdem soll es auf alle existenzsichernden Leistungen einen Corona-Zuschlag von 100 Euro, rückwirkend zum 1. März 2020, geben.

Katja Kipping (Die Linke) warf der Regierung vor: „Die Corona-Politik hat blinde Flecken. Sie sehen jene nicht, die sich am Rande des Existenzminimums durchschlagen müssen.“

Kai Whittaker (CDU) erwiderte: „Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, dass wir

für die Schwächsten nichts getan haben.“ Unter anderem seien der Kinderbonus und ein höherer Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende beschlossen worden, sagte er.

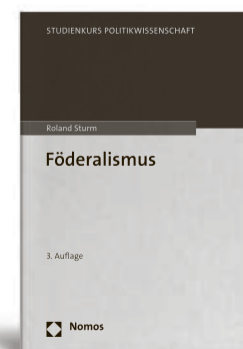
Martin Sichert (AfD) bezeichnete die Anträge als Ausdruck einer „Wünsch-Dir-Was-Mentalität“. Die Ursache für Armut sei doch, dass der Staat den Menschen über die Steuern zu viel Geld aus der Tasche ziehe, so die Analyse des AfD-Politikers.

Daniela Kolbe (SPD) zeigte Verständnis für die Anträge, verwies aber ebenfalls auf schon beschlossene Maßnahmen der Koalition wie den Kinderbonus.

Pascal Kober (FDP) betonte: Das Gebot der Stunde müsse jetzt sein, Lösungen zu suchen, um die Zeiten der Arbeitslosigkeit zu verkürzen anstatt sich mit der Gestaltung dieser Zeiten selbst zu beschäftigen.

Einzig Sven Lehmann (Grüne) sprang der Linken zur Seite und unterstützte die Forderung eines Corona-Zuschlags. Man dürfe nicht zusehen, wie sich die Corona-Krise zu einer Armutskrise entwickle.

Föderalismus – international vergleichend und auf dem neuesten Forschungsstand



Föderalismus
Von Prof. Dr. Roland Sturm
3., umfassend aktualisierte Auflage 2020,
201 S., brosch., 24,- €
ISBN 978-3-8487-7786-0

Der Band bietet eine systematische und international vergleichende Einführung in das Thema Föderalismus. Die Themen umfassen unter anderem theoretische und staatsrechtliche Grundlagen, Ausprägungen der politischen Willensbildung oder Auseinandersetzungen um Reformen der föderalen Ordnungen.

www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

KURZ NOTIERT

FDP-Antrag zum Nachholfaktor abgelehnt

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche einen Antrag (19/20195) der FDP-Fraktion zur Wiedereinführung des sogenannten Nachholfaktors in der Rentenformel abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten sowohl die Koalitionsfraktionen als auch Linke, Grüne und AfD-Fraktion. Der Nachholfaktor wurde 2007 eingeführt als Ausgleich für die Rentengarantie, die angesichts sinkender Löhne verhindern sollte, dass die Renten sinken. Er besagt: Sobald sich die Wirtschaft erholt und die Löhne wieder steigen, sollten die dann möglichen Rentenerhöhungen nur halb so hoch ausfallen wie nach der Renten Anpassungsformel eigentlich vorgesehen, solange, bis die vermiedene Renten kürzung ausgeglichen ist. 2018 wurde der Nachholfaktor jedoch bis 2025 ausgesetzt. „Dieses Aussetzen des Nachholfaktors kommt einer Manipulation der Renten Anpassungsformel zu Lasten der Jüngeren gleich“, kritisieren die Liberalen.

Anträge zu sozialen Rechten auf EU-Ebene

Der Bundestag hat sich in der vergangenen Woche mit mehreren Anträgen zu Arbeitnehmerrechten auf EU-Ebene befasst. Ein Antrag (19/24433) der Grünen, die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU neu zu regeln und dadurch Ausbeutung zu stoppen, wurde zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Ein weiterer Grünen-Antrag (19/8287) wurde abgelehnt. Darin hatte die Fraktion verlangt, die EU-Verträge um eine soziale Fortschrittsklausel zu ergänzen, um sozialen Rechten den gleichen Stellenwert einzuräumen wie wirtschaftlichen Freiheiten. Abgelehnt wurde auch ein Antrag (19/23734) der Linken für eine sozialverträgliche EU-Klimapolitik.

Die Grünen fordern besseren Zugang zu Teilhabeleistungen

Die Grünen fordern in einem Antrag (19/24437) einen besseren Zugang zu Teilhabeleistungen. Die Abgeordneten schreiben darin, dass zwar bei einigen Trägern die Beantragung von Leistungen reibungslos klappe. Doch zu viele Menschen mit Behinderungen hätten Probleme beim Zugang zu Leistungen. Die Grünen verlangen unter anderem, ein uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht im Bundesteilhabegesetz und den Sozialgesetzbüchern zu verankern. Der Antrag wurde zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Rentenversicherungsbericht vorgelegt

Die Bundesregierung hat den Rentenversicherungsbericht 2020 und den Alterssicherungsbericht 2020 als Unterrichtung vorgelegt. Aus dem Rentenbericht (19/24925) geht unter anderem hervor, dass die Beitragseinnahmen der Versicherung gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent gestiegen sind und die Nachhaltigkeitsrücklage bei 36,3 Milliarden Euro und damit bei 1,5 Monatsausgaben liegt. Der Alterssicherungsbericht (19/24926) beschäftigt sich unter anderem mit der geringen privaten Vorsorge bei Geringverdienern.

che II

KURZ NOTIERT

Mehr Tempo bei Besucherinformationszentrum

Mit dem Bau des Besucherinformationszentrums des Bundestages soll es nach dem Wunsch der Fraktionen von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen schneller vorangehen. Um den auf einer Fläche im Großen Tiergarten in Berlin geplanten Bau zu ermöglichen, soll nach Vorstellung der Fraktionen eine Fläche an der Scharnhorststraße 29/30 zur Kompensation der wegfallenden Grünfläche übereignet werden. In einem gemeinsamen Antrag (19/20791) fordern die Fraktionen die Regierung auf, die Übereignung der Fläche (sogenanntes Grabfeld I des ehemaligen Invalidenfriedhofs) mit der Maßgabe zu versehen, „eine Bebauung der Ausgleichsfläche für die nächsten 30 Jahre vertraglich auszuschließen“. Der Antrag wurde an den Haushaltsausschuss zur Beratung überwiesen. *pez*

AfD fordert Studie zu Auswirkungen von 5G

Einen AfD-Antrag zur 5G-Technologie hat der Bundestag vergangene Woche zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss überwiesen. Darin fordern die Abgeordneten eine umfassende, unabhängige Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen der Technologie (19/25308). Die Studie soll nach dem Willen der Antragsteller den aktuellen Stand sowie die gegenüber der Technologie geäußerten Bedenken aufgreifen und wissenschaftlich bewerten. Erstellt werden soll sie vom Bundesamt für Strahlenschutz und von Universitäten. *Ibr*

Oppositionsanträge zu Corona-Wirtschaftshilfen

Zwei Oppositionsanträge zu den pandemiebedingten Wirtschaftshilfen hat der Bundestag in der vergangenen Woche debattiert und anschließend an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Zum einen ging es um einen Vorstoß der Linksfraktion (19/25255), in dem die Abgeordneten ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen zur Bedingung für Wirtschaftshilfen machen. Zum anderen stand eine Forderung der FDP-Fraktion (19/25241) nach schnellen, unbürokratischen und verlässlichen Hilfen für Selbstständige zur Debatte. *pez*

Mietzahlungen für Heizung nach energetischer Sanierung

Die FDP-Fraktion hat einen Vorschlag zur Kostenteilung bei energetischer Sanierung vorgelegt. In einem Antrag (19/25246) fordern die Abgeordneten die Einführung einer Teilwarmmiete. Damit würden Zahlungen und Kosten zwischen Vermietern und Mietern so aufgeteilt, dass beide Seiten profitieren und die Sanierung im Gebäudebestand in Schwung kommt. Der Bauausschuss wird über den Antrag beraten. *pez*

Sonntagsöffnungen sollen Innenstädte wiederbeleben

Mehr Sonntagsöffnungen, bürokratische Erleichterungen für den Handel und Reformen bei der Gewerbesteuer könnten nach Ansicht der FDP-Fraktion Innenstädte wiederbeleben. Einen entsprechenden Antrag (19/25296) überweist der Bundestag in der vergangenen Woche an den Bauausschuss. *pez*



Sonnenenergie für den Ruhrpott: Solarsiedlungen wie diese Mehrfamilienhäuser in Bottrop sollen mit dem neuen EEG häufiger Schule machen.

© picture-alliance/Rupert Oberhäuser

Bürger, zur Sonne

ENERGIE Der Bundestag will mit dem neuen EEG der Energiewende Schwung verleihen

Mehr als 300 Seiten dick ist der Änderungsantrag gewesen, den die Abgeordneten der Opposition 70 Minuten vor einer außerplanmäßig einberufenen Sitzung des Wirtschaftsausschusses erhalten haben, flankierend dazu gab es einen kräftigen Entschließungsantrag mit all den offenen Streitpunkten, die es nächstes Jahr zu klären gilt, und im Lauf der Sitzung zusätzliche handschriftliche Änderungen am Gesetzestext: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat seinem Ruf als komplexes und schwer durchschaubares Regelwerk auf dem Weg zu seiner jüngsten Novelle wieder einmal alle Ehre gemacht. Kaum verwunderlich, dass sich ein Teil der Oppositionskritik am Verfahren entzündete, genauso wie an der Kleinteiligkeit und dem damit verbundenen bürokratischen Aufwand, den Einzelmaßnahmen mit sich bringen. An letzteren war bis zum Schluss gefeilt worden – wofür sich Vertreter der Regierungsfaktionen in der Debatte im Bundestag in der vergangenen Woche lobten. Man stärke den Markt, steigere die Ausbauperspektive, verbessere die Wettbewerbsfähigkeit und treibe die Digitalisierung der

Energiewende voran, bilanzierte Joachim Pfeiffer (CDU). Konkret erwähnte der Abgeordnete die Möglichkeit, für Solarprojekte auf großen Dachanlagen von 300 bis 750 Kilowattstunden neben dem EEG den Weg über Ausschreibungen wählen zu können. Smart Meter im Verteilnetz sollen zur Regel und Pflicht werden, womit Transparenz und Anlagensteuerung vorangebracht würden. Zugleich stünden die Koalitionsfraktionen unmittelbar nach der Weihnachtspause vor weiteren großen Aufgaben. Pfeiffer verwies auf einen Entschließungsantrag, in den die Fraktionen die bisher nicht geklärten Streitpunkte rund um die Novelle gepackt haben – etwa den Ausbaupfad für erneuerbare Energien. Im ersten Quartal 2021 sollen die offenen Fragen geklärt werden. Matthias Miersch (SPD) stimmte dem zu. „Wir dürfen jetzt nicht stehen bleiben.“ Fragen von Finanzierung und Ausbaupfaden müssten zeitnah geklärt werden. Miersch würdigte ebenfalls die Änderungen, die im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium erreicht worden seien. Der Unsin, Bürger bei älteren Anlagen übermäßig mit Bürokratie zu belasten, sei gestrichen worden. Kommunen hätten neue Anreize, in erneuerbare Energien zu investieren – nicht zuletzt durch die neue Beteiligung an Windenergieprojekten auf ihrem Gemeindegebiet in Höhe von 0,2 Cent pro Kilowattstunde. Wertschöpfung bleibe so vor Ort, sagte Miersch. Die Errungenschaften im Mieterstrommodell, das künftig für ganze Quartiere gilt, machten die Energiewende zu einem „Mitmachprojekt für die Bevölkerung“. Während die Wohnungswirtschaft für letztere Errungenschaften dem Parlament applaudierte, kanzelte die Opposition die Novelle ab. Stefan Kötré (AfD) hob massive Belastungen für Stromkunden hervor, die künftig noch steigen dürften. Das Gesetzgebungsverfahren sei von handwerklichen Fehlern durchzogen und laufe auf Planwirtschaft hinaus, schimpfte Kötré: „Das EEG muss abgeschafft werden.“ Nur so komme man zur Marktwirtschaft im Energiebereich zurück. Michael Theurer (FDP) warb mindestens für eine Reform des EEG. Die darin festgeschriebene Umverteilung sei am Anfang gut gewesen, taugte aber jetzt nicht mehr. Der Abgeordnete zitierte eine Studie, nach der Kohlendioxid durch Emissionshandel weitaus günstiger hätte vermieden werden können. Die FDP fordere einen schnellen Ausstieg aus der EEG-Umlage und eine

Entbürokratisierung des Energierechts. „Das Bundeswirtschaftsministerium setzt auf verteilen, verwalten und verschieben, das ist falsch“, sagt Theurer. **Kritik an Ausnahmen für Industrie** Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) bewertete das EEG hingegen als Erfolgsgeschichte. Nur sei der Gesetzesrahmen immer weiter durchlöchert worden – mit Ausnahmen für Industriekonzerne und Ausschreibungen, die Bürgern eine Teilhabe erschweren. Dass die Reform nicht so schlecht geworden sei, wie sie sich Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) gewünscht habe, sei auch der SPD zu verdanken, sagte Beutin. Indes gibt es seiner Ansicht nach noch zu große Ausnahmen für die Industrie und für fossile Energien. Beutin bezweifelte, dass der Koalition im Jahr der Bundestagswahl der Durchbruch bei den offenen Fragen gelingen wird. Das dürfte auch Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) so gehen, der in der Kritik nachlegte. Das Gesetz werde dem Anspruch nicht im Ansatz gerecht. Nach Ansicht Krischers wird das am deutlichsten im Entschließungsantrag: Es sei eine Bankrotterklärung, dass man sich nicht auf Ziele bei den Ausbaupfaden habe ein-

nigen können und dies auf das kommende Jahr vertagt habe. Die SPD habe ein paar von den „Schikanen von Altmaier“ aus dem Entwurf genommen, pflichtete Krischer seinem Vorredner bei. „Das macht daraus aber noch kein gutes Gesetz.“ Angesichts des Stellenabbaus in der Windindustrie warf er der Union vor, zum Standortrisiko für Deutschland geworden zu sein. Am Ende stimmten die Abgeordneten namentlich für das Gesetz (19/23482; 19/24234; 19/24535 Nr. 10). 357 Abgeordnete votierten mit Ja, 260 Abgeordnete mit Nein, es gab eine Enthaltung. Keine Mehrheit fanden ein Gesetzentwurf der AfD-Fraktion zur Änderung des EEG (19/23714) sowie drei weiteren Vorlagen von AfD, FDP und der Linken. Ein weiterer Antrag der FDP zu Negativemissionstechnologien (19/25295) wurde an den Umweltausschuss überwiesen. Die Novelle soll zum 1. Januar 2021 in Kraft treten; am vergangenen Freitag passierte sie auch den Bundesrat, der Anfang November noch deutliche Kritik an der damaligen Vorlage geäußert hatte. Das EEG enthält neben den Regelungen für Solar- und Windenergie neue Vorschriften für Kraft-Wärme-Kopplung, Biomasse und weitere Energieträger. Auch die Bedeutung von Wasserstoff als Technologie wird betont. Kernaufgabe im neuen Jahr dürfte das Festzurren eines Ausbaupfades für erneuerbare Energien auch in Abstimmung mit den nachgeschärfen EU-Klimazielen sein. *Kristina Pezzei*

»Die Energiewende wird jetzt zum Mitmachprojekt für die Bevölkerung.«

Matthias Miersch (SPD)

»Die ausgebliebene Einigung auf Ausbauziele ist eine Bankrotterklärung«

Oliver Krischer (Grüne)

Gütesiegel trotz Widersprüchen

WIRECARD Der Ausschuss befasst sich mit prominenten Zeugen und der Rolle von Lobbyisten

Eines bestritt keiner der Anwesenden: Es ist Aufgabe der Regierung, deutschen Unternehmen bei der Expansion auf Auslandsmärkte zu helfen. Gerade in einer Staatswirtschaft wie China sind Rituale der Anbahnung zu beachten, wenn ein größeres Unternehmen neu in den Markt eintreten will. Das Engagement etwa einer Regierungschefin gilt hier als eine Art Gütesiegel. Umso peinlicher, wenn sich die in Peking so geförderte Firma als Betrugs-Konzern herausstellt. Der 3. Untersuchungsausschuss widmete sich am vergangenen Donnerstag der Frage, wie so etwas passieren konnte. Deutsche Top-Institutionen hatten sich fast das ganze Jahr 2019 über für eine Lizenz der Wirecard AG und die Übernahme eines Unternehmens in China stark gemacht. Parallel dazu mehrten sich die Warnungen vor Betrug bei dem Unternehmen. Vor allem die „Financial Times“ trug in mehreren Artikeln Belege für Unregelmäßigkeiten zusammen. Warum warnte keiner der Beamten im deutschen Apparat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) davor, ausgerechnet für das faule Ei der deutschen Wirtschaft einzustehen? Staatssekretär Wolfgang Schmidt aus dem Finanzministerium rechtfertigte sein Handeln vor dem Ausschuss mit der unterschiedlichen Bewertung von Fakten im Rückblick.

Die Berichte über Wirecard hätten sich widersprochen. „Mitte 2019 waren die Vorwürfe ausgeräumt“, erinnerte sich Schmidt. Der Wirtschaftsprüfer EY habe den umstrittenen Jahresabschluss ohne Vorbehalte freigegeben. Schmidt bezog sich auf Mitte 2019, da ein Vorgang vom Juli des Jahres die besondere Aufmerksamkeit des Ausschusses erhielt. Ein Bekannter rief Schmidt an und bat ihn um Unterstützung für Wirecard: Ulf Gartzke, der heute zusammen mit dem Ex-Politiker Karl Theodor zu Guttenberg die Beratungsfirma Spitzberg Partners betreibt. „Dr. Gartzke hatte als Service einen Entwurf für ein Schreiben an die chinesische Regierung beigefügt“, fasst der Abgeordnete Matthias Hauer (CDU) die Aktenlage zusammen. „Den Brief haben Sie nahezu eins zu eins an ihren chinesischen Kollegen abgeschickt.“ Ob die Nutzung solcher von Beratern vormalig formulierter Briefe gängige Praxis sei? Schmidt führte aus, er habe Gartzke „zur Arbeiterleichterung“ gebeten, ihm bei den Formulierungen zu helfen. Zu Guttenberg führte aus, dass auch er dem Betrug aufgesessen war, als er Wirecard als Kunden akzeptiert hatte. Sonst hätte er wohl kaum eine Zahlungsweise akzeptiert, bei der es den Löwenanteil des Honorars erst im Erfolgsfall gibt. Da Wirecard zusammengebro-

chen war, bevor alle Ziele der Beratung erreicht waren, musste sich seine Firma mit 760.000 Euro für Dienste in den USA begnügen. Auch er habe das Narrativ geglaubt, dass unseriöse Investoren Lügen über Wirecard streuten, um Börsengewinne einzustreichen. Doch CSU-Mitglied und Ex-Minister zu Guttenberg nutzte eben auch Kontakte zu seiner ehemaligen Chef, um Wirecard bei seinen China-Ambitionen zu unterstützen. Er traf sich im September 2019 mit der Bundeskanzlerin zu einem Gespräch; bis zum Skandal um seine Doktorarbeit hatte er in ihrer Regierung als Wirtschafts- und Verteidigungsminister gewirkt. Er „informierte“ sie nach eigenen Worten darüber, dass sich ein junges Dax-Unternehmen um den Markteintritt in China bemühe. Der Hinweis scheint gewirkt zu haben: Die Kanzlerin erwähnte Wirecard bei Gesprächen in China. Dabei gab es intern Vorbehalte gegen das Unternehmen, wie ein anderer Zeuge ausführte. Der Ausschuss ließ sich daher von der Harmlosigkeit der Geschäftstätigkeit zu Guttenbergs nicht ohne Weiteres überzeugen. „Sind Sie Lobbyist?“, fragte ihn die Abgeordnete Cansel Kiziltepe (SPD). „Ich begreife mich nicht als Lobbyist“, sagte zu Guttenberg. Die Fürsprache bei der Kanzlerin sei unentgeltlich und spontan erfolgt,

so der Berater. Diese Aussage löste Erstaunen aus, schließlich hatte Spitzberg Partners der Wirecard AG in Deutschland und China die Türen in Politik und Verwaltung geöffnet. Kiziltepe merkte an, dass eine erfolgsabhängige Vergütung durchaus auch als Honorar dafür zu verstehen ist, seine Beziehungen spielen zu lassen – auch wenn das nicht als Einzelposten auf einer Rechnung auftaucht. *Finn Mayer-Kuckuk*



Karl-Theodor zu Guttenberg

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 fazit-com@intime-media-services.de
 Telefon 089-8585 3832

Eigentlich soll ein Jahressteuergesetz nur für kleine Korrekturen in diesem - allerdings äußerst umfangreichen - Bereich der Gesetzgebung sorgen. Im Corona-Jahr 2020 ist alles anders: Die Koalition zog Konsequenzen aus dem massiven Drang von Arbeitnehmern ins Home-Office und führte einen steuerlichen Pauschbetrag von fünf Euro pro Tag ein.



Bei der Arbeit daheim gibt es vom nächsten Jahr an steuerliche Erleichterungen.

Das Experiment

JAHRESSTEUERGESETZ Home-Office wird gefördert

Der Bundestag stimmte dem Entwurf der Bundesregierung für das Jahressteuergesetz 2020 (19/22850, 19/23551, 19/23839 Nr. 7) in der vom Finanzausschuss geänderten Fassung (19/25160) zu. CDU/CSU und SPD stimmten für den Gesetzentwurf, die FDP votierte dagegen, AfD, Linke und Grüne enthielten sich.

diese Erhöhung jetzt entfristet und gilt über das Jahr 2022 hinaus", erklärte Gutting. Zudem werde die Möglichkeit zur steuerfreien Auszahlung des Corona-Bonus bis zum Sommer 2021 verlängert.

die Zwecke Klimaschutz, Freifunk, und Ortsverschönerung erweitert. Weitere von der Koalition eingefügte Änderungen betreffen eine ganze Reihe von Sachverhalten. So sollen Vereine und Ehrenamtliche gestärkt werden.

Termingeschäften ausgeglichen werden. Nicht verrechnete Verluste könnten auf Folgejahre vorgetragen werden und jeweils in Höhe von 20.000 Euro mit bestimmten Gewinnen zum Beispiel aus Termingeschäften verrechnet werden.

Schulden schneller weg

INSOLVENZEN Befreiungsverfahren nur noch drei Jahre

Überschuldete Unternehmen und Verbraucher sollen schneller aus der Insolvenz herauskommen. Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens (19/21981, 19/22773, 19/23054 Nr. 3) in der vom Rechtsausschuss geänderten Fassung (19/25251, 19/25322) bei Enthaltung der FDP, der Linken und der Grünen angenommen.

Die Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens für Verbraucherinnen und Verbraucher entfällt durch Beschluss im federführenden Rechtsausschuss. Der Ausschuss hatte weiterhin im Gewerbemietrecht Unklarheiten in Bezug auf die Anwendbarkeit der Störung der Geschäftsgrundlage beseitigt.

Im Etat fehlt Wahrheit

HAUSHALT Bundesrechnungshof kritisiert Neuverschuldung

Der Bundesrechnungshof hat die Bundesregierung wegen Verstößen gegen die haushaltsrechtlichen Grundsätze der Jährlichkeit, der Fälligkeit sowie der Haushaltswahrheit kritisiert. Vor allem wegen der Verlagerung von Haushaltsmitteln in diverse Sondervermögen würden Zweifel bestehen, ob die nach Artikel 115 des Grundgesetzes in Notfallsituationen mögliche Ausweitung der Kreditobergrenze in dem Umfang erforderlich gewesen sei.

regelt. Als vorübergehende Maßnahme hält der Bundesrechnungshof den Einsatz eines Finanzierungsüberschusses für den Aufbau einer Reserve zugunsten nachfolgender Haushalte für vertretbar. Die fortwährende Bildung von Rücklagen beeinträchtigt aber erheblich den Jährlichkeitsgrundsatz, wird kritisiert.

KURZ NOTIERT

Leichtere Sanierung bei Zahlungsunfähigkeit

Der Bundestag hat am Donnerstag den Gesetzentwurf der Regierung zur Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts (19/25303, 19/25353) mit Koalitionsmehrheit angenommen.

Kontrolle der Geschäfte von Staatsbediensteten

Eine Transparenzoffensive für private Finanzgeschäfte von Staatsbediensteten verlangt die FDP-Fraktion in einem Antrag (19/25297), der am Donnerstag vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen wurde.

»Ich bin praktisch bei Null«

TOURISMUS Reisebranche wartet verzweifelt auf die zugesagten staatlichen Hilfen

In der seit Anfang November erneut verschärften Corona-Krise sitzen viele Unternehmen der Reise-, Beherbergungs- und Veranstaltungswirtschaft finanziell auf dem Trockenen, weil zugesagte staatliche Hilfen ausbleiben.

Umsatzausfälle im Monat November erst ab dem 20. Dezember beantragt werden könnten. »Wir brauchen ganz konkret die zugesagte Hilfe jetzt und sofort!«, verlangte Stacklies, der auch Veranstaltungssäle und Restaurants betreibt.



Wirt-Protest gegen den Lockdown

Kein Pandemietreiber »Nachbesserungen« verlangte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) Michael Frenzel, der zugleich die »Stigmatisierung« seiner Branche durch die Politik beklagte.

70 Prozent fürchten das Aus Dehoga-Präsident Guido Zöllick wies darauf hin, dass die Gastronomie seit März 40 Milliarden Euro eingebüßt habe.

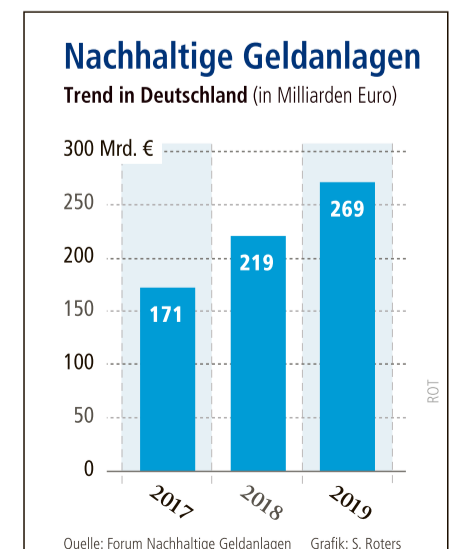
teten 70 Prozent der Betriebe das Aus: »Wir brauchen ganz, ganz schnelle Hilfe.« Zöllick kritisierte, dass die Konzeption der Corona-Hilfen auf die besondere Problematik »verbundener« Unternehmen mit mehreren Filialen nicht zugeschnitten sei.

Anleihen werden grün

FINANZEN Standards für nachhaltige Anlagen geplant

Das Prinzip der Nachhaltigkeit setzt sich in allen Lebensbereichen durch und hat auch die Finanzwirtschaft erreicht. Grüne Geldanlagen sind beliebt, wie die Emission von zwei »Green Bonds« der Bundesregierung auf dem Anleihenmarkt zeigte.

schaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie Beobachtern aus Verbänden und Bundesbank bestehende Beirat wollte der Bundesregierung im Februar 2021 seinen Bericht mit Empfehlungen zur Strategieentwicklung vorlegen.





Von den Russen aufgestelltes Grenzschild zwischen Georgien und Südossetien (Bild links), russischer Militär-Stützpunkt bei Freseti in Südossetien (Bild rechts) – etwa ein Fünftel des georgischen Territoriums ist de facto von Russland besetzt. © Thomas Franke/picture-alliance/dpa/Sopho Aptisaia

Große Ambitionen

SÜDKAUKASUS Russland und die Türkei bauen ihren Einfluss in der Region aus. Die EU scheint machtlos

Hinter der Autobahnabfahrt Richtung Churwaleti wacht ein Polizeiposten. Ein weißes Häuschen, vier Autos, die Polizisten tragen automatische Waffen und Mundschutz. Passkontrolle, etwa eine Dreiviertelstunde Fahrt von Georgiens Hauptstadt Tiflis entfernt. Von hier führt die Straße nach Norden in eine braune Ebene. Dahinter erheben sich die Berge des großen Kaukasus. Auf der anderen Seite liegt Russland, dazwischen Südossetien, das sich mit russischer Hilfe von Georgien abgespalten hat. Nach wenigen Minuten nicken die Polizisten freundlich. Zwei von ihnen steigen in einen weißen Pickup und fahren voraus, zwei weitere folgen in einem Jeep. Sicherheitsmaßnahmen. Churwaleti ist das letzte Dorf auf georgisch kontrollierter Seite. Hinter dem letzten Haus verläuft ein Maschendrahtzaun: Er ist etwa 1,50 Meter hoch, dahinter liegen Stacheldrahtrollen. Ein grünes Schild warnt in Englisch und Georgisch: „Achtung! Staatsgrenze! Durchgang verboten!“ Die Grenze allerdings erkennt außer Russland und einer Handvoll anderer Staaten niemand an. Dahinter ist ein rot-weißer Mast zu sehen: Ein russischer Militärstützpunkt, wie die Polizisten erläutern. In einem Obstgarten erntet Avto Churuschwili Granatäpfel. „Die Lage ist unangenehm“, sagt er. Der Teilzeitlandwirt zeigt in Richtung der Berge. Vor wenigen Wochen hätten die Russen dort einfach so einen Zaun gezogen. „Sie haben uns wieder mal einige Hektar Land gestohlen.“ Churuschwili baut in der Nähe des Zauns Weizen an und fürchtet um sein Land. „Wenn wir aufs Feld müssen, bestellen wir Polizeischutz. Anders wäre es zu gefährlich.“ Die Polizisten nicken. Etwa ein Fünftel des Territoriums Georgiens ist de facto von Russland besetzt.

Unbehagen in Georgien noch einmal verstärkt. Denn nun stehen weitere 2.000 russische Soldaten im Südkaukasus. Rund sechs Wochen hatten Armenien und Aserbaidschaner um das Separationsgebiet auf dem Staatsgebiet Aserbaidschans gekämpft, der Hass auf die jeweils andere Seite wuchs. Aserbaidschans Führung kündigte an, die besetzten Gebiete notfalls mit Gewalt zurückzuholen, was ihr in diesem Herbst zu einem großen Teil gelang. Ausgestattet mit Drohnen und anderem neuesten Militärgerät aus der Türkei und Israel, und offen unterstützt von der Regierung der Türkei, rückten die aserbaidschanischen Truppen schnell Richtung Karabach vor. Tausende Menschen starben. Russland, obgleich in einem gemeinsamen Sicherheitsbündnis mit Armenien, wartete ab. Aus Russlands Sicht bestand kein Anlass zum Eingreifen. Denn Aserbaidschan griff im Herbst kein armenisches Staatsgebiet an, sondern lediglich Territorium, das nach internationaler Lesart zu Aserbaidschan gehört. Russlands Präsident Wladimir Putin vermittelte jedoch einen Waffenstillstand. Überwachen soll ihn eine bewaffnete russische Friedenstruppe, die sofort entsendet wurde. „Russlands Position im Südkaukasus wird dadurch gestärkt“, sagt Nikoloz Samkharadze, Mitglied der Regierungspartei „Georgischer Traum“ und zuständig für Verteidigungspolitik und Kontakte zur Nato. Er spricht von einem „strategischen Sieg“ Russlands. „Vielleicht ist das ein An-

reiz für Russland, auch die Spannungen in den georgischen abtrünnigen Gebieten zu schüren. Warten wir es mal ab.“ Durchkreuzt werden Russlands Ambitionen im Südkaukasus allerdings von der neuerdings aggressiv auftretenden Türkei. Konfliktforscher Zakareishvili nennt es einen „historischen Wendepunkt, dass die Türkei ihre Interessen in der Region neu formuliert und aggressiv vertritt“. Dies sei annähernd hundert Jahre nicht geschehen. Anfang 1921 hatte das bolschewistische Russland Tiflis besetzt und die Türkei aus der Region verdrängt. Nun aber unterstützt die Türkei offen Aserbaidschan. In Armenien wiederum ruft das Wiedererstarken der Türkei an den Rändern des untergegangenen Osmanischen Reichs große Sorgen und traumatische Erinnerungen hervor. Anfang des letzten Jahrhunderts wurden im Osmanischen Reich zwischen 300.000 und 1,5 Millionen Armenier systematisch ermordet und vertrieben. Armenien ist bis heute von diesem extremen Einschnitt geprägt, auch, weil die Türkei sich nie mit dem Genozid auseinandergesetzt hat. Bereits während der Verhandlungen zum Waffenstillstand hat die Türkei darauf gedrängt, mit den russischen auch türkische Friedenstruppen in die Region zu entsenden. Sie scheiterte am Widerstand Russlands und der Armenier. Die russischen Soldaten seien eine bittere Pille für Aserbaidschan, erläutert Leila Alieva, Expertin für Osteuropa- und internationale Bezie-

hungen an der Universität Oxford. „Aserbaidschan war die erste von allen 15 ehemaligen Sowjetrepubliken, die die russischen Militärstützpunkte losgeworden ist.“ Viele Aserbaidschaner seien nun dafür, einen türkischen Militärstützpunkt ins Land zu holen, „um die Dominanz Russlands auszugleichen“, sagt Alieva. Die Aserbaidschaner sind ein Turkvolk. Politisch hat die Türkei Aserbaidschan bereits seit dessen staatlicher Unabhängigkeit unterstützt. **Zwei Verlierer** „Russland und die Türkei sind dabei, ihre Einflussphären in der Region neu aufzuteilen“, urteilt Boris Navasardian vom Yerevan Press Club, einer Nichtregierungsorganisation, die Debatten und Tendenzen in der armenischen Gesellschaft und der Region analysiert. Für ihn steht fest: „Der Krieg um Bergkarabach hat gezeigt, dass weder Armenien noch Aserbaidschan ihre volle Souveränität bewahren konnten.“ Beide seien Verlierer. Russland werde künftig versuchen, die Rolle der Türkei in der Region möglichst gering zu halten, zum Beispiel durch eine Wiederbelebung der Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Karabach-Konflikt. Die OSZE hatte nach dem ersten Karabachkrieg Anfang der 1990er Jahre eine Vermittlergruppe eingesetzt, an deren Spitze Frankreich, Russland und die USA stehen. „Die Türkei ist dort außen vor, ein Vorteil für Russland“, betont Navasardian. Putin hat sich bereits dafür ausgesprochen, unter anderem das von Russland dominierte östliche Sicherheitsbündnis OVKS und die GUS, einen Zusammenschluss von Nachfolgestaaten der Sowjetunion, hinzuzuziehen. Mit dem Iran kommt ein weiterer Akteur ins Spiel. Leila Alieva von der Universität Oxford erinnert an die etwa 20 Millionen ethnischen Aserbaidschaner, die im Iran leben, etwa ein Fünftel der Bevölkerung. Der Iran sei deshalb nicht an einem starken Aserbaidschan interessiert. Während der Kämpfe schickten die Revolutionsgardentruppen an die Grenze. Der georgische Konfliktforscher Zakareishvili erinnert daran, dass auch der Iran kurzzeitig Interesse äußerte, Friedenstruppen in Richtung Karabach zu entsenden. Doch bisher halte sich der Iran eher zurück. „Er mischt sich nicht im Südkaukasus ein, weil er darauf setzt, dass die Türkei und Russland ihn im Gegenzug in Syrien gewähren lassen.“ Auch dort trifft der Iran auf beide Staaten.

Georgien hat sich im Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien stets um Neutralität bemüht und davon profitiert. Die Regierung betont, sie habe während des sechswöchigen Krieges keinerlei Waffen passieren lassen, weder aus der Türkei nach Aserbaidschan, noch aus Russland nach Armenien. Nach Unterzeichnung des Waffenstillstands hat Georgien allerdings seinen Luftraum für russisches Militär geöffnet, damit die russischen Truppen mit ihrem schweren Gerät möglichst schnell in das Kriegsgebiet gelangen könnten. Das sei auf Bitten der Aserbaidschaner und der Armenier geschehen, heißt es in Tiflis. „Solche Genehmigungen darf es in nächster Zukunft nicht mehr geben“, meint Wachtang Maisaia von der Caucasus International University in Tiflis. „Russland ist militärisch immer noch unser Feind“. Maisaia gehört zu einer Gruppe georgischer Sicherheitsexperten, die ein stärkeres militärisches Engagement der USA in Georgien fordern. Bevor US-Außenminister Mike Pompeo Mitte November Tiflis besuchte, schrieb er ihm das in einem offenen Brief. „Ein amerikanischer Militärstützpunkt in Georgien würde eine Balance herstellen und der regionalen Stabilität dienen“, erläutert Maisaia. Pompeo versprach in Tiflis, die USA würden „alles in unserer Macht Stehende tun, um Ihren demokratischen Prozess zu unterstützen“. Von militärischen Zusagen wurde nichts bekannt. **»Erst am Anfang«** Die georgische Regierung setzt darauf, dass das Nato-Land Türkei stabilisierend in der Region wirkt. So betont Nikoloz Samkharadze von der Regierungspartei „Georgischer Traum“ die Türkei sei „ein großer Fürsprecher eines Nato-Beitritts Georgiens“. Doch die Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan hat sich in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen Russland angenähert, auch sicherheitspolitisch. „Es kommt zwar immer wieder zu Konfrontationen, aber im Großen und Ganzen setzt die Türkei auf einen Dialog mit Russland“, sagt der armenische Experte Boris Navasardian. Das könne sich nach einem Machtwechsel in Ankara ändern, aber bisher müsse man mit Erdogan leben. Für Navasardian ist aber auch klar, dass Russland und die Türkei erst am Anfang ihrer Auseinandersetzung im Südkaukasus stehen: „Beide werden ihre Konflikte auch rund um Georgien ausfechten.“ Deshalb seien die anderen geopolitischen Akteure gefragt: Sie müssten nun entscheiden, wie stark sie sich engagieren woll-

ten, um die Aufteilung der Region als Einflussbereich zwischen Russland und der Türkei aufzuhalten. **Drohender Bedeutungsverlust** Navasardian sieht die Zukunft recht pessimistisch. „Wir wissen ja, wie die Lage in der EU ist.“ Sicherheitspolitisch spielt sie kaum eine Rolle in der Region, versucht aber, im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik Rechtsstaatlichkeit und Institutionen in den Ländern des Südkaukasus zu stärken. Außer in Georgien ist sie damit kaum vorangekommen. Navasardian geht davon aus, „dass ein großer Teil der armenischen Gesellschaft und sogar der politischen Elite vergessen hat, dass wir Mitglied in diesem EU-Projekt sind“. Er warnt vor einem weiteren Bedeutungsverlust der EU. In den vergangenen Wochen sind etliche Videos von Folter und Enthauptungen aufgetaucht, brutale Verbrechen, die aufgeklärt werden müssen. „Nur wenn sich die EU um Menschenrechte, humanitäre Hilfe und auch um im Krieg begangene Verbrechen kümmert, kann sie Einfluss ausüben“, meint Navasardian. „Wenn sie sich aber auf den Standpunkt stellt, dass der Krieg entschieden ist und dass man sich um Einzelheiten des Kriegsgeschehens nicht mehr kümmern muss, dann wird die EU in Armenien bald überhaupt keine Rolle mehr spielen.“ Tatsache ist, statt ausgleichend zu wirken, hat die EU die Eskalation des Krieges um Bergkarabach mit ermöglicht. Jahrelang importierten EU-Mitgliedstaaten Rohstoffe aus Aserbaidschan. Und das, obwohl Aserbaidschan nie einen Hohl daraus gemacht hat, von den Gewinnen Waffen zu kaufen, um damit Bergkarabach zu erobern. Der Krieg hat Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Region weiter geschwächt und den Einfluss autoritärer Staaten wie Russland und der Türkei gestärkt. Während die Regionalmächte ihre Einflusszonen abstecken, ist die Länder des Kaukasus um Stabilität weit entfernt. Der Waffenstillstand wurde bereits gebrochen und Präsident Alijew droht mit der „eisernen Faust Aserbaidschans“, die bei anhaltender Aggression den Armeniern „erneut den Rücken brechen“ werde. Große Teile der aserbaidschanischen Bevölkerung möchten derweil die Armenier endgültig aus Karabach vertreiben. *Thomas Franke*

»Sowohl Armenien als auch Aserbaidschan sind Verlierer.«

Boris Navasardian, Yerevan Press Club

»Wenn wir aufs Feld wollen, bestellen wir uns Polizeischutz.«

Avto Churuschwili, georgischer Landwirt

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

»Kampfbereite Truppen« Das zweite Konfliktgebiet heißt Abchasien und grenzt gleichfalls an Russland. Auch dort hat Russland Soldaten stationiert. Der Konfliktforscher Paata Zakareishvili aus Tiflis war einige Jahre als Minister für die Wiedereingliederung der beiden Gebiete zuständig. Er spricht von „kampfbereiten Besatzungstruppen“. Die Russen hätten dort „Raketen und Panzer, in Abchasien sogar russische Militärflugzeuge“. Georgien, der engste Verbündete der USA im Südkaukasus, will Mitglied in der Nato und der EU werden. Dort ist man überzeugt: Russland wolle das verhindern, im Zweifelsfall auch mit militärischen Mitteln. Mit dem wiederaufgeflamten Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Bergkarabach hat sich das





UN-Generalsekretär Antonio Guterres hielt seine Rede im Plenum komplett auf Deutsch und lobte den Einsatz Deutschlands, das „tagtäglich, mit tiefem Geschichtsbewusstsein und der damit verbundenen Verantwortung, eine führende Rolle in der Welt“ spiele. © picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

Hilfe für wachsende Städte in Afrika

ENTWICKLUNG Um das massive Städtewachstum in Afrika zu gestalten, braucht es nach Ansicht von Experten neue Finanzierungsquellen, eine enge Kooperation mit lokalen Akteuren und passgenaue Handlungsansätze. Bis 2050 werde ein Anstieg des Verstärterungsgrads in Afrika auf durchschnittlich 60 Prozent prognostiziert, betonte der Geograf Rainer Rothfuß vergangene Woche in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Daher sei es wichtig, die örtlichen Verwaltungen mit stadtplanerischer Expertise zu unterstützen. Die ländliche Entwicklung müsse neue Dynamik bekommen, etwa durch Landbesitzreformen und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Martin Dirr von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) legte wie viele Experten das Augenmerk auf die informellen Siedlungen und Sektoren, die eine große Bedeutung für Arbeit und Versorgung der städtischen Bevölkerung hätten. Es sei nicht zielführend, die Siedlungen der Armen abzureißen und neue Wohnungen zu bauen, urteilte Dirr. Es brauche integrierte Konzepte. Auch die Städtebauexpertin Astrid Ley (Universität Stuttgart) sagte, die schrittweise Aufwertung informeller Siedlungen sei besser, als deren Abriss und Neubau. Die Urbanisierung in Afrika sei außerdem „nicht per se ein schädlicher Prozess“. Es bestünden viele Möglichkeiten, die Entwicklung zu gestalten, insbesondere durch die Förderung der kleinen und mittleren Städte, die den Druck in den Megacities in Teilen abschwächen könnten. Ähnlich äußerte sich der Berliner Stadtplaner Thomas Stellmach. Er sprach außerdem von einem „riesigen Potenzial“ für private Investoren.

Unklare Kompetenzen Yvonne Aki-Sawyer, Bürgermeisterin von Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone, berichtete von einer „chaotischen Entwicklung“ in ihrer Stadt. Die Kommunen könnten ihre Aufgaben oft nicht erfüllen, weil es an Geld, Personal und klaren Verantwortlichkeiten fehle. So obliege die Landnutzungsplanung sowie die Vergabe von Baugenehmigungen der Zentralregierung. Der Gründungsdirektor des African Centre for Cities (ACC) im südafrikanischen Kapstadt, Edgar Pieterse, beklagte, dass existierende Institutionen, wie Stadtplanungsinstitute an Universitäten, von vielen afrikanischen Regierungen nicht unterstützt würden. So gebe es wegen mangelnder Finanzierung kaum die Möglichkeit zur Zusammenarbeit, auch die Zivilgesellschaft würde nicht einbezogen. François Menguelé von der GIZ in Kairo forderte „menschenzentrierte Prozesse. Die Behörden sollten das nicht allein machen“. Er verwies auf einen Dialog der GIZ mit Bewohnern informeller Siedlungen in Kairo, der auf großes Interesse gestoßen sei. Mit Blick auf China, das seit vielen Jahren auf dem afrikanischen Kontinent aktiv ist und dort etwa Infrastrukturprojekte realisiert, regten die Experten einen Austausch an. Es brauche trilaterale Gespräche, in denen man diskutieren und von den Erfahrungen des anderen profitieren könne, sagte Marie Huchzermeyer von der Witwatersrand University in Johannesburg (Südafrika). Edgar Pieterse betonte, China habe seine Strategie in Afrika seit einigen Jahren angepasst und auf lokale Kritik reagiert. Für Deutschland und die Europäer bestehe die Chance, auf dem Kontinent zusammenzuarbeiten. *joh*

»Unsere Welt steht Kopf«

UN Zum 75. Jahrestag warnt Generalsekretär Guterres im Bundestag vor Hetze und Abschottung

Nur selten lädt der Bundestag hochrangige ausländische Politiker und andere Persönlichkeiten ein, um vor den Abgeordneten im Plenarsaal zu sprechen. Als zuletzt Ende Januar der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin im Plenum sprach, ahnte noch niemand etwas von der nahenden Corona-Pandemie und ihren Folgen für Menschen und Wirtschaft. Knapp zwölf Monate später, am letzten Sitzungstag des Bundestages im Jahr 2020, sah das anders aus. Zwei Tage zuvor war Deutschland ein zweites Mal in einen harten Lockdown gegangen. Um das Infektionsrisiko zu senken, wurde die Sitzungswoche auf zwei Tage im Plenum eingedampft und die Präsenzpflicht für den Freitag aufgehoben. Das letzte Wort vor Beginn der Winterpause gehörte damit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, den Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) aus Anlass des 75. Jahrestages der Gründung der UN zu einer Sonderveranstaltung eingeladen hatte. An ihr nahmen am Freitagmorgen auch die Vertreter der anderen Verfassungsorgane teil: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundes-

kanzlerin Angela Merkel (CDU), Bundesratspräsident Reiner Haseloff (CDU) und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Stephan Harbarth. Es hätte wohl kaum einen passenderen Zeitpunkt für die Rede des Gastes geben können. Am 31. Dezember endet die zweijährige Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, dem wichtigsten Gremium der Vereinten Nationen. Zugleich hat die Corona-Pandemie über die Notwendigkeit multilateraler Zusammenarbeit in einer immer stärker globalisierten Welt neuen Schub gegeben. So sah es auch Wolfgang Schäuble. Er sagte eingangs, die Corona-Pandemie habe auch mit der zunehmenden Verflechtung der Welt zu tun. Sie zeige „schmerzhaft, was Globalisierung auch heißt“. Deshalb könne es „keinen besseren Abschluss der parlamentarischen Arbeit vor der Weihnachtspause geben, als uns mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen darauf zu besinnen, dass wir diese Herausforderungen auch nur als Weltgemeinschaft bewältigen können“. Guterres knüpfte an Schäubles Worte an. Es sei „klar, dass globale Herausforderungen auch globale Lösungen brauchen“, sagte der

Portugiese in seiner in deutscher Sprache gehaltenen Rede. Für eine bessere Zukunft stünden nicht „Hetze, Diskriminierung, Antisemitismus und Populismus“, sondern Welt-offenheit und ein „Multilateralismus, der Resultate liefert und zukunftsorientiert ist“. Guterres, der die UN seit dem 1. Januar 2017 leitet und von 2005 bis 2015 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen war, urteilte, die Covid 19-Pandemie habe „unsere Welt auf den Kopf gestellt“ und tiefe Bruchlinien offen gelegt. „Überall haben die Schwächsten am meisten zu leiden.“ Es gelte, gegen „Falschinformationen und wilde Verschwörungstheorien“ vorzugehen und die Not vieler Entwicklungsländer und Länder mit mittlerem Einkommen zu lindern; diese stünden vor einer „immensen Schulden- und Liquiditätskrise“. Außerdem sei es wichtig, die Impfstoffe gegen Covid 19 „als globales öffentliches Gut“ zu betrachten – sie müssten überall und für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein. „Ein Impfstoff, der den Menschen gehört.“

Aufbau einer globalen Koalition für CO2-Neutralität und mehr Mittel für den Grünen Klimafonds, mit dem vor allem in Entwicklungsländern und Inselstaaten Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel finanziert werden. Für Deutschland fand Guterres viele lobende Worte. Das Land habe sich früh für globale Gesundheit engagiert und spiele „tagtäglich, mit tiefem Geschichtsbewusstsein und der damit verbundenen Verantwortung, eine führende Rolle in der Welt“. Die Regierungsführung von Bundeskanzlerin Merkel lobte er als „besonnen, beständig, mitfühlend und weise“. Er verwies auf Studien, wonach die Führung von Frauen während der Covid-Pandemie „zu effektiveren Resultaten“ geführt habe. Schäuble, der Guterres angesichts der besonderen Situation „um so mehr“ für seinen Besuch dankte, richtete in seiner Rede einen kritischen Blick auf die Europäische Union. „Bringen wir Europäer wirklich genug Kraft auf? Verschenden wir sie nicht zu oft?“ Die Energie etwa, die derzeit in die Verhandlungen um den Brexit fließe, bräuchte es laut Schäuble, um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine „vernünftige, nachhaltige Flüchtlings- und Asyl-

politik“ voranzubringen sowie die Pariser Klimaziele konsequent umzusetzen. „Kurz: Um uns weniger um uns selbst zu drehen, sondern unsere Verantwortung für unsere Nachbarschaft und in der Welt wahrzunehmen.“

Umfrage-Hoffnung Zum 75-jährigen Bestehen der Vereinten Nationen hatte Guterres in diesem Jahr ein globales Gespräch über die Zukunft der Menschheit und des Planeten gestartet. Zur Teilnahme aufgerufen waren Menschen aus allen 193 Mitgliedstaaten der Staatengemeinschaft. Die Rückmeldungen aus Deutschland hob Guterres im Bundestag besonders hervor. „99 Prozent der in Deutschland Befragten betrachteten die globale Zusammenarbeit als entscheidend für das Erreichen gemeinsamer Ziele. 99 Prozent! Wunderbar“, freute sich Guterres. Es sind Zahlen wie diese, die den neunten Generalsekretär der Vereinten Nationen offensichtlich mit Zuversicht in die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit blicken lassen. „Mit der Unterstützung Deutschlands sind wir auf dem richtigen Weg. Ich sehe Hoffnung. Das ist meine Botschaft an Sie.“ *Johanna Metz*

»Die Pandemie zeigt uns schmerzhaft, was Globalisierung auch heißt.«
Wolfgang Schäuble (CDU), Bundestagspräsident

»Impfstoffe gegen Covid 19 müssen für alle zugänglich und bezahlbar sein.«
Antonio Guterres, UN-Generalsekretär

Ernüchternde Bilanz

MENSCHENRECHTE I Regierung sieht starke Rückschläge, Opposition wirft ihr Unglaubwürdigkeit vor

Es ist eine ernüchternde Bilanz zum 72. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Zunehmende Konflikte, Vertreibungen und Repressionen – die Menschenrechte stünden weltweit unter Druck, klagen Organisationen. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie sei zu einer zusätzlichen Bedrohung für Demokratie und Menschenrechte geworden. Ein Fazit, zu dem auch die Bundesregierung kommt: Die Pandemie werde mancherorts „als Vorwand genutzt, um Menschenrechte noch weitergehend einzuschränken“, sagte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) am Donnerstag während einer Debatte über den aktuellen 14. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung (siehe Stichwort). Angesichts der Rückschläge, die der Menschenrechtsschutz erlebe, sei es umso wichtiger, dass die Bundesregierung diesen als Kernanliegen ihrer Außenpolitik begreife, betonte Maas. Das zeige Erfolg: Ein „Durchbruch“ sei etwa die Einigung auf ein gemeinsames EU-Menschenrechts-

aktionsregime. Jetzt sei „Schluss“ damit, dass Menschenrechtsverletzer „unbehelligt über die Einkaufsmeilen Europas schlendern oder ihr Geld in der EU parken“. Im Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates, den Deutschland gerade übernommen habe, werde die Bundesregierung sich weiter für eine europäische Menschenrechtspolitik einsetzen, versprach Maas. Weitere Schwerpunkte ihres Engagements seien die Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz, Unterstützung von Minderheiten wie den Roma oder der Schutz von Menschenrechtsverteidigern. Hehre Ziele zwar, fand Cyde Jensen (FDP). Ihre Fraktion werde die Bundesregierung jedoch an ihrem Handeln messen: Ob der Sanktionsmechanismus, der Einstimmigkeit erfordere, wirksam sei, müsse sich erst zeigen. Außerdem „holpere“ die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien, monierte die Liberale. Wenn die Regierung den Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Deutschland ernstnehmen wolle, müssten Außen- und das Innenressort besser kooperieren. In einem Antrag (19/25242) forderte die FDP eine behördenübergreifende Strategie und eine bundesweite Kontaktstelle, um Deutschland zu einem „sichereren Hafen“ für Dissidenten und Aktivisten zu machen.

Scharf ging Jürgen Braun (AfD) die Bundesregierung an: In ihrem Bericht schweige sie zur Christenverfolgung und ignoriere den neuen „islamischen Antisemitismus“. Zudem lese er sich, als sei er von „Linksextremisten“ und „Klimahysterikern“ geschrieben worden. Um Menschenrechte „gehe es schon gar nicht mehr“, monierte der Abgeordnete. Ganz anders das Urteil Michael Brands (CDU): Von dem Bericht gehe das Signal aus, dass die Demokratien der Welt keinesfalls „auf dem Rückzug“ seien. Es sei vielmehr eine Art Kampfansage an all diejenigen, die Menschenrechte im großen Stil verletzen. Besondere Gefahr gehe dabei von China aus, warnte er. Mit Sanktionen wolle das Regime demokratische Staaten gefügig machen. Auch Unternehmen, Menschenrechtsorganisationen und sogar Abgeordnete des Bundestages versuche Peking unter Druck zu setzen. Zaklin Nastic (Die Linke) warf der Bundesregierung angesichts ihrer Rüstungspolitik Unglaubwürdigkeit vor: Ob Syrien oder Mexiko – überall werde mit deutschen Waffen gekämpft und gemordet. Auch wachsende Armut und ungerechte Arbeitsbedingungen in Deutschland konterkarieren die Menschenrechtspolitik.

Seenotrettung Margarethe Bause (Grüne) hielt Maas vor, zu Menschenrechtsverletzungen in Europa zu schweigen. So wolle die Bundesregierung sich mit dem „Elend“ in griechischen Flüchtlingslagern nicht beschäftigen. Nirgends gehe es um Seenotrettung oder illegale Push-backs der EU-Grenzschutzagentur Frontex. „Sie mögeln sich an allen Themen vorbei, in denen die Koalition versagt oder heillos zerstritten ist“, so Bauses wenig schmeichelhaftes Resümee. *Sandra Schmid*

> STICHWORT
Menschenrechtsbericht

> Ziele Der Bericht stellt zentrale Entwicklungen in der deutschen Menschenrechtspolitik dar und zeigt künftige Prioritäten der Bundesregierung in wichtigen Aktionsfeldern sowohl national als auch international auf.

> Grundlagen Er wird alle zwei Jahre vorgelegt. An seiner Erstellung sind zahlreiche Ressorts beteiligt, federführend ist das Auswärtige Amt. Der aktuelle Bericht deckt den Zeitraum 1. Oktober 2018 bis 30. September 2020 ab.

Bedrängte Christen

MENSCHENRECHTE II Absage an AfD-Anträge

Christenverfolgung zu sanktionieren – mit dieser Forderung war die AfD zuletzt vor knapp zwei Jahren im Parlament gescheitert. Kurz vor Weihnachten präsentierte sie nun gleich drei neue Anträge – mit einem alten Ziel: Die Verfolgung von Christen insbesondere in Pakistan (19/25309) und Nigeria (19/25310) zu stoppen. Zusätzlich verlangte die Fraktion die Berufung eines Beauftragten gegen Christenfeindlichkeit (19/25311) nach dem Vorbild des Bundesbeauftragten für jüdisches Leben in Deutschland. 260 Millionen Christen seien weltweit verfolgt, verteidigte Anton Friesen (AfD) in einer Debatte am Donnerstag das Anliegen. Auch in Deutschland mache sich „eine erschreckende Christenfeindlichkeit breit“. 1.731 Angriffe auf Kirchen oder Friedhöfe habe es zwischen 2010 und 2019 gegeben. Die Reaktion im Plenum fiel erneut klar aus: Unisono erteilten die Fraktionen von Union bis Die Linke den Forderungen eine Absage. Die AfD instrumentaliere das Thema, es gehe ihr vor allem um Stimmungsmache, so der Tenor. Zwar seien Christen als größte Glaubensgemeinschaft von Einschränkungen der Religionsfreiheit in der Tat besonders betroffen, bestätigte der Bundesbeauftragte für die weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel

(CDU). In Deutschland jedoch sei die Zahl der religiös motivierten Straftaten gegen Juden oder Muslime deutlich höher. Das blende die AfD aus. Peter Heidt (FDP) monierte, die AfD spiele die Religionen bewusst gegeneinander aus und beschuldige allein den Islam. „Die Verfolger von Christen haben aber viele Gesichter.“ Helge Lindh (SPD) kritisierte, die Antragsteller verhöhnnten Juden und Muslime in Deutschland und versuchten auf dem Rücken der Christen „anschlussfähig“ zu werden. Im Kern aber sei die AfD mit ihrem Schüren von Hass und Hetze „antichristlich“. „Pure Heuchelei“ warf auch Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) der AfD vor: Sie könne gar nicht für christliche Werte streiten, weil ihr diese fremd seien. Bewusst lasse sie Fakten aus, verschweige etwa das Leid anderer Minderheiten wie der Ahmadiyya in Pakistan. Wer die Rechte einer Glaubensgemeinschaft so überhöhe, könne kein „Anwalt für die Religionsfreiheit“ sein, so Gehrings Urteil. Christine Buchholz (Die Linke) wies zudem daraufhin, dass der Terror von Boko Haram in Nigeria nicht nur Christen treffe, sondern auch Muslime. Überdies seien die Konflikte in dem westafrikanischen Staat nicht religiös geprägt, sondern hätten andere Ursachen: Bevölkerungswachstum, Klimawandel, Landraub und Ressourcenkonflikte. *sas*



AUFGEKEHRT

Der Laden um die Ecke

Als Kinder sind wir öfter um die Ecke einkaufen gegangen. Bei Holtkamp gab es für zehn Pfennig zehn Lakritz-Taler, wir haben artig gefragt, die Taler bekommen und waren vorübergehend wunschlos glücklich. Jeder Taler wurde penibel Pfennig für Pfennig abgezählt und verschwand in der kleinen Papiertüte. Samstags gab Mutter uns eine Mark, das reichte für zehn Brötchen, goldbraun gebacken und noch warm. Eine ganze D-Mark, der Bundesadler hinten drauf, ein Hohheitszeichen für unser Kinderglück. „The times they are a changing“, hat Bob Dylan damals schon gewarnt, dabei war die Osterweiterung der EU noch gar nicht erfunden. Bestimmt haben der niedliche kleine Victor Orban oder der Wonneproppen Jaroslaw Kaczynski auch so einen Laden um die Ecke gehabt und sich als Kinder mit dem Nötigsten eingedeckt, auch wenn im Osten der Konsum eher Kampf war. Wer weiß, vielleicht waren die West-Lakritzen auch einfach besser als die Ost-Lutscher, jedenfalls muss damals doch was schiefgelaufen sein. Dylan riet: „You better start swimmin or you'll sink like a stone.“ Victor und Jaroslaw sind gute Schwimmer geworden, untergehen tun andere. Frieden, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit: Sprüche aus dem elitären Westen. Fakten zählen und Zahlen. Kontonummern werden getauscht, Milliarden verschoben, Bares ist Wahres und meines. Victor strahlt in Vorfreude, Jaroslaw ist zufrieden, nehmen ist besser als fasten. Dylans Verheißung sollte den Knaben freilich zu denken geben: „And the first one now will later be last.“ Ach was, bald ist Weihnachten, da bekommen Kinder, die großen und kleinen, bekanntlich Geschenke, gerne üppig, die Zeit der Pfennige ist vorbei. **Claus Peter Kosfeld**

VOR 45 JAHREN...

Lauschangriff auf Traube

30.12.1975: Verfassungsschutz startet „Operation Müll“ Ein hochrangiger Atomphysiker mit Zugang zu Kernkraftanlagen und gefährlichem Material wie Plutonium steht in Kontakt mit Terroristen, denen jede Art von Anschlägen zugehört wird. Was wie der Plot für einen James-Bond-Film klingt, war 1975 ein konkreter Verdacht des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV). Der ins Visier



Klaus Traube 1977 während einer Pressekonferenz zu dem Abhörskandal

geratene Atomwissenschaftler war der 47-jährige Klaus Robert Traube, Geschäftsführer der Siemens-Tochter Interatom, der in Verbindung zur RAF gestanden haben soll. Am 30. Dezember 1975 startete daher das BfV mit Wissen von Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) und mithilfe des BND die „Operation Müll“. In der Nacht verschafften sich die Agenten Zutritt zu Traubes Haus bei Köln, brachten an dessen Schreibtisch eine batteriebetriebene Wanzel an und fotografierten persönliche Unterlagen. Die Aktion war nicht von einem Richter genehmigt und somit verfassungswidrig. Ergebnisse lieferte der illegale Lauschangriff keine, nach einigen Monaten wurde die Abhörtechnik – erneut heimlich – wieder abgebaut. Erst rund ein Jahr später kam das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ an Informationen über den Fall und deckte ihn im Februar 1977 auf. Der Verdacht gegen Traube, inzwischen aus Sicherheitsgründen entlassen, wurde ausgeräumt. Innenminister Maihofer verlor zwar politisch an Rückhalt, blieb aber vorerst im Amt. Im Juni 1978 trat er zurück, allerdings mit Verweis auf Fahndungsspannen während der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer durch die RAF. **Benjamin Stahl**

WEIHNACHTSRÄTSEL 2020



Die diesjährige Weihnachtsfichte vor dem Reichstagsgebäude stammt aus dem Harz und erreicht eine Höhe von 31 Metern. © Deutscher Bundestag/Henning Schacht

Lesen, Miträtseln und eine Berlin-Reise gewinnen

Eine Reise nach Berlin für zwei Personen (wenn es wieder möglich und sicher ist zu reisen) inklusive eines Besuchs des Bundestags – das ist der Hauptpreis des Weihnachtsrätsels von „Das Parlament“. Gewinnen können Sie, indem Sie das tun, was Sie auch sonst tun: Aufmerksam lesen! Denn auf den zwölf Seiten dieser Ausgabe verstecken sich die Antworten auf die Fragen. Wenn es mit dem Hauptpreis nichts wird, verlosen wir unter den richtigen Einsendungen weitere Sachpreise. Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen!

1. Wann rechnen Experten mit ausreichend Anti-Coronavirus-Impfstoff für alle?
2. An welcher Krankheit leidet der CSU-Abgeordnete Erich Irlstorfer?

3. Wie heißt die Frau, die in den USA offiziell als erste gegen Corona geimpft wurde?
4. Wie heißt der Drohnen-Typ, den Deutschland von Israel für die Bundeswehr geleast hat?
5. Wie lange gelten Sonderregeln für den Einsatz von Leiharbeit in der Fleischindustrie?
6. Wie viele Zeugen hat der Amri-Untersuchungsausschuss bislang befragt?
7. Was muss die Regierungskoalition im nächsten Jahr bezüglich der Energiewende noch klären?
8. Wie hoch ist der steuerliche Corona-Pauschbetrag pro Tag?

9. Wer hat nach dem ersten Karabachkrieg Anfang der 1990er Jahre eine Vermittlergruppe eingesetzt mit Frankreich, Russland und den USA an der Spitze?
10. Aus welchem Land stammt UN-Generalsekretär Guterres?
11. Welche Abgeordnete trug erstmals einen Hosensatz bei einer Rede vor dem Bundestag?
12. An welchem Tag startete die „Operation Müll“?

Ihre Antworten inklusive Ihrer Kontaktdaten senden Sie bitte per E-Mail oder per Post bis zum 10. Januar 2021 an: **Redaktion „Das Parlament“, Platz der Republik 1, 11011 Berlin** oder an **redaktion@das-parlament.de** unter dem Stichwort „Weihnachtsrätsel 2020“. Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Ein Schloss für den Dialog der Kulturen

HAUPTSTADT In Berlin hat das neue „Humboldt Forum“ seine Pforten geöffnet

Als der Bundestag am 4. Juli 2002 den Grundsatzbeschluss zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses fasste, war bereits seit mehr als zehn Jahren über die Wiedererrichtung des im Zweiten Weltkrieg beschädigten und 1950 gesprengten Hohenzollernbaus in der Mitte der Hauptstadt diskutiert worden. Nach nochmals gut 18 Jahren hat nun in dem fertiggestellten Gebäude das neue „Humboldt Forum“ seine Pforten geöffnet – wengleich auch zunächst nur digital mit einer gestreamten Führung. Bereits zugänglich ist auf www.humboldtforum.org ein virtueller 360-Grad-Rundgang durch Teile des Forums.

Nach sieben Jahren Bauzeit soll das 677 Millionen Euro teure Projekt hinter der teilweise rekonstruierten Barockfassade des alten Stadtschlusses in drei Etappen bis Ende 2021 eröffnet werden. Die nach Plänen des italienischen Architekten Franco Stella errichtete, rund 40 000 Quadratmeter umfassende Immobilie liegt gegenüber der als Weltkulturerbe eingestufteten Museumsinsel. Für den Bau, dessen Ostfront modern gestaltet ist, wurden 750 Meter barocke Fassade inklusive mehr als 2.800 figürlichen Darstellungen rekonstruiert. Nutzen werden das Humboldt Forum künftig zwei Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, das Land Berlin sowie

die Berliner Humboldt-Universität. Gezeigt werden Exponate etwa aus Asien, Afrika, Amerika und Ozeanien sowie Objekte zur Geschichte Berlins. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) sieht mit dem Forum „Raum im Herzen der deutschen Hauptstadt“ für einen „gleichberechtigten Dialog der Kulturen“. Die Namensgeber Wilhelm und Alexander von Humboldt seien „für die Annäherung an das Fremde für uns heute Vorbilder und Vordenker mit ihrer Lust, die Welt anzuschauen, über die Grenzen der eigenen Weltanschauung hinweg, mit ihrer Neugierde, dem Fremden zu begegnen, ohne es abzuwehren oder abzuwerten.“ **Stolmit dpa**



Das rekonstruierte Westportal des Humboldt-Forums mit Kuppel **picture-alliance/dpa**

SEITENBLICKE



LESERPOST

Zur Ausgabe 51 vom 14. Dezember, Seite 1, „Mit schwerem Herzen“, Merkel, Söder & Co. gondeln ständig in halb Europa herum, um für ihre (irrwitzigen) Ideen zu werben. Dafür machen sie ständig vom Grundgesetz (GG) Art. 11, Absatz 1, der „Freizügigkeit“ Gebrauch, diese „Freizügigkeit“ treiben sie uns mit Artikel 11, Abs. 2 GG, mit einem „aerosolfreiem“ Atemzug gleich wieder aus. Deutschland wird wieder einmal in einen „Quarantäne-Lock-und-Shut-down“ geschickt, Deutschland wird wieder einmal ein-, ab- und zugesperrt. **Riggi Schwarz, Büchenbach**

Zur gleichen Ausgabe, Karikatur, Seite 12
Wir bleiben daheim, wo kein Pfeffer wächst, essen dafür Pfefferkuchen, trinken Pfefferminztee und Pfefferminzlikör und singen mit der Familie oder auch solo, von früh bis spät in die „Stille Nacht! Heilige Nacht!“, für heuer ist wohl alles klar- und dichtgemacht! Ob dadurch der CO2-Preis pro Tonne sinkt, der CO2-Ausstoß eventuell abnimmt, das wird sich zeigen oder auch nicht! **Klaus P. Jaworek, Büchenbach**

PERSONALIA

>Karl Addicks
Bundestagsabgeordneter 2004-2009, FDP

Karl Addicks wird am 31. Dezember 70 Jahre alt. Der Arzt aus Saarbrücken schloss sich 1989 der FDP an und gehörte von 2000 bis 2009 dem Kreisvorstand Saarbrücken-Stadt sowie dem FDP-Landesvorstand Saar an. Addicks, der als Mediziner lange in Entwicklungsländern tätig war, engagierte sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er war im November 2004 für den Abgeordneten Christoph Hartmann in den Bundestag nachgerückt.

>Ruprecht Vondran
Bundestagsabgeordneter 1987-1994, CDU

Ruprecht Vondran vollendet am 31. Dezember sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist aus Düsseldorf trat 1957 in die CDU ein und wurde 1958 Mitglied im RCDS-Bundesvorstand. Von 1988 bis 1995 war er stellvertretender Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalens. Im Bundestag engagierte sich Vondran in beiden Wahlperioden im Finanzausschuss. Der vielfältig in Industrieverbänden engagierte Wirtschaftsmanager war von 1988 bis 2000 Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl.

>Ulrike Flach
Bundestagsabgeordnete 1998-2013, FDP

Ulrike Flach wird am 1. Januar 70 Jahre alt. Die Diplom-Übersetzerin aus Mülheim/Ruhr trat 1975 der FDP bei, war dort von 1992 bis 2010 Kreisvorsitzende und von 1996 bis 2005 stellvertretende FDP-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen. Von 1997 bis 2005 gehörte sie dem FDP-Bundesvorstand an. Flach, die von 1998 bis 2005 im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung mitwirkte, stand von 2000 bis 2005 an dessen Spitze. Bis 2009 war sie danach Mitglied des Haushaltsausschusses und Sprecherin ihrer Fraktion für Technologiepolitik. Von 2009 bis 2011 amtierte sie als Fraktionsvize und Gesundheitspolitische Sprecherin. Von 2011 bis 2013 war Flach Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit.

>Ulrich Stockmann
Bundestagsabgeordneter 1990, SPD

Am 1. Januar wird Ulrich Stockmann 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur und protestantische Theologe aus Naumburg trat im Oktober 1989 der SPD, der späteren SPD in der DDR bei und stand von 1994 bis 2007 an deren Spitze im Burgenlandkreis. Seit 1990 war er zudem fast zwei Jahrzehnte Mitglied des SPD-Landesvorstands von Sachsen-Anhalt. 1990 gehörte Stockmann der ersten frei gewählten Volkskammer an und amtierte zuletzt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Mitglied des Europäischen Parlament war er von 1994 bis 2009.

>Johannes Gerster
Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1977-1994, CDU

Am 2. Januar begeht Johannes Gerster seinen 80. Geburtstag. Der Jurist aus Mainz, zuletzt Regierungsdirektor im rheinland-pfälzischen Innenministerium, schloss sich 1960 der CDU an. Von 1976 bis 1987 stand er an der Spitze des Kreisverbands Mainz, war von 1993 bis 1997 CDU-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz und gehörte von 1994 bis 1996 dem Präsidium sowie von 1996 bis 1998 dem CDU-Bundesvorstand an. Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz und CDU-Fraktionschef war Gerster 1996/97. Der innenpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 1987 bis 1992 und deren Vizevorsitzender von 1992 bis 1994 engagierte sich überwiegend im Innenausschuss, daneben im Haushaltsausschuss. Gerster leitete von 1997 bis 2006 die Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem. Von 2006 bis 2010 war er Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. **bmh**

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 4. Januar 2021.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 13. – 15.01.2021
Rentenversicherungsbericht 2020, Transatlantischer Wirtschaftsraum
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Den Blick weiten für die vielfältigen globalen Krisen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Herr Bundespräsident!
Frau Bundeskanzlerin!
Herr Bundesratspräsident!
Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine Damen und Herren!
Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Unser Land erfährt seit vorgestern noch weitreichendere Einschränkungen. Die Pandemie zwingt, auf persönliche Begegnungen fast gänzlich zu verzichten – umso mehr, lieber Herr Guterres, wissen wir Ihren Besuch zu schätzen! Ich danke Ihnen im Namen des ganzen Hauses für die Ehre, die Sie uns erweisen.

Wir wissen bereits heute, dass uns die vielfältigen Krisen, die uns in den letzten zwölf Monaten so beispiellos gefordert haben, leider auch im kommenden Jahr beschäftigen werden. Unter den Herausforderungen war die Pandemie zwar neu, und sie traf uns weitgehend unerwartet. Aber sie hat wie all die anderen drängenden Probleme auch – die fortschreitende Erderwärmung, der Verlust an Artenvielfalt, der wachsende Hunger, die weltweiten Migrationsbewegungen – mit der zunehmenden Verflechtung der Welt zu tun. So erfahren wir gerade schmerzhaft, was Globalisierung auch heißt.

Deshalb könnte es keinen besseren Abschluss der parlamentarischen Arbeit vor der Weihnachtspause geben, als uns mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen darauf zu besinnen, dass wir diese Herausforderungen auch nur als Weltgemeinschaft bewältigen

können. Dass wir bei allen nationalen Aufgaben unseren Blick weiten müssen für die vielfältigen globalen Krisen; und dass wir bei allem existenziellen Leid und allen Einschnitten in unser Alltags- und Wirtschaftsleben nicht aus den Augen verlieren dürfen, wie sehr Menschen in anderen Weltregionen auf unsere Hilfe angewiesen sind.

Vor 75 Jahren, nach der Erfahrung des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs, wagten die Gründer der Vereinten Nationen einen mutigen Schritt. Sie gaben der von Krieg und Zerstörung gezeichneten Welt ein Instrument an die Hand, das sie ziviler machen, den Frieden dauerhaft sichern und der internationalen Zusammenarbeit einen stabilen Rahmen geben sollte. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern eine an universellen Werten orientierte Friedenspolitik sollte fortan gelten.

Wer im Wissen um die Natur des Menschen realistisch blieb, warnte auch damals schon vor überzogenen Erwartungen. „Die UNO wurde nicht gegründet, um uns den Himmel zu bringen, sondern um uns vor der Hölle zu bewahren.“ Diese Bemerkung Ihres Vorgängers Dag Hammarskjöld verdeutlicht, dass die gute Absicht sich immer an irdischen Realitäten reibt.

Wie hoch die Reibungsverluste sind, erleben wir umso stärker, als sich die Welt zuletzt in rasantem Tempo ins Gegenteil der angestrebten Ordnung verkehrte. Sie ist unübersichtlicher, unsicherer, fragiler geworden. Die Staatengemeinschaft, die manchmal diesen Namen angesichts nationaler Alleingänge wichtiger Mächte kaum noch verdient, kann allerdings nur wirkungsvoll handeln, wenn ihre Mitglieder bereit sind, Verantwortung nicht nur für sich, sondern eben für alle zu übernehmen.

Weil in Zeiten der Globalisierung alles mit allem zusammenhängt.

Die Gründungsimpulse für die Vereinten Nationen galten der Friedenssicherung. Sie ist angesichts von Kriegen und bewaffne-

ten Konflikten noch immer von zentraler Bedeutung. Aber unter den Bedingungen der Globalisierung und der digitalen Vernetzung sind längst komplexe Probleme hinzugetreten, die sich vor 75 Jahren niemand ausmalen konnte. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklungsziele, die wir uns als Antwort darauf gesetzt haben, können einander widersprechen, sogar kollidieren: Wir wollen den Hunger bekämpfen und gleichzeitig die klimaschädlichen Gase einer extensiven industriellen Landwirtschaft reduzieren. Genauso müssen wir eingestehen, dass der Lockdown, der unsere Gesundheit schützen soll, mit seinen Auswir-

kungen auf die Weltwirtschaft und die globalen Lieferketten Menschen in anderen Teilen der Welt ihrer Lebensgrundlage beraubt. Es wird gewarnt, dass wir viele Millionen zusätzlicher Hungertote befürchten müssen.

Das Dilemma begleitet uns – und darf uns doch nicht davon abhalten, ungelöste Probleme gemeinschaftlich anzugehen.

Funktionieren wird das nur in einem gestärkten multilateralen Rahmen. Sie, verehrter Herr Guterres, fordern ihn als Generalsekretär der Vereinten Nationen immer wieder ein. Und Sie heben dabei die Europäische Union als eines der beiden – wie Sie sagen – „größten Friedensprojekte unserer Zeit“ hervor. Aber bringen wir Europäer wirklich genug Kraft auf? Verschwenden wir sie nicht oft auch? Die Energie etwa, die derzeit in die Verhandlungen um den Brexit fließt, bräuchte es vielleicht noch mehr, um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voranzubringen oder

unseren Beitrag zu einer vernünftigen, nachhaltigen Flüchtlings- und Asylpolitik zu leisten, uns für die Umsetzung der Pariser Klimaziele einzusetzen. Kurz: Um uns auch als Europäer weniger um uns selbst zu drehen, sondern unsere Verantwortung für unsere Nachbarschaft und in der Welt wahrzunehmen.

Wir berufen uns in der Politik gern auf die Charta der Vereinten Nationen – aber selten genug handeln wir danach. An diesem Widerspruch hängt mehr als die Feststellung, unseren Ansprüchen nicht immer und nicht ausreichend gerecht zu werden. Denn im globalen Wettstreit der Systeme werden Demokratien ganz besonders daran gemessen, ob sie ihren proklamierten Werten selbst gerecht werden.

Das sollte ein starkes Motiv unseres Handelns sein!

Herr Generalsekretär, ich darf Sie bitten, zu uns zu sprechen.

(Beifall)

António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen:

Die Pandemie hat tiefe Bruchlinien offengelegt



António Guterres (*1949)
UN-Generalsekretär

Vielen Dank, Herr Präsident des Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble, für Ihre freundlichen Worte und für die Einladung, heute im Deutschen Bundestag zu sprechen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident! Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

In diesem Haus möchte ich aus

dem Herzen sprechen und auf Deutsch, oder es zumindest probieren.

Vorab bitte ich Sie, Fehler zu entschuldigen. Wie Sie bemerkt haben, ist Deutsch nicht meine Muttersprache.

Das Denken, die Führungskraft und der Weitblick der Deutschen haben mein gesamtes politisches Leben mitgeprägt. Als ich als junger Aktivist in der Nelkenrevolution und danach in meinem Heimatland Portugal engagiert war, leistete Deutschland entscheidende Unterstützung beim Übergang zur Demokratie und bei dem Aufbau beständiger Institutionen. Auch während meiner Zeit als Abgeordneter und später als Premierminister war Deutschland immer da – mit seinem Nein zu Nationalismus und seinem Ja zur europäischen Integration, mit seinem Nein zu Isolationismus und seinem Ja zur internationalen Zusammenarbeit und Solidarität.

Als UNO-Flüchtlingskommissar erlebte ich das Mitgefühl und die moralische Führung der Deut-

schen, um Menschen zu einem besseren Leben zu verhelfen. Als UNO-Generalsekretär erfahre ich, wie Deutschland täglich mit tiefem Geschichtsbewusstsein und Verantwortung eine führende Rolle in der Welt spielt. Ich sehe, wie Deutschland sich den großen Herausforderungen unserer Zeit stellt: Deutschland als Friedensmacht, Deutschland als eine Säule des Multilateralismus.

Deutsche haben auch an meinem Weltbild mitgewirkt. So ist der Philosoph mit dem größten Einfluss auf mein politisches Denken ein Deutscher: Jürgen Habermas. Er ist über 90 Jahre alt und bringt weiter bedeutende Werke hervor, darunter zuletzt eine Geschichte der Philosophie. Eine seiner großen Ideen ist ein Merkmal der modernen Demokratie: der permanente Kommunikationsfluss zwischen der Politik und der Zivilgesellschaft. Dieser Austausch zwischen der Politik und den

Fortsetzung auf nächster Seite

Menschen trägt zu einem tieferen Verständnis von Fakten und zu besseren Lösungen bei.

Die Teilhabe am öffentlichen Leben umfasst weit mehr als das Wählen. Sie ist das tägliche Lebenselixier der Demokratie. Sie ist ein grundlegendes Menschenrecht, und sie ist ein Werkzeug für eine bessere Politik, und der Bundestag ist das lebendige Zentrum dieser Idee.

Meine Damen und Herren, 75 Jahre UNO in einem Jahr, in dem wir wie nie zuvor auf die Probe gestellt werden. Die Covid-Pandemie hat unsere Welt auf den Kopf gestellt. Sie hat mehr als 1,5 Millionen Menschenleben gefordert. Die Wirtschaft hat es schwer. Unternehmen müssen schließen. Arbeitsplätze gehen verloren, und überall leiden die Menschen.

Wir sind weiter davon entfernt, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die Armut nimmt zu, Hungersnöte drohen. Der Fortschritt bei der Gleichstellung der Frauen wurde um Jahre zurückgeworfen. Wir stehen vor der größten Wirtschaftskrise unserer Zeit.

Die Pandemie hat tiefe Bruchlinien offengelegt: Ungleichheiten, Ungerechtigkeit, unzureichende soziale Sicherheit. Überall haben die Schwächsten am meisten zu leiden. Es ist klar, dass globale Herausforderungen globale Lösungen brauchen. Dennoch fehlt es an internationaler Zusammenarbeit. Wir brauchen Weltoffenheit für eine bessere Zukunft. Dennoch sehen wir an zu vielen Orten die Tendenz zur Abschottung, eine Abkehr von den Werten der Aufklärung – Europas größtem Beitrag zur Zivilisation –, ein gefährliches Treiben in Richtung Irrationalität und eine Zunahme von Hetze, Antisemitismus, islamfeindlichem Fanatismus und anderen Formen von Diskriminierung. Wir wissen aus der Geschichte, dass eine Politik, die auf Wut setzt, in die Katastrophe führt.

Meine Damen und Herren, bei allen Sorgen sehe ich Hoffnung und Deutschland die Samen dafür säen. Wir haben die gemeinsame Pflicht, diese Hoffnung zu nähren. Die Welt braucht Deutschland, so wie Deutschland die Welt braucht.

Drei Themen dazu: die Bekämpfung der Pandemie, die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zudem Aktionen gegen den Klimawandel.

Meine Damen und Herren, schon vor der Pandemie war Deutschland international für globale Gesundheit sehr aktiv. Auf dem G-20-Gipfel in Hamburg

wurde erstmals ein umfassender Gesundheitsplan vorgestellt. Deutschland hat schon länger verstanden, für mehr Sicherheit bei der globalen Gesundheit zu sorgen. Deutschland fördert das Ziel einer allgemeinen Gesundheitsversorgung und hilft Ländern in Krisen beim Aufbau. Auch haben Sie die zentrale Rolle der WHO erkannt.

Ich möchte Ihnen meine tiefe Anerkennung aussprechen für Ihre frühen Schritte. Sie haben sich von der Wissenschaft leiten lassen. Ebenso möchte ich meine tiefe Anerkennung bekunden für die besonnene, beständige, mitfühlende und weise Hand von Bundeskanzlerin Merkel und ihrer Regierung.

Studien belegen, dass Führung von Frauen während der Covid-Pandemie zu effektiveren Resultaten geführt hat.

Ihre Solidarität hat überall auf der Welt Wirkung gezeigt. Dank der wichtigen Hilfe von Ländern wie Deutschland hat die UNO medizinische Versorgung an 172 Länder liefern können. 63 Länder haben zudem humanitäre Hilfe bekommen. Deutschlands Unterstützung von ACT-A – Access to Covid-19 Tools Accelerator; sorry for the English – und der Covax-Initiative ist von großer Bedeutung. Erlauben Sie mir, hier im Bundestag Dr. Özlem Türeci und Dr. Ugur Sahin meine tiefe Anerkennung für ihren großen Beitrag zur Entwicklung eines Impfstoffs auszusprechen.

Jetzt ist es wichtig, dass die Impfstoffe als globales öffentliches Gut betrachtet werden. Sie müssen überall und für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein; ein Impfstoff, der den Menschen gehört.

Ebenso müssen wir gegen das Virus der Fehlinformationen vorgehen. Auf der ganzen Welt beobachten wir, wie Populismus Wissenschaft ignoriert und die Menschen irreführt,

und es verbreiten sich Fehlinformationen, Mythen und wilde Verschwörungstheorien. Die UNO arbeitet daran, Vertrauen in die Impfung zu schaffen, basierend auf Wissenschaft und Fakten.

Zudem müssen wir noch viel mehr tun, um die Not vieler Entwicklungsländer und von Ländern mit mittleren Einkommen zu lindern. Diese Länder stehen vor einer immensen Schulden- und Li-

quiditätskrise.

Wir haben eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um diesen Ländern zu helfen.

Meine Damen und Herren, damit wir Platz für Diplomatie und humanitäre Hilfe schaffen können, habe ich mich für eine weltweite Waffenruhe ausgesprochen.

Deutschland war einer der wichtigen Förderer der Resolution des Sicherheitsrates für diese Initiative. Die Resolution wurde am ersten Tag der deutschen Präsidentschaft des Sicherheitsrats im Juli verabschiedet.

Deutschland ist in der ganzen Welt ein wichtiger Verbündeter in unserem Bemühen um Frieden. Ich bin Bundeskanzlerin Merkel sehr dankbar für ihre Libyen-Initiative im Januar dieses Jahres in Berlin. Im Jemen gibt es deutsche Beobachter bei der UNO-Mission für das Hudaïda-Abkommen. In Afghanistan ist der Einsatz Deutschlands von großem Wert für den Frieden. In der Sahelregion ist Deutschland ein verlässlicher Partner für Sicherheit, Stabilität und Entwicklung. Auch für die Arbeit in der Ostukraine danke ich Deutschland.

Darüber hinaus war und ist Deutschland ein unverzichtbarer Partner in der Friedenssicherung, der Friedenskonsolidierung und bei der humanitären Hilfe. Sie vertreten gemeinsam mit uns die Meinung, dass Frieden nur von Dauer ist, wenn Frauen in allen Phasen des Prozesses mitwirken können.

Ich bitte Sie dringend, auch in Zukunft in all diesen Bereichen eine starke Führungsrolle einzunehmen.

Sie haben in Deutschland auch

enorme Solidarität bewiesen gegenüber den Flüchtlingen aus Syrien und anderen Ländern. Deutschland hat viel zum Schutz von Flüchtlingen und deren Menschenrechten beigetragen. Die Menschenrechte müssen überall Realität im Leben der Menschen werden. Dabei geht es nicht um dieses oder jenes Recht, sondern um alle Rechte: die bürgerlichen, politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen. Wir müssen diese Rechte auch beim Klimawandel und bei der Digitalisierung anwenden. Aus diesem Grund stellte ich zu Beginn dieses Jahres meinen Aktionsappell für die Menschenrechte vor.

Meine Damen und Herren, die größte Bedrohung für unsere Sicherheit geht nicht von Kriegen aus, sondern vom selbstmörderischen Krieg gegen die Natur.

Die Klimabedrohung ist eine Realität. Wir sehen, wie die Gefahren täglich mehr werden. Die Biodiversität bricht ein, Ökosysteme verschwinden, Wüsten breiten sich aus, Ozeane versauern und sind überfischt, Korallenriffe sterben. Es gibt apokalyptische Brände und Überschwemmungen, Orkane und Wirbelstürme und sengende Temperaturen. Ohne koordinierte Aktionen ist bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer Erderwärmung um mehr als 3 Grad zu rechnen. Das ist eine Katastrophe.

Wir müssen an drei Fronten aktiv sein: Abschwächung, Finanzierung und Anpassung. In allen Bereichen ist Deutschland weltweit eine treibende Kraft. Vor einem Jahr kam es im Bundestag zum Klimaschutzgesetz. Das ist beispielhaft.

Erst vor wenigen Tagen hat die EU unter deutscher Präsidentschaft das gleiche ambitionierte Ziel für 2030 beschlossen. Zudem hat sich Deutschland zum graduellen Kohleausstieg verpflichtet. Das Land entwickelt kreative Vorschläge für die soziale Dimension dieses Übergangs. Alle müssen Ihrem Beispiel folgen und sich am Aufbau einer globalen Koalition für CO₂-Neutralität beteiligen.

Vor der nächsten Klimakonferenz in Glasgow müssen alle Länder noch bessere Ziele haben. Entwicklungsländer werden zudem viel Unterstützung brauchen. Deutschland hat als erstes Land 1,5 Milliarden Euro für den Grünen Klimafonds zugesagt. Wir müssen auch das globale Finanzwesen mit dem Pariser Abkommen und den Zielen für nachhaltige Entwicklung in Einklang bringen.

Ich danke Deutschland für seine große Unterstützung des Anpassungsfonds. Die Finanzierung dieses Fonds ist ganz besonders wichtig für Entwicklungsländer

und vor allem für kleine Inselstaaten; sie sind von den Folgen des Klimawandels schon jetzt stark betroffen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch viele andere Herausforderungen: Die Erosion des nuklearen Abrüstungsregimes, die Rechtlosigkeit im Cyberraum, und die Liste geht weiter. Es gibt einen gemeinsamen Nenner für die Lösung: Globale Zusammenarbeit, und Deutschland ist sich dessen bewusst.

Wir haben Menschen zusammen mit den Parlamenten, so auch dem Deutschen Bundestag, befragt. 99 Prozent der in Deutschland Befragten betrachten

Es gibt einen gemeinsamen Nenner für die Lösung: Globale Zusammenarbeit.

Die Menschenrechte müssen überall Realität im Leben der Menschen werden.

Mit der Unterstützung Deutschlands sind wir auf dem richtigen Weg.



UN-Generalsekretär António Guterres bei seiner Rede im Bundestag anlässlich der Gründung der Vereinten Nationen vor 75 Jahren.

die globale Zusammenarbeit als entscheidend – 99 Prozent. Wunderbar!

Wenn wir in die Zukunft blicken, brauchen wir einen Multilateralismus, der Resultate liefert und zukunftsorientiert ist und nicht in der Welt von damals stecken bleibt. Sowohl der UNO-Sicherheitsrat als auch die Bretton-Woods-Gremien sind beste Beispiele für diese Notwendigkeit.

Der Multilateralismus in diesem Jahrhundert muss vernetzt und inklusiv sein. Er muss über Regierungen hinausgehen und die Rolle der Zivilgesellschaft und der Städte, der Privatwirtschaft und der akademischen Institutionen anerkennen. Darin liegt seine Zukunft.

Mit der Unterstützung Deutschlands sind wir auf dem richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, ich sehe Hoffnung. Das ist meine Botschaft an Sie – eine Botschaft, die auch durch das Leben eines großartigen Deutschen symbolisiert wird. Er wurde in diesem Monat vor 250 Jahren geboren. Ludwig van Beethoven hat uns gelehrt, dass wir trotz aller Schwere der Hoffnung Platz geben müssen, und ja, auch der Freude.

Aus Anlass des Jahrestages von Beethovens Geburt wurde ein faszinierendes Projekt ins Leben gerufen: die „Globale Ode an die Freude“. Wie so vieles in diesem Jahr konnten die geplanten Konzerte vor großem Publikum nicht stattfinden. Das Projekt wurde aber nicht beendet, sondern völlig neu gestaltet. Erst vor wenigen Tagen ging es mit einem globalen Chor zu Ende. Tausende Men-

schen in allen Teilen der Welt sangen Beethovens kraftvolle Musik, inspiriert von Schillers Text. Was für ein fantastisches Beispiel für unsere Zeit! Stimmen aus aller Welt, die sich innovativ vereinen, um Neues zu schaffen – das ist der Weg zu den Lösungen dieses Jahrhunderts.

Lassen Sie uns gemeinsam die Hoffnung nähren und eine bessere Welt schaffen – mit einer Ode an die Freude.

Ich danke Ihnen.

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)



Generalversammlung der Vereinten Nationen im UN-Hauptquartier in New York im September 2020.

©picture alliance/dpa

Debatte zum Erneuerbaren-Energien-Gesetz / 202. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 17. Dezember 2020

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU:

Wir entbürokratisieren das Erneuerbare-Energien-Gesetz



Joachim Pfeiffer (*1967)
Wahlkreis Waiblingen

Es ist jetzt vor Weihnachten, und wir haben gemeinsam mit dem Koalitionspartner ein Paket geschnürt, aufbauend auf einem Vorschlag für das EEG, für den die Bundesregierung, insbesondere das Haus von Peter Altmaier, eine gute Vorbereitung geliefert hat. Wir haben es im parlamentarischen Verfahren noch besser gemacht.

Was machen wir? Wir stärken den Markt und stärken die Ausbauperspektive für die erneuerbaren Energien. Wir verbessern und fördern die Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Industrie.

Wir treiben die Digitalisierung im Bereich der Energieversorgung voran. Wir stärken die Kommunen. Wir entbürokratisieren das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Und wir schaffen vor allem auch eine Entfesselung für den Wasserstoff, indem wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass der Wasserstoffmarkt und alle damit verbundenen Dinge so starten können, wie wir uns das wünschen.

Was machen wir im Einzelnen? Wir stärken den Markt und stärken die Ausbauperspektiven für die Erneuerbaren, indem wir im Marktdesign die negativen Strompreise reduzieren. Die Blöcke werden von sechs Stunden auf vier Stunden verkürzt. Das ist ein erster Schritt, dem noch weitere folgen müssen.

Wir nehmen Ausschreibungen in das System auf, wo bisher Potenziale ungenutzt sind. Zum Beispiel werden die Potenziale großer Dachflächen durch das EEG heu-

te nicht im notwendigen Umfang gehoben und genutzt. Deshalb führen wir zielgerichtet bei einer Größenordnung von 300 Kilowatt bis 750 Kilowatt neben dem EEG

eine Wahlmöglichkeit zu Ausschreibungen ein. Es gibt oftmals in Industrie- und Gewerbegebieten große Dachflächen, die zum Beispiel ein Großhändler oder ein Handwerker nicht für den Eigenverbrauch nutzen kann und die deshalb brachliegen. Durch eine Ausschreibung können wir diese Potenziale heben und dann beispielsweise bei den Freiflächen entsprechend einsparen. Ich glaube, wir haben da eine sehr intelligente und gute Lösung gefunden.

Wir verbessern und fördern die Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Industrie, indem wir beispielsweise die Besondere Ausgleichsregelung jetzt krisenfest machen. Beispielsweise kann geschätzt statt gemessen werden, wenn das pandemiebedingt schwierig ist; wir verlängern coronabedingt Fristen, und es gibt viele andere Dinge mehr.

Wir treiben die Digitalisierung der Energieversorgung voran, indem wir zukünftig Smart Meter im Verteilnetz als Regel und Pflicht anstreben. Warum tun wir das? Die Digitalisierung im Bereich der Energieversorgung

braucht Transparenz. Man muss wissen, welcher Strom im Netz ist. Die Anlagen müssen gesteuert werden, und zwar nicht nur im Industriebereich, auch im privaten Bereich. Wenn Wärmepumpen bei der Sektorkopplung Einzug halten sollen oder wenn beispielsweise auch im privaten Bereich die Elektromobilität durch Ladestationen stark ausgebaut wird, dann müssen diese Dinge zukünftig steuerbar sein, damit sich neue Geschäftsmodelle beim Demand-Side-Management – zeit- und lastvariable Tarife – entwickeln können.

Wir stärken die Kommunen, indem wir im Bereich der öffentlichen Sicherheit und des öffentlichen Interesses die Zielbestimmung des § 1 Absatz 5 EEG in der Entwurfsfassung streichen, weil sie die kommunale Selbstverwaltung einschränkt und weil sie die Planungshoheit der Kommunen beschränkt. Das wollen wir nicht.

Wir setzen weitere Akzeptanzpunkte, indem wir beispielsweise im Windbereich den Kommunen – 0,2 Cent pro Kilowattstunde bei Neubau und bei Repowering – entsprechende Anreize geben, damit sie sich dieser Dinge annehmen.

Auch bei der Gewerbesteuererlegung – in der Entschließung ist das enthalten – sind viele Punkte, die wir auch noch abarbeiten und angehen wollen.

Wir entbürokratisieren das EEG,

indem wir eine One-Stop-Agency schaffen, indem das Marktstammdatenregister weiterentwickelt wird und beispielsweise für den Normalbürger eine vereinfachte Anmeldung möglich ist.

Beim Wasserstoff wird dafür gesorgt, dass von Anfang an die Elektrolyse, wenn sie mit Grünem Wasserstoff erfolgt, von der EEG-Umlage befreit wird oder dass die Besondere Ausgleichsregelung alternativ gewählt werden kann. Beim Wasserstoff dürfen wir den Fehler des EEG nicht wiederholen, sondern es gilt, von Anfang an eine Systembetrachtung anzustellen, bei der Transport und Speicherung berücksichtigt werden. Damit gelingt es, den Mengenhochlauf von Wasserstoff zu adressieren.

Bei der Eigenversorgung, egal ob PV-Anlagen auf dem Dach für das Einfamilienhaus oder im Industriebereich, schaffen wir Rechtssicherheit bei der Scheibenpacht, beispielsweise für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und vor Existenzfragen stehen.

Wir wollen die Unternehmen nicht, anders als hier vielleicht manch anderer – das werden wir nachher noch hören –, aus dem Land vertreiben.

Wir brauchen die energieintensiven Unternehmen und Wertschöpfungsketten in diesem Land, weil es ohne sie es keinen ICE, keine PV-Anlagen und auch kein Windrad gibt. Aber wir sind noch lange nicht fertig. Wir wollen die Komplexität des Systems reduzieren.

Dann komme ich zum Schluss. Es gibt noch viel zu tun, um die

Ich glaube, wir haben da eine sehr intelligente und gute Lösung gefunden.

© DBP/Thomas Trutschel

Komplexität zu reduzieren. Das EEG 2000 hatte fünf Seiten im Bundesgesetzblatt, zwölf Paragraphen. Allein die Formulierungshilfe, die wir gestern im Ausschuss vorliegen hatten, hatte 320 Seiten. Da sieht man: Das EEG muss zurückgeführt werden.

Wir wollen die EEG-Umlage ausphasen. Wir wollen das EEG dann auch so beenden, dass sich mit der Beendigung der Kohleverstromung der Markt entsprechend durchsetzt, und wir wollen die Finanzierung entsprechend regeln. Deshalb haben wir hier noch eine

große Aufgabe, die wir unmittelbar nach der Weihnachtspause mit dem Koalitionspartner angehen werden und auch noch in dieser Legislaturperiode einer Lösung zuführen wollen und werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange haben Sie jetzt für den fulminanten Vortrag hier gebraucht? – Gegenruf: 20 Minuten! – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Gott! Damit schon um 9 Uhr loslegen!

– Zuruf von der LINKEN: Wie kann man so wenig in so viel Zeit sagen?)

Steffen Kotre, AfD:

Weg mit dem EEG und Begleitgesetzen



Steffen Kotre (*1971)
Landesliste Brandenburg

Die Energiewende ist nicht mehr zu retten. Was hat die Bundesregierung bisher alles versucht, um diese instabile, unökonomische und ungeeignete Stromerzeugung aus Wind und Sonne zu retten? Verhundertfachung der Netzeingriffe, Abregelung von Windindustrieanlagen, Stromsperrungen bei Strommangel, verstärkten Stromimport, Netzausbau, Wasserstoff, Mieterstrom, Bürgerenergie und vieles andere mehr.

Um die Preise dieser Planwirtschaft zu stabilisieren, werden also auch bald wie zu DDR-Zeiten nicht nur die Stromkunden zur Kasse gebeten, sondern jetzt auch der Steuerzahler, der dann die Subventionen mitbezahlen muss, meine Damen und Herren.

Die Anzeichen, dass es nicht funktionieren kann, finden sich auch in dem Gesetzesverfahren selbst. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ständig novelliert werden. Der Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und anderer Gesetze der Koalition ist bereits in erster Lesung im Plenum gewesen und wird jetzt trotzdem mit einem 320-seitigen Änderungsantrag geändert werden.

Das, meine Damen und Herren, ist kein Ausdruck dessen, dass die Opposition hier ihre Gedanken mit einbringen konnte.

Nein, das ist Ausdruck dessen, dass die Koalition handwerklich nicht gut arbeitet, dass aus den Ministerien Gesetzentwürfe kommen, die handwerklich nicht gut

gemacht worden sind und die nachgebessert werden müssen. Das passiert immer häufiger, meine Damen und Herren. Aber das ist eben auch kein Wunder bei der Komplexität dieser Planwirtschaft; da muss man eben ständig nachbessern. Ich denke, wir werden hier also kurz- und mittelfristig wieder weitere Änderungen erleben.

Der Änderungsantrag zum Änderungsantrag, 320 Seiten, ist uns 50, nein, 70 Minuten vor der eigentlichen Ausschusssitzung, in der dieser Änderungsantrag behandelt werden sollte, zugegangen. 70 Minuten! Zu allem Überfluss kamen noch zwei mündliche Änderungsanträge hinzu, auf die wir uns natürlich auch nicht vor-

bereiten konnten. Das ist keine Sternstunde der Demokratie, meine Damen und Herren.

Die Stromerzeugung hat früher der Markt geregelt. Die Unternehmen hatten verlässliche Rahmenbedingungen. Es hat funktioniert: geringe Strompreise, hohe Stromversorgung, umweltschonende Energieversorgung. Aber diese Marktwirtschaft haben wir jetzt nicht mehr. Ich kann Ihnen mal gerne den Wust der Gesetze und Verordnungen vorlesen, die jetzt notwendig sind, um diese Planwirtschaft zu regeln. Also, wir

Wir haben es hier mit Bürokratieaufbau zu tun, den wir ohne das alles nicht hätten.

haben da Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung, Erneuerbare-Energien-Ausführungsverordnung,

Besondere Ausgleichsregelung-Gebührenverordnung, EEG- und Ausschreibungsgebührenverordnung, Erneuerbare-Energien-Verordnung, Besondere Ausgleichsregelung-Durchschnittsstrompreis-Verordnung, Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung, Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung, Herkunfts- und Regionalnachweis-Gebührenverordnung, Innovationsausschreibungsverordnung, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz-Gebührenverordnung,

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz,

Kraft-Wärme-Kopplungs-Ausschreibungsverordnung, Windenergie-auf-See-Gesetz, Verordnung zur Anrechnung von strom-

basierten Kraftstoffen und mitverarbeiteten biogenen Ölen auf die Treibhausgasquote, Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus, Kohleverstromungsbeendigungsgesetz und, und, und.

Damit haben wir ganz klar auf dem Tisch: Wir haben es hier mit Planwirtschaft zu tun.

Wir haben es hier mit Bürokratieaufbau zu tun, den wir ohne das alles nicht hätten. Damit haben wir hier ein komplexes System, das so bald nicht mehr funktioniert. Deswegen sagen wir: Weg mit dem EEG und Begleitgesetzen!

Das ist die einfache Richtung, und das ist Marktwirtschaft, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Carsten Schneider (Erfurt) (SPD): Da kennt ihr euch ja mit aus! – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Aber schön vorgelesen! Da gibt es nichts!)



Weltweit werden neue Windparks gebaut und erweitert, um den steigenden Bedarf an erneuerbaren Energien zu decken.

© picture alliance / Jochen Eckel

Matthias Miersch, SPD:

Die Sozialdemokratie ist bereit, weitere große Fragen zu klären



Matthias Miersch (*1968)
Wahlkreis Hannover-Land II

Hier heute Morgen machen, ist Parlamentarismus pur.

Dass CDU/CSU und SPD die Kraft haben, einen Gesetzentwurf der Regierung massiv zu verbessern, ist Parlamentarismus. Ich bin stolz darauf, dass wir dieses hier heute miteinander beschließen.

Wir haben in der ersten Lesung an vielen, vielen Stellen die Kritik der Opposition gehört, und all

diese Punkte sind jetzt durch diese Veränderung aufgenommen worden.

Die Sozialdemokratie hat massiv dafür gesorgt – darauf bin ich stolz –, dass wir gerade für ältere Windenergieanlagen Brücken, Perspektiven geschaffen haben, damit diese Anlagen nicht abgeschaltet werden.

Wir haben den Unsinn aus dem Gesetz gestrichen, dass Bürgerinnen und Bürger, die seit Jahren in Solaranlagen investiert haben, mit Messstellen etc. belastet werden. Wir haben hier entbürokratisiert, und dieses wird weiter gefördert.

Wir haben für Kommunen Anreize geschaffen, wirklich in Erneuerbare zu investieren und Wertschöpfung, die vor Ort entsteht, vor Ort zu lassen. Damit – da sind wir sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen – wird die

Akzeptanz von Windkraft weiter steigen. Darüber sind wir froh.

Und: Für uns ist wichtig, dass das Ganze ein Mitmachprojekt für die Bevölkerung ist, dass jeder die Möglichkeit hat, in erneuerbare Energien zu investieren. Deswegen ist es aus meiner Sicht ein wirklicher Meilenstein, dass wir ein Mieterstrommodell entwickelt haben, an dem alle partizipieren können,

Die Erneuerbaren sind die Zukunft und nichts anderes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

nicht nur Eigenheimbesitzer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn hier von „Markt“ gesprochen wird von einer Fraktion, die auf Atomkraft setzt, eine Technologie, die ohne Milliarden-subsidien von den Bürgerinnen und Bürgern niemals überlebensfähig wäre,

dann sage ich: Es ist der Übergang in eine neue Zeit.

Das muss gefördert werden. Die Erneuerbaren sind die Zukunft und nichts anderes, liebe Kolle-

ginnen und Kollegen.

Ich will sagen, dass wir an dieser Stelle nicht stehen bleiben dürfen. Die Sozialdemokratie ist bereit, weitere große Fragen zu klären. Das betrifft natürlich die Finanzierung – Stichwort: EEG-Umlage –, und das betrifft auch die Ausbaupfade, die ohne Zweifel erweitert werden müssen. Deswegen ist uns die Entscheidung so wichtig, in der wir bereits sagen: Im ersten Quartal im nächsten Jahr wollen wir diese Fragen klären.

Nach den konstruktiven Gesprächen mit der CDU/CSU bin ich sicher: Wir werden das schaffen.

Und weil das Ganze ein Zukunftsprojekt mit allen werden soll und wir kurz vor Weihnachten sind, würde ich mir dazu noch etwas wünschen. Wir haben das große Problem, dass wir die Ziele locker setzen können. Aber das, was wir hier heute machen, ist mindestens genauso wichtig; denn da geht es um die Instrumente. Wir sehen gerade bei der Windkraft, dass wir nicht weiterkommen. Die Grünen, die 11 von 16 Umweltministern in den Ländern stellen, machen gerade die Erfahrung, dass seit über anderthalb Jahren

darin herumgedoktert wird, wie man Genehmigungsverfahren im Bereich der Windenergie beschleunigen kann – ohne irgendein Ergebnis.

Deswegen: Machen Sie mal einen konstruktiven Vorschlag, was die Genehmigungsverfahren betrifft! Das liegt in Ihrer Hoheit. Schaffen Sie die Voraussetzungen dafür, dass nicht, wie in Hessen im letzten Jahr passiert, nur ganze vier Windkraftanlagen

genehmigt werden!

Das ist der nächste Schritt, den wir gehen müssen. Ich lade Sie herzlich ein, im nächsten Quartal diese Frage mit uns zusammen zu klären. Dann regeln wir die Ausbaupfade und das Thema Erneuerbare-Energien-Umlage.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Gott! Leute, Leute!) (Beifall bei der FDP – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Michael, jetzt erklär denen mal die Marktwirtschaft! – Gegenruf des Abg. Michael Theurer (FDP): Ja, ich probiere es! – Timon Gremmels (SPD): Der Energieexperte der FDP!)

Michael Theurer, FDP:

Wir wollen eine grundlegende Reform und Entbürokratisierung



Michael Theurer (*1967)
Landesliste Baden-Württemberg

54 Prozent der installierten Kraftwerksleistung in Deutschland im Jahr 2019 sind erneuerbare Energien. Allerdings trugen sie nur knapp 38 Prozent zur Stromerzeugung bei. Denn Fakt ist, dass Sonne und Wind eben diskontinuierlich zur Verfügung stehen. Man kann sagen: Das EEG, das in diesem Jahr 20-jähriges Jubiläum feiert – Rot-Grün hat es ja eingeführt, und Herr Trittin sagte damals: es kostet

nicht mehr als eine Kugel Eis –, ist ein immens teures Instrument, um erneuerbare Energien hochzuführen. 26 Milliarden Euro Umlage, das sind 323 Euro pro Bürgerin und Bürger in Deutschland. Da kann man einen Haufen Eis kaufen; so viel Eis wollen die Bürger, glaube ich, gar nicht kaufen.

Wir wollen an der Stelle mal deutlich machen: Diese massive Umverteilungsmaschinerie EEG war am Anfang für die Markteinführungshilfe gut, muss aber jetzt dringend reformiert werden; denn es kommen ja dann noch Milliarden aus dem Bundeshaushalt dazu. Die Bundesregierung rechnet mit Ausgaben im Jahr 2021 von 34 Milliarden Euro. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln hätte man CO₂ viel günstiger vermeiden können.

26 Milliarden Euro Umlage, das sind 323 Euro pro Bürgerin und Bürger in Deutschland.

Historisch gesehen hat das EEG dazu geführt, dass bei Solarstrom 1 Tonne CO₂ für 415 Euro vermieden wurde, während 1 Tonne CO₂-Vermeidung im Emissionshandel nur 31 Euro kostet.

Wir konzentrieren uns deshalb als FDP darauf, wie man das Klimaschutzziel effizienter erreichen kann.

Es ist tragisch, dass die Bundesregierung die dringend notwendige Reform des EEG verschiebt – nicht in die nächste Wahlperiode, sondern in die übernächste Wahlperiode. Herr Minister Altmaier, das ist bedauerlich. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Jetzt muss das EEG reformiert werden. Und Herr Kollege Pfeiffer, Sie haben einige vernünftige Vorschläge hier vorgetragen, die die FDP ja unterstützt. Aber Sie machen als CDU/CSU gar

nicht das, was Sie hier vorgetragen haben.

Wir sagen an der Stelle: Wir fordern dringend eine Reform des EEG ein.

Meine Damen und Herren, ja, wir brauchen auch in Zukunft den Import von CO₂-neutral hergestelltem Wasserstoff und klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen. Deutschland wird nie energieautark sein, wenn man nicht will, dass die Industrie in Deutschland praktisch kaputtgemacht wird, sondern wir importieren derzeit Energie – eben Öl und Gas –, und wir als Freie Demokraten wollen den Klimaschutz erreichen mit CO₂-neutralen synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoff, der dann woanders in der Welt hergestellt wird, weil er da zu geringeren volkswirtschaftlichen Kosten hergestellt werden kann als hier in Deutschland.

Meine Damen und Herren, die FDP setzt auf den schnelleren Ausstieg aus der EEG-Umlage.

Wir wollen eine grundlegende Reform von Steuern, Umlagen und Abgaben auf Energie und eine Entbürokratisierung des Ener-

gierechts. Sie, Herr Minister Altmaier, setzen stattdessen auf Verteilen, Verwalten und Verschieben. Das ist falsch, meine Damen und Herren.

Wir haben in der Zeit, als die FDP an der Regierung war – und das waren nur vier Jahre in den vergangenen 20 Jahren –, durch marktwirtschaftliche Instrumente dafür gesorgt, dass die EEG-Umlage heute nicht so stark gestiegen ist,

wie sie bei Ihrem staatsplanwirtschaftlichen Instrument gestiegen wäre.

Das muss man an der Stelle mal festhalten.

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall bei der FDP – Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Atomausstieg! – Johann Saathoff (SPD): 4,6 Milliarden Euro Atomausstieg! – Gegenruf der Abg. Ulli Nissen (SPD): Wenn wir die noch hätten!)

Machen Sie mal einen konstruktiven Vorschlag, was die Genehmigungsverfahren betrifft!

Meine Damen und Herren, die FDP setzt auf den schnelleren Ausstieg aus der EEG-Umlage.

Lorenz Gösta Beutin, Die Linke:

Wir haben weiter überbordende Ausnahmen



Lorenz Gösta Beutin (*1978)
Landesliste Schleswig-Holstein

Die Geschichte der erneuerbaren Energien in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte.

Es ist der Erfolg der vielen Menschen in unserem Land, die sich seit den 1990er-Jahren auf den Weg gemacht haben: gegen den Klimawandel, für den Ausbau der

erneuerbaren Energien. Im Jahr 2000 ist mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz der Rahmen geschaffen worden, um den Ausbau der erneuerbaren Energien auf eine rechtliche Basis zu stellen. Entgegen den Vorhersagen aller Schlehtrednerinnen und Schlehtredner, aller Lobbys und aller fossilen Konzerne haben wir mittlerweile 50 Prozent Ökostrom im Netz, und das finde ich großartig.

Aber in allen guten Geschichten ist es so, dass der Held irgendwann angegriffen wird; dann braucht er unsere Hilfe. Der Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist auch durch die schwarz-gelbe Koalition immer weiter durchlöchert worden: immer weitere Ausnahmen für die Großkonzerne, die zulasten der Stromkundinnen und Stromkunden gehen, immer mehr Aus-

schreibungsmechanismen, die es Bürgerinnen- und Bürgerenergie und Genossenschaften immer schwerer machen, zum Zuge zu kommen.

Dann kommt Anfang des Jahres Wirtschaftsminister Altmaier zur Hilfe und sagt: Wir wollen eine große Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Doch wer die Verzögerungstaktik dieses Wirtschaftsministers kennt, etwa beim Kohleausstieg oder bei der Photovoltaik und der Windkraft, weiß: Wenn Herr Altmaier um die Ecke kommt, kann das nichts Gutes bedeuten.

Aber dass die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes nicht so schlecht geworden ist, wie es sich

vielleicht Herr Altmaier und die großen Konzerne gewünscht hätten, das ist dem Druck der Vereine und Verbände, das ist dem Druck der Klimabewegung zu verdanken und, ja, in diesem Fall auch der SPD, die einmal ihren Rücken geradegemacht hat.

Aber es reicht eben absolut nicht aus, das Schlimmste zu verhindern. Denn wir haben weiter überbordende Ausnahmen für die große Industrie, und das wird mit dieser sogenannten Reform noch einmal ausgeweitet. Wir haben weiterhin wahnsinnige, irre Milliardensubventionen für die fossile Industrie, und Genossenschaften und Bürgerenergie werden weiter ausgebremst. Diese Bundesregierung lässt sie am langen Arm verhungern. Das ist ein riesiges Problem.

Es gibt jetzt eine Entschließung, in der steht: Wir verschieben die Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien ins nächste Jahr. – Woher nehmen SPD und

CDU/CSU die große Hoffnung, dass sie im nächsten Jahr, im Jahr der Bundestagswahl, das erreichen können, was sie in den ganzen Jahren vorher nicht erreicht haben? Das ist eine wahnsinnige Illusion. Wir werden Ihnen weiter Druck machen, dass doch noch etwas passiert, was passieren muss.

Anders als den Braun-Blauen nehme ich Ihnen ja ab: Sie haben die Gefahr der Klimakatastrophe begriffen, und Sie wollen handeln. Aber Ihnen fehlt eben der Mut, Ihnen fehlen die Visionen, um sich gegen die Konzerne und gegen die Lobbygruppen zur Wehr zu setzen. Vielleicht nutzen Sie einmal die stillen Tage über Weihnachten, um in sich zu gehen und sich zu überlegen, auf welcher Seite der Geschichte Sie stehen wollen. Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Marco Buschmann (FDP): Der historische Materialismus kehrt zurück! – Gegenruf des Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE): Der ist schon lange nicht da!)

Oliver Krischer, Bündnis 90/Die Grünen:

Erneuerbare sollen zukünftige Energieversorgung sein



Oliver Krischer (*1961)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Dreh- und Angelpunkt jeder Klimaschutzstrategie. Wenn wir Wasserstoff, E-Fuels, Elektromobilität, Wärmepumpen, was auch immer, wollen, dann müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben, dann müssen wir das Ausbautempo in Deutschland vervielfachen.

Ich sage es mal ganz deutlich: Diese Novelle wird diesem Anspruch nicht im Ansatz gerecht. Das muss hier ganz klar gesagt werden.

Meine Damen und Herren, das wird am deutlichsten, wenn man

in die Entschließung guckt, die Sie mit beschließen wollen. Da dokumentieren Sie, dass Sie sich nicht auf Ziele und Ausbaupfade verständigen konnten. Was ist das für eine Bankrotterklärung, wenn man ein Gesetz verabschiedet, das kein Ziel hat, das keine Ausbaupfade nennt? Das ist ein Armutzeugnis, meine Damen und Herren.

Lieber Matthias Miersch, ich finde es, ehrlich gesagt, ein bisschen unverschämte, hier nicht die Grundlage für den Ausbau im Land zu liefern und dann auf die Länder zu zeigen. Man müsste mal darüber reden: Welche Rolle haben eigentlich Sozialdemokraten in diesen Ländern? Da werden wir sehr schnell fündig. Da erkennen wir sehr schnell, wer den Ausbau der erneuerbaren Energien dort bremst.

Dann möchte ich hier mal eines erwähnen: In Baden-Württemberg ist der Ausbau der Windenergie verfünffacht worden. Das reicht bei Weitem noch nicht aus; damit haben Sie völlig recht. Aber woran liegt das denn? Ich weiß, das hören Sie nicht mehr gerne, aber es gab hier mal einen Energieminister Sigmar Gabriel – den erwäh-

nen Sie heute nicht mehr so oft -, der Ausschreibungen gemacht hat, die die südlichen Bundesländer systematisch benachteiligt haben.

Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz sind danach zurückgeworfen worden, weil Sie den Osten und den Norden an der Stelle gestärkt haben.

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Dazu sollten Sie hier auch mal stehen und nicht mit dem Finger auf andere zeigen, meine Damen und Herren.

Und jetzt – wie absurd! – feiert sich Matthias Miersch für eine Großtat: Was die Sozialdemokratie, was die SPD geschafft habe,

das müsse man anerkennen. Sie feiern sich dafür, dass Sie ein paar von den Schikanen, die Peter Altmaier in den Gesetzentwurf eingebaut hat, rausgenommen haben. Aber nur ein paar Schikanen rauszunehmen, das macht aus einem miesen Gesetz kein gutes Gesetz; davon sind wir weit entfernt.

Und an manchen Stellen – das muss man klar sagen – haben Sie es sogar noch verschlechtert. Warum streichen Sie aus diesem Gesetz heraus, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien im öffentlichen Interesse ist?

Erneuerbare sollen unsere zukünftige Energieversorgung sein, zu 100 Prozent. Wenn das nicht im öffentlichen Interesse ist, was soll denn bitte schön dann im öffentlichen Interesse sein?

Meine Damen und Herren, zum Abschluss – das möchte ich in aller Klarheit sagen -: Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze. Peter Altmaier hat in seiner Amts-

zeit allein in der Windindustrie 40 000 Arbeitsplätze vernichtet. Das sind doppelt so viele Arbeitsplätze, wie es in der Kohleindustrie überhaupt gibt; das muss man klar sagen.

Zu dem, was Herr Pfeiffer hier gesagt hat, kann man nur sagen: Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie – alle fordern den Ausbau der erneuerbaren Energien, weil das die Zukunft ist. Sie bremsen diesen Ausbau.

Sie sind längst zum Standortrisiko für die Industrie in Deutschland geworden, wenn es um den Ausbau der erneuerbaren Energien geht. Das dokumentieren Sie mit dieser Novelle.

Wir werden diese Novelle ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut, Oliver!)



Ökostrom wird bei Verbrauchern zunehmend beliebter.

Andreas Lenz, CSU:

Sie reden – wir handeln, das ist der Unterschied



Andreas Lenz (*1981)
Wahlkreis Erding-Ebersberg

Es ist ein gutes Gesetz, das wir heute verabschieden. Die verzweifelten Versuche der Opposition, das Gesetz jetzt schlechtzureden, verdeutlichen das eigentlich nur umso mehr.

Wir stehen im Strombereich aktuell bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von annähernd 50 Prozent. Das ist immens, das ist eine große Leistung. Das ist vor allem die Leistung derer, die die Energiewende betreiben. Es ist aber auch die Leistung dieser Koalition, um das einmal ganz klar zu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden allen Unkenrufen zum Trotz das Klimaschutzziel 2020 erreichen.

Und wir haben es geschafft, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, eben auch durch den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Ihnen und uns? Sie von den Grünen machen sich Gedanken über die Ziele. Wir schauen, wie man die Dinge umsetzt, wie sie letztlich zum Fliegen kommen. Sie meckern, wir machen. Das macht letztlich den Unterschied aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Übrigens: Sie von der AfD stellen jetzt zum x-ten Mal den Antrag zur Abschaffung des EEG. An Ihren Debattenbeiträgen merkt man eigentlich sehr schnell, dass Sie gar nicht wissen, was Sie hier eigentlich abschaffen wollen. Natürlich ist das EEG komplex, keine Frage; es ist auch zu komplex. Die Frage ist nur, warum das EEG dem einen oder dem anderen zu komplex ist. Übrigens: Wenn Sie beim nächsten Mal zustimmen, wenn wir Änderungsanträge früher einreichen, dann werden wir uns das wirklich gut überlegen. Aber ich glaube, das ist bei Ihnen vergebene Liebesmüh.

Lassen Sie mich noch eines ganz klar sagen: Unser Ziel ist es natür-

lich, dass wir das EEG irgendwann gar nicht mehr brauchen, dass erneuerbare Anlagen auch ohne Einspeisevergütung am Markt wettbewerbsfähig sind. Gerade um Marktfähigkeit, um Wirtschaftlichkeit, um Ambitionen und um Motivation geht es auch in dieser Novelle. Wir entbürokratisieren bei der Photovoltaik. Zukünftig wird es bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen einen sogenannten One-Stop-Shop geben. Nur eine Anlaufstelle bei der Beantragung – das ist eine Riesenerleichterung für die Bürgerinnen und Bürger; das wird der Photovoltaik noch mal einen Schub geben. Wir erhöhen die Möglichkeiten beim Eigenverbrauch, nämlich für Anlagen bis zu 30 Kilowatt Peak. Auch hier schaffen wir Anreize. Für uns gilt ganz klar: Eigenverbrauch vor Einspeisung. Wir schaffen zudem bei der Photovoltaik ein Segment für die Agro-PV, die insbesondere für Sonderkulturen geeignet ist, mit insgesamt 50 Megawatt im Jahr. Ebenso schaffen wir Ausschreibungsmöglich-

Wir schauen, wie man die Dinge umsetzt, wie sie letztlich zum Fliegen kommen.

keiten, unter anderem ein Ausschreibungssegment für Dachanlagen. Für uns gilt nach wie vor: Dach vor Feld. So werden wir die Anreize auch weiterhin setzen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir bringen außerdem den Mieterstrom voran: PV in die Stadt. Der Spitzenverband der Wohnungswirtschaft hat gestern von einem Paradigmenwechsel im positiven Sinne gesprochen. Wir ermöglichen, dass Ü-20-Anlagen am Netz bleiben können und so das System insgesamt natürlich günstiger machen. Das alles wird bei der PV einen enormen Ausbauschub für ganz Deutschland bringen. Wir halten die Biomasse im Spiel der Erneuerbaren. Sie ist grundlastfähig und flexibel. Die Anlagen, die jetzt am Markt sind, werden bei den Ausschreibungen auch zukünftig eine Chance erhalten, am Markt zu bleiben. Wir wollen die Biomasse im Gegensatz zu vielen anderen hier im Parlament, aber auch in der Gesellschaft eben nicht abschaffen, sondern wir wollen ihre Stärken entsprechend nutzen.

Wir stärken die Wasserkraft – eine erneuerbare Energie mit Tradition –, und wir stärken auch die Geothermie, die noch viel Zukunftspotenzial hat, das wir gerne heben wollen. Wir wollen, dass die Nutzung von Wasserstoff eine

Erfolgsgeschichte wird, und dazu befreien wir Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, von der EEG-Umlage. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass die deutsche Wasserstoffstrategie ein Erfolg wird.

Im Entschließungsantrag widmen wir uns noch einmal den vielen Facetten, beispielsweise auch der Energieeffizienz. Wir wollen, dass gerade auch Energiedienstleister zukünftig mehr Möglichkeiten haben, am Markt zu agieren. Wir wollen, dass der, der einspart, letztlich nicht bestraft wird, sondern dass er belohnt wird.

Zum Schluss möchte ich noch betonen, dass wir die Ausbauziele bei den Erneuerbaren im Bereich des Stromes immer übererfüllt haben. Trotzdem werden wir noch einmal über die Ziele sprechen, auch im Lichte der Vereinbarungen, die die EU treffen wird. Wir werden dabei übrigens auch den Ausbau außerhalb des EEG berücksichtigen, der bis dato bereits stattfindet. Wir werden uns auch die Reform der EEG-Umlage insgesamt anschauen. Sie reden – wir handeln; das ist der Unterschied. Man könnte auch sagen: Wir liefern – Sie labern. Vielen Dank an dieser Stelle an alle, die intensiv dazu beigetragen haben, dass das Gesetz zu einem Erfolg wurde. Jetzt gilt es, das Gesetz auch entsprechend umzusetzen.

In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Johann Saathoff, SPD:

Wir werden weiterhin intensiv an dem Thema arbeiten



Johann Saathoff (*1967)
Wahlkreis Aurich-Emden

Ja, wir haben viel Arbeit geleistet in den letzten Wochen und Monaten. Wir haben uns intensiv auseinandergesetzt, und wir haben auch gestritten; das ist gar kein Geheimnis. Aber wir haben auch gute Ergebnisse erzielt, und die kann man heute mit Stolz ver-

künden. Wir haben zum Beispiel in der Frage der Akzeptanz dafür gesorgt, dass es künftig eine Gemeindebeteiligung geben wird, wenn Windenergieanlagen aufgebaut werden.

0,2 Cent pro Kilowattstunde mag vielleicht nicht viel sein, ist aber für eine Gemeinde richtig viel Geld, und vor allen Dingen – diese Botschaft geht an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister -: Sie ist auch kreisumlagefrei. Das sind wirklich Verdienste in der Gemeinde, die man umsetzen kann.

Bei Windparks, die an Gemeindegrenzen stehen, haben wir dafür gesorgt, dass beide Gemeinden profitieren und dass man sich nicht im wahrsten Sinne des Wortes gegeneinander abgrenzt. Dieser Profit wird vielmehr miteinander geteilt. Wir haben außerdem dafür

gesorgt, dass es eine rechtliche Sicherheit gibt für Bürgermeister und ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker. Ich hätte mir gewünscht, dass eine solche Regelung auch für vorhandene Windenergieanlagen, also für die Gemeinden, in denen die Energiewende schon gelebt worden ist, gefunden worden wäre. Das haben wir jetzt nicht geschafft. Aber man kann jetzt freiwillig auch an Gemeinden straffrei zahlen, und das ist ein großer Erfolg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Windenergieanlagen, die aus der EEG-Förderung rausfallen, haben wir jetzt drei Möglichkeiten. Erstens haben wir eine Übergangsförderung geregelt. Zweitens besteht die Möglichkeit, an der Direktvermarktung teilzunehmen. Drittens besteht die Möglichkeit, an einer Ausschrei-

bung teilzunehmen. Damit verhindern wir den Rückbau, der sonst angestanden hätte, und damit machen wir die Energiewende ein Stück weit sicherer.

In der Photovoltaik haben wir neue Modelle eingeführt, die man jetzt erproben kann: Floating-PV und Agri-PV, und wir stärken den Ausbau von PV-Dachanlagen. Wir verbessern auch die Möglichkeiten des Mieterstroms. Das, was hier zentral gefordert worden ist – der Quartiersansatz –, ist jetzt drin, und das darf man auch mal feiern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der PV-Eigenverbrauch für Einfamilienhäuser ist künftig EEG-umlagebefreit; auch diese Forderung habe ich hier tausend Mal gehört. Jetzt ist die Forderung erfüllt – und keiner freut sich darüber, jedenfalls keiner aus der Opposition. Darüber hinaus muss man bei alten PV-Anlagen nicht mehr befürchten, dass für sie teure technische Einrichtungen gebaut werden müssen, die sie unwirtschaftlich machen. Die Menschen, die frühe Pioniere der PV waren, die ganz früh schon Anlagen gebaut haben, können diesen Strom jetzt für ihren Eigenverbrauch nut-

zen und die Stromerzeugung auch wirtschaftlich betreiben, ohne zusätzliche technische Anlagen.

Wir haben noch viel mehr Regelungen: Geothermie, Biomasse, Güllekleinanlagen, Altholzanlagen, Wasserkraft. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir noch eine Küstenmeerregelung geschafft hätten. Das haben wir jetzt nicht erreicht. Außerdem haben wir Rechtssicherheit geschaffen für Industrieunternehmen, die Kraftwerksscheiben gepachtet haben; das ist wichtig für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Bereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch viel zu tun, und in den nächsten Wochen werden wir weiterhin intensiv an dem Thema arbeiten. Wir sind als Sozialdemokraten jedenfalls dazu bereit, das Umfeld dafür besser zu machen. Oder wie man in Ostfriesland sagt: De fegen will, de find ok'n Bessen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU))

Debatte zur Priorisierung bei der Schutzimpfung SARS-CoV-2 / 202. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 17. Dezember 2020

Christine Aschenberg-Dugnus, FDP:

Wir handeln und legen einen konkreten Gesetzentwurf vor

Christine Aschenberg-Dugnus (*1959)
Landesliste Schleswig-Holstein

Wir können stolz sein, dass wir noch in diesem Jahr 400 000 Impfdosen zur Verfügung haben werden. Das ist ein schönes Weihnachtsgeschenk und ein gutes Signal. Und die Aussicht auf 11 Millionen weitere Impfdosen im ersten Quartal nächsten Jahres ist ebenfalls eine sehr gute Nachricht.

Bei aller verständlichen Euphorie für diesen in Deutschland entwickelten Impfstoff wissen wir aber auch: Am Anfang wird nicht genügend Impfstoff für alle zur Verfügung stehen. Daher muss eine Priorisierung erfolgen. Es muss also eine Reihenfolge geben, nach der zunächst diejenigen geschützt werden, die am meisten gefährdet sind. Ich möchte mit Ihrer Erlaubnis an dieser Stelle aus dem gemeinsamen Positionspapier der Leopoldina, des Ethikrates und der Ständigen Impfkommission zitieren:

Um verbindlich zu gelten, bedarf eine Priorisierung aus ethischen wie verfassungsrechtlichen Gründen einer hinreichend präzisen gesetzlichen Regelung.

Wir als FDP-Bundestagsfraktion schließen uns dieser Ansicht vollumfänglich an.

Deswegen dürfen diese grundlegenden ethischen und verfassungsrechtlichen Fragen nur und ausschließlich hier, vom Deutschen Bundestag, entschieden werden, meine Damen und Herren.

Der Gesetzgeber ist in der Verantwortung, eine präzise gesetzliche Grundlage zu schaffen. Neben dem zitierten Positionspapier sieht ebenso der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages eine gesetzliche Regelung als dringend notwendig an. Das Gutach-

ten hat übrigens mein geschätzter Kollege Stephan Thomae in Auftrag gegeben. Herzlichen Dank dafür!

Es ist also nicht nur das Anliegen der FDP-Bundestagsfraktion, die Impfpriorisierung auf ein sicheres rechtliches Fundament zu stellen.

Meine Damen und Herren von der Regierung, ich weiß aus Erfahrung, dass Sie unserer Gesetzgebung aus Prinzip nicht folgen wollen. Aber die Leopoldina, den Ethikrat, den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, alle die können Sie nicht einfach so ignorieren und beiseite wischen.

Lassen Sie mich hier eines ganz deutlich sagen: Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, hier einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Unser Gesetzentwurf zielt darauf ab, ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen

besonders zu schützen. Warum? Weil wir schon seit Längerem wissen, dass gerade ältere Menschen, auch in Pflegeeinrichtungen, 90 Prozent der Covid-19-Todesfälle ausmachen. Meine Damen und Herren, es macht uns doch wirklich alle hier im Hause betroffen, wenn wir die Zahlen sehen. Heute sind wieder 698 Todesfälle zu beklagen, gestern 952; das lässt uns doch alle nicht kalt. Deshalb: Menschen in Pflegeeinrichtungen, das Pflegepersonal, die pflegenden Angehörigen und Menschen mit Behinderungen brauchen Schutz und müssen oberste Priorität bei der Impfung haben.

Ein weiteres Ziel ist es, die Belegung der Intensivbetten zu reduzieren; mit dem Schutz der am

meisten Gefährdeten erreichen wir das auch. Durch unseren Gesetzentwurf schaffen wir eine klare gesetzliche Regelung und damit Rechtssicherheit für all diejenigen, die den Impfstoff am dringendsten benötigen.

Das stärkt auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diese Impfstrategie.

Wir haben uns weitgehend an die wissenschaftliche Ausarbeitung der Ständigen Impfkommission gehalten. Wir alle kennen das doch: In letzter Zeit haben wir viel Post von Berufsgruppen bekommen, die meinen, sie müssten ganz oben auf die Priorisierungsliste. Aber: Jeder Beruf ist wichtig. Es geht hier nicht um die Wichtigkeit eines Berufes, sondern es geht darum, Todesfälle und überlastete Intensivstationen zu verhindern.

Deswegen ist es eben wichtig, dass wir eine gesetzliche Regelung haben, die hier in der Öffentlichkeit des Deutschen Bundestages besprochen wird.

Meine Damen und Herren, ein solcher Gesetzgebungsprozess ist

doch das Instrument, das Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung schafft; das wollen wir doch alle. Es gibt kein einziges Argument, warum eine solche wichtige Entscheidung nicht im Parlament getroffen werden könnte.

Alles, was Sie gestern in der Aktuellen Stunde vorgetragen haben, sind Ausflüchte. Es ist für Sie halt einfacher, hier das Parlament außen vor zu lassen und im Alleingang selbst zu entscheiden. Aber Gott sei Dank gibt es auch bei Ihnen wackere Menschen wie Thorsten Frei, der ebenfalls ein Impfgesetz gefordert hat.

Sie hätten längst ein Gesetz vorlegen müssen. Und wieder einmal gehen wir als FDP-Bundestagsfraktion in Vorleistung. Wir reden nicht nur. Wir handeln und legen Ihnen hier einen konkreten Gesetzentwurf vor.

Ich bin jetzt auf die Diskussion gespannt; denn Sie benötigen verdammte gute Argumente gegen das, was die Leopoldina, der Ethikrat und der Wissenschaftliche Dienst sagen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Alles, was Sie gestern in der Aktuellen Stunde vorgetragen haben, sind Ausflüchte.

Rudolf Henke, CDU:

Eine Art von Verfahrenskultur, die wir nicht mittragen können

Rudolf Henke (*1954)
Wahlkreis Aachen I

In dem Infektionsschutzgesetz, das wir durch das Bevölkerungsschutzgesetz geändert haben, haben wir die Ansprüche auf die Durchführung der Schutzimpfung geregelt.

Wir haben genau die Kriterien, die in der gemeinsamen Empfehlung der Akademie der Wissenschaften, Leopoldina, und der Ständigen Impfkommission ent-

halten sind, auf die Sie sich beziehen, in das Gesetz hineingeschrieben.

Das sind die besonders vulnerablen Gruppen. Es sind diejenigen, die sich um die besonders vulnerablen Gruppen kümmern müssen. Es sind die, die für die Daseinsfürsorgefunktionen in unserem Land verantwortlich sind, und es sind diejenigen, die für die staatliche Funktionsfähigkeit erforderlich sind.

Es ist so, dass das Gesetz eine Ermächtigung, eine Befugnis an den Bundesminister für Gesundheit enthält, die Einzelheiten in einer Rechtsverordnung zu klären. Jetzt kann man natürlich sagen: Ansprüche, die dort formuliert werden, gelten im SGB V nur für diejenigen, die auch Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen sind. – Das ist ja eines der Argumente, das Sie nach Lektüre der Bemerkungen aus dem Wissen-

schaftlichen Dienst auch betont haben. Es ist aber materiell so, dass jeder, der nicht in der gesetzlichen Krankenkasse versichert ist, den gleichen Anspruch wie derjenige genießt, der in der gesetzlichen Krankenkasse versichert ist. Dafür beteiligt sich die PKV, beteiligen sich andere Finanziere an den Kosten. Aber die Anspruchsgrundlage ist in dem Gesetz unterschiedslos geregelt.

Deswegen hat natürlich die Frage einer anschließenden Rechtsverordnung nichts mit einem ungeregelten Bereich oder fehlendem Gesetzesauftrag zu tun. Ich weise das zurück. Ich nehme Sie als Zeugen, weil Sie in Ihrem Gesetzentwurf, den wir heute diskutieren, schon für den Zeitpunkt 14 Tage nach der An-

wendung Ihres vorgeschlagenen Gesetzentwurfs eine Verordnungsermächtigung in § 6 formuliert haben:

Das Bundesministerium für Gesundheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages das Verfahren der Impfstoffzuteilung zu regeln, die Risiko- und Indikationsgruppen nach § 3, auch im Hinblick auf die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung sowie pflegender Angehöriger, zu konkretisieren sowie im Falle neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse ...

Dann: diese neuen Erkenntnisse dann zu interpretieren und auszulegen.

Wenn Sie das verfassungsrechtlich für möglich halten, dann ist der Streit, den wir jetzt haben, kein prinzipieller

verfassungsrechtlicher Streit, sondern das ist ein Streit ich konzediere, dass ich das nachvollziehen kann, dass das okay ist und dass das auch mit Blick auf parlamentarische Gepflogenheiten normal ist um Zweckmäßigkeiten.

Es geht dann aber nicht um die verfassungsrechtliche Grundlage;

Dann ist auch noch die Freigabe der Chargen durch das PEI notwendig.

denn wenn in unserem Fall die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Befugnis für den Bundesminister für Gesundheit fehlen sollte, dann müsste sie auch in Ihrem Fall fehlen, und dann müsste auch jede Konkretisierung als Parlamentsgesetz verabschiedet werden.

Insofern glaube ich, dass wir ein bisschen runterdimmen können.

In der Sache vermag ich gar keinen zentralen Unterschied zwischen den Regelungsvorschlägen in der Rechtsverordnung des Ministers, in den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission, die sich im Augenblick, formal betrachtet, noch immer in einem zweiten Anhörungsverfahren befinden ich vermute, dass wir in den nächsten Stunden oder Halbtagen die endgültige Fassung erfahren werden, und dem, was Sie in dem Gesetzentwurf vorschla-

gen, erkennen. Es ist genau die gleiche Priorisierung.

Insofern: Ich will das nicht einen Streit um des Kaisers Bart nennen, weil es in der Tat um die Rolle des Parlaments geht. Aber der Unterschied ist der, dass wir sagen: Wir vertrauen das dem Bundesminister für Gesundheit an, und dann hat das Parlament jederzeit die Möglichkeit, eine solche Rechtsverordnung durch ein einfaches Gesetz

wieder zurückzuholen und außer Kraft zu setzen. Das ist zu jedem Zeitpunkt möglich. Die parlamentarische Beteiligung ist durch die gestrige Aktuelle Stunde, durch die heutige Debatte und durch die Möglichkeit, die Verordnung je-

derzeit zurückzuholen, immer gewährleistet.

Sie sagen aber: Wir möchten zurück zum Anfang.

– Ja, nicht nur Sie. Aber die Frage ist, ob das praktisch ist, ob das pragmatisch ist. Ich habe deswegen Zweifel daran, weil es nur unter der Voraussetzung zu Impfungen kommt, dass die EMA und die Europäische Kommission den Impfstoff zulassen. Es ist nicht bewiesen, dass es so sein wird.

Aber die Frage ist, ob das praktisch ist, ob das pragmatisch ist.

Denklogisch ist es möglich, dass die EMA und die Europäische Kommission sagen: Das dauert noch etwas. Dann ist auch noch die Freigabe der Chargen durch das PEI notwendig. Es ist auch noch nicht bewiesen, dass die

kommt, und es ist auch nicht bewiesen, dass sie für jede der Chargen kommt.

Aber wenn das alles so passiert, wie wir uns das wünschen, dann wird das Impfen am 27. Dezember starten. Deswegen ist gar keine Zeit, um das, was Sie vorschlagen, überhaupt noch zu realisieren.

Wir haben gestern im Gesundheitsausschuss alle gemeinsam beschlossen, dass es zu Ihrem Gesetzentwurf am 13. Januar eine parlamentarische Anhörung geben wird. Danach kann dann erst die Meinungsbildung erfolgen. Gesetzt den Fall, Sie würden sich mit dem Entwurf durchsetzen, dann könnte der Bundesrat erst in seiner Sitzung im Februar darüber entscheiden.

Wem wollen Sie denn erklären, dass wir bis zu diesem Zeitpunkt der Beseitigung Ihrer verfassungsrechtlichen Bedenken warten sol-

len, bis wir mit der Impfkampagne starten?

Das ist wirklich eine Art von Verfahrenskultur, die wir nicht mittragen können. Deswegen bitte ich herzlich um Verständnis dafür,

dass wir auf der Basis des Bevölkerungsschutzgesetzes, des geänderten Infektionsschutzgesetzes und der zu erwartenden Rechtsverordnung des Bundesministers für Gesundheit, die auch extra zurückgestellt worden ist, bis diese Debatte und die von gestern gelaufen sind und bis die STIKO-Empfehlung angepasst ist, agieren wollen. Ich bitte Sie herzlich um Verständnis dafür, dass ich Sie bitte, das dann auch zu unterstützen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Robby Schlund, AfD:

Sie proklamieren hier ein sogenanntes Clustermanagement



Robby Schlund (*1967)
Landesliste Thüringen

nicht zielführend, da in dieser Gruppe mit den stärksten Nebenwirkungen des hochexperimentellen mRNA-Impfstoffes zu rechnen ist.

System und pandemie-relevante Gruppen wie zum Beispiel medizinische Kräfte, Polizei, Rettungskräfte, Bundeswehr und Pflegekräfte sollten natürlich absolut freiwillig zuerst geimpft werden, genauso wie auch unsere Bundesregierung. Die sollten hier mit gesundem und mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden Sie in den nächsten Wochen beobachten.

Nach unserem AfD-Rastermanagement, welches wir mehrfach auch schon im Februar hier im Plenum vorgestellt hatten, fordern wir immer den Schutz der Risikogruppen mit Maßnahmen wie angemessener Isolierung, Social Distancing und FFP2-Masken.

Statt ohne Not die Risikogruppen zu impfen, die wohl am meisten mit den Nebenwirkungen zu kämpfen

haben,

präferieren wir die von uns bereits benannten systemrelevanten Gruppen.

Zusätzlich geht in Deutschland die Impfbereitschaft massiv zurück. Aber warum ist das so?

Das ist hier die entscheidende Frage.

Weil die Menschen das Vertrauen in die Bundesregierung und ihre Hauruckmaßnahmen verloren haben.

Statt Rastermanagement proklamieren Sie hier ein sogenanntes Clustermanagement, was nicht nur wahnsinnig teuer ist 5 Milliarden Euro pro Woche!, sondern auch unseren kompletten Mittelstand demontiert und letztendlich nichts gebracht hat außer ein riesiges Chaos.

Lediglich 37 Prozent der Menschen haben noch Vertrauen in die Politik, und dieser Entwurf trägt nicht dazu bei, das Vertrauen zurückzugewinnen. Genauso wenig trägt ein genbasierter mRNA-Impfstoff

dazu bei, wenn man keine Alternativen anbietet. Was ist zum Beispiel mit den Vektorimpfstoffen oder Totimpfstoffen? Hier liegt eine sehr gute Langzeiterfahrung vor, und in der Welt wurden schon einige zugelassen, zum Beispiel in China

oder die beiden russischen Impfstoffe

Wie sieht es hier mit der wissenschaftlichen Zusammenarbeit aus? Leider Fehlanzeige. Irgendwie wird das Ganze den Geruch nicht los, dass es hier einzig und allein

um Lobbyismus geht, und da macht auch der FDP-Gesetzentwurf keine Ausnahme.

Man hat echt das Gefühl, man bekommt hier nur Absinth, obwohl weltweit noch grüner Tee und Glühwein zur Verfügung stehen. Ihnen allen schöne Weihnachten, und denken Sie einfach in der Weihnachtszeit einmal darüber nach, was ich Ihnen gesagt habe!

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Nee! Bei Ihnen haben ja auch alle nur eine Grippe in der Fraktion! Auch wenn sie im Krankenhaus liegen! – Michael Theurer [FDP]: Sie haben vielleicht auch zu viel Absinth getrunken!)



Vergangene Woche hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) die Coronavirus-Impfverordnung unterschrieben.

© picture-alliance/Flashpic | Jens Krick

Sabine Dittmar, SPD:

Eine weitere gesetzgeberische Befassung ist nicht notwendig



Sabine Dittmar (*1964)
Landesliste Bayern

Nach der Aktuellen Stunde gestern befassen wir uns heute erneut mit der Priorisierung der Covid-19-Impfung in Deutschland. In den letzten beiden Sitzungen des Gesund-

heitsausschusses haben wir sehr ausführlich mit dem Gesundheitsminister, mit dem Robert-Koch-Institut, aber auch mit der Ständigen Impfkommission die aktuellen Empfehlungen rund um die Impfstrategie beraten. Als Parlament haben wir im Dritten Bevölkerungsschutzgesetz die grundsätzlichen Vorgaben für die Ausrichtung der Impfpriorisierung in der ersten Phase erarbeitet.

Im Übrigen, Frau Aschenberg-Dugnus, war die von Ihnen zitierte Forderung der Leopoldina und auch der Ethikkommission Grundlage dieser Formulierung.

Hier von einer Umgehung des Parlaments, von einem Hauruckverfahren oder von Geheimniskrämerei zu sprechen, verkennt meiner Meinung nach die Realität.

Zweifellos ist die Frage, wer zuerst geimpft werden kann, elementar und auch grundrechtsrelevant. Ich bin aber davon überzeugt, dass der Weg, den wir hier eingeschlagen haben, nach wie vor der richtige ist.

Der vorgelegte Entwurf der FDP zeigt, dass ein weiteres Gesetzgebungsverfahren zu keinem wesentlichen anderen Ergebnis bezüglich der Priorisierung kommt als die Grundsätze, die wir im Dritten Bevölkerungsschutzgesetz bereits festgelegt haben.

Diese sind der Schutz der vulnerablen Gruppen, der Schutz de-

rer, die diese pflegen, betreuen und behandeln, und der Schutz von Personen in den besonderen zentralen Dienstleistungsbereichen. Genau das findet sich auch ausdifferenziert im Entwurf der Rechtsverordnung wieder, der auf wissenschaftlichen, epidemiologischen und ethischen Erkenntnissen basiert.

Ihr Gesetzentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen, sieht ja ebenso die Rechtsverordnung für notwendige weitergehende Anpassungen und Ausgestaltung vor. Also scheint das auch in Ihren Augen ein passendes Instrument zu sein, um flexibel und schnell reagieren zu können.

Meine Damen und Herren, schnelles Handeln ist angesichts der Infektionsdynamik – fast 30 000 Neuinfektionen, gestern fast 1 000 Todesfälle, heute fast 700 Todesfälle – dringend angesagt. Mit

dem von der Koalition gewählten Weg können wir noch in diesem Jahr mit den angekündigten und erfreulicherweise bereitgestellten 400 000 Impfdosen beginnen. Mit dem von der FDP vorgeschlagenen Verfahren würden wir mit dem Impfen frühestens im Februar anfangen.

Ich, meine Damen und Herren, hoffe, dass wir zu diesem Zeitpunkt dann bereits 1,5 Millionen Menschen mit beiden Impfungen versorgt haben werden.

Kolleginnen und Kollegen, unter Berücksichtigung der genannten Aspekte – Leitplanken für die Priorisierung sind bereits gesetzgeberisch vorgegeben, ein weiteres gesetzgeberisches Verfahren bringt keine neuen Erkenntnisse, und mit einer Rechtsverordnung ist ein schnelles und flexibles Agieren möglich – ist eine weitere gesetzgeberische Befassung nach meiner Meinung nicht notwendig.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Achim Kessler, Die Linke:

Rechtsverordnung könnte von den Gerichten gekippt werden



Achim Kessler (*1964)
Landesliste Hessen

Auch mit zugelassenen und wirksamen Impfstoffen werden weiterhin Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nötig sein darüber sind wir uns fast alle einig;

denn die Impfstoffe werden noch lange nicht für alle Menschen zur Verfügung stehen. Deshalb ist eine Priorisierung, das heißt die Festlegung einer Reihenfolge bei den Impfungen, unumgänglich, und das ist mit schwierigsten ethischen Fragen verbunden; denn die Festlegung, welche Bevölkerungsgruppen zuerst geimpft werden sollen, kann möglicherweise viele Menschenleben kosten, wenn Impfungen für bestimmte Risikogruppen unterlassen oder erst verspätet ermöglicht

werden.

Vor diesem ernsten Hintergrund ist es vollkommen unverständlich, dass die Bundesregierung beschlossen hat, diese schwerwiegende ethische Frage alleine zu beantworten und auch zu verantworten. Ich fürchte, dass Herr Spahn das noch bitter bereuen wird.

Meine Damen und Herren, eine Coronaimpfverordnung reicht keineswegs aus, um schwerwiegende Entscheidungen ausreichend zu legitimieren. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages kommt in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, dass eine gesetzliche Regelung durch den Bundestag zwingend erforderlich ist. Mit dem Dritten Bevölkerungsschutzgesetz haben Sie es zwar dem Bundesgesundheitsministerium ermöglicht, den Anspruch auf Impfungen zu regeln; aber im Gesetz wurde eine Priorisierung nicht genau ausgeführt, sondern nur angedeutet. Deshalb hat vor dem Gesetz auch weiterhin grundsätzlich jeder Bürger und jede Bürgerin denselben Anspruch auf Impfung. Die Bundesregierung riskiert deshalb, dass ihre Rechtsverordnung von den Gerichten gekippt wird. Und das, meine Damen und Herren, ist verantwortungslos, weil es die Impfungen verzögern kann.

Herr Henke, wenn Sie sich jetzt hierhinsetzen und sagen, eine gesetzliche Regelung sei nicht möglich, weil das zu lange dauern würde, dann möchte ich Ihnen einmal sagen: Wir haben allen Fristverkürzungen zugestimmt, und es ist nachgerade eine Unverschämtheit, jetzt hier Zeitgründe anzuführen.

Sie müssten mindestens das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz nachbessern, um nicht vor dem Verfassungsgericht baden zu gehen; denn Inhalt, Ausmaß und Zweck der erteilten Ermächtigung zur Verordnung müssen im förmlichen Gesetz hinreichend bestimmt sein.

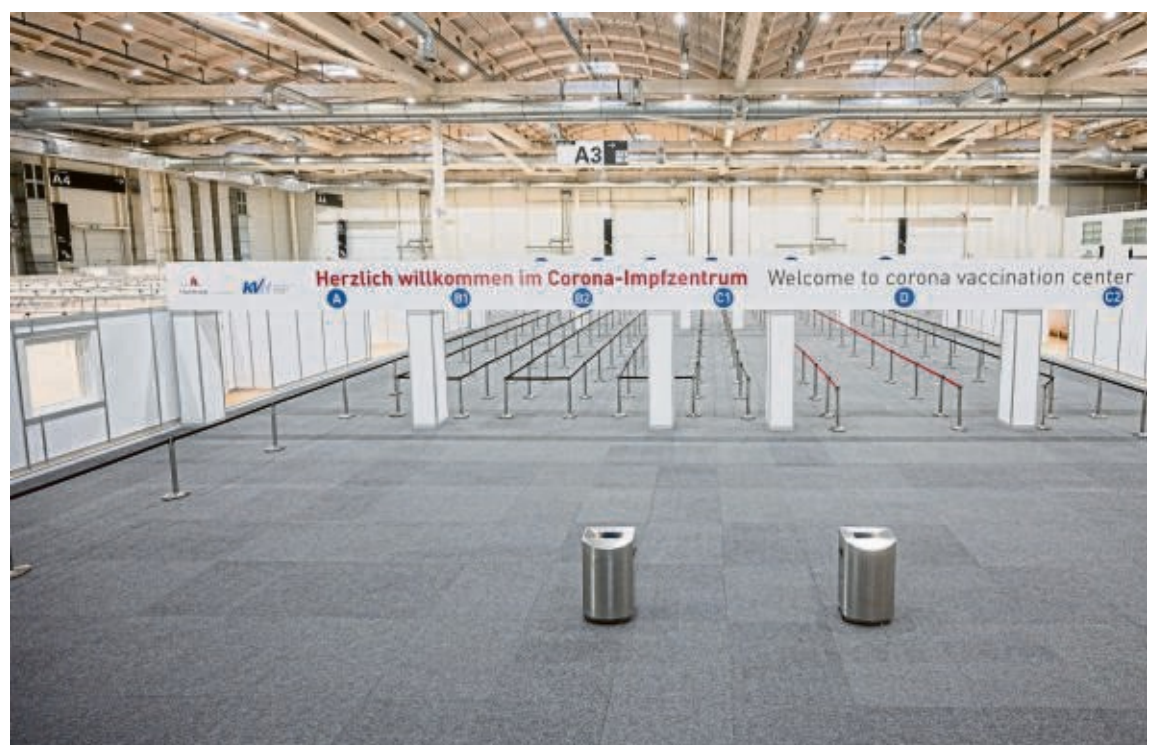
Die Linke hat deshalb einen Antrag eingebracht, nach dem die Bundesregierung dem Bundestag eine Impfstrategie nebst Priorisierung zur Beratung und Entscheidung vorlegen soll. Wir freuen uns, dass die FDP anstelle der Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf unserem Antrag entspricht.

Wir erkennen ausdrücklich an, dass die FDP damit versucht, der Bundesregierung auf die Sprünge zu helfen.

Aber dass Geflüchtete in Massenunterkünften, dass Wohnungslose und Menschen, die in Schlachthöfen arbeiten, die allesamt ein sehr, sehr hohes Infektionsrisiko haben, bei Ihrer Priorisierung nicht angemessen berücksichtigt sind, kritisieren wir scharf. Deshalb werden wir Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)



Bundesweit sind in den letzten Wochen 440 Corona-Impfzentren errichtet worden.

© picture-alliance/D.Reinhardt

Kordula Schulz-Asche, Bündnis 90/Die Grünen:

Lassen Sie uns diesen guten Weg auch rechtssicher gestalten



Kordula Schulz-Asche (*1956)
Landesliste Hessen

Covid-19 betrifft uns alle – in diesem Jahr und wahrscheinlich auch im nächsten Jahr. Die Folgen sind verheerend weltweit und in gesundheitlicher, in sozialer und wahrschein-

lich auch in politischer Hinsicht. Deswegen ist die Entwicklung der Impfstoffe so wichtig für den Schutz der Bevölkerung, für die Sicherheit der Bevölkerung. Ich bin mir sicher, dass alle demokratischen Mitglieder dieses Hauses froh sind, dass wir durch gemeinsame, gemeinschaftliche Anstrengung bald mit den Impfungen beginnen können.

Da anfangs nur wenige Impfstoffe zur Verfügung stehen werden, ist es umso wichtiger, dass wir eine faire und gerechte Verteilung hinbekommen, die nachvollziehbar und einheitlich ist. Nun behauptet Minis-

ter Spahn, wir hätten dafür eine Rechtsgrundlage und eine Verordnung der Bundesregierung würde reichen. Aber ich frage Sie: Ist das wirklich so? Ich sage: Nein;

denn als Rechtfertigung beruft sich Spahn im Kern auf

Covid-19 betrifft uns alle – in diesem Jahr und wahrscheinlich auch im nächsten Jahr.

§ 20i Absatz 3 des SGB V. Dort geht es nicht etwa um den Zugang zur Impfung, sondern es geht um die Kostenerstattung der Impfung. Damit fehlt die rechtliche Grundlage für die Priorisierung der Impfstoffverteilung.

Die begrenzte Verfügbarkeit eines Impfstoffes in Verbindung mit

einer lebensbedrohlichen Infektion ist aus unserer Sicht grundrechtsrelevant. Das zeigt sich übrigens auch im Ergebnis der Anhörung zum Dritten Bevölkerungsschutzgesetz sowie in den Empfehlungen der Leopoldina, des Ethikrates und der STIKO. Eine klare Rechtsgrundlage ist auch nötig, um die Arbeit der Ärztinnen und Ärzte und ihrer Teams zu erleichtern, die in den nächsten Tagen in den Impfzentren zu impfen beginnen, und um sie nicht allein zu lassen.

Der Gesetzentwurf der FDP ist ein richtiger und wichtiger Vorschlag. Auch wenn wir daran im Detail einiges kritisieren, ist er auf jeden Fall besser als keine Rechtsgrundlage. Deswegen geht mein ausdrücklicher Dank an die Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Meine Damen und Herren, in einer Krise die Coronapandemie ist eine Krise ist der Schutz der

Rechte von Bürgerinnen und Bürgern gerade in einer Demokratie zentral. Um ihn sicherzustellen, gibt es die gewählten Parlamente. Lassen Sie uns gemeinsam für eine sichere Rechtsgrundlage sorgen, damit die Priorisierung bei der Impfung tatsächlich auf einer guten Grundlage steht und wir

schnell und sicher durch diese Krise kommen. Dies gelingt, indem wir möglichst viele Menschen impfen können und eine gute Immunisierung der Bevölkerung erreichen. Wir sind auf einem guten Weg, aber lassen Sie uns diesen auch rechtssicher gestalten.

Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Gesetzentwurf der FDP ist ein richtiger und wichtiger Vorschlag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Stephan Pilsinger, CSU:

Dieser Impfstoff ist ein historischer Durchbruch



Stephan Pilsinger (*1987)
Wahlkreis München-West/Mitte

Allein in Deutschland sind dem Coronavirus vorgestern über 950 Menschen zum Opfer gefallen an einem einzigen Tag. Über 4 800 Menschen kämpfen aktuell auf unseren Intensivstationen um ihr Leben. Vollerorts mochte man in den vergangenen Tagen trotzdem nicht auf den geselligen Glühwein inmitten der belebten Einkaufsstraßen verzichten. Auch deshalb infizieren sich aktuell trotz mehrwöchigen Teil-Lockdowns immer mehr Menschen mit dem Virus, leider auch immer mehr ältere Menschen und Menschen aus Risikogruppen. Unsere Kliniken und insbesondere die Intensivstationen stehen heute an ihrer Belastungsgrenze. Viele Häuser mussten in

den vergangenen Tagen bereits Patienten abweisen.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem unter der Last der zahlreich schwer erkrankten Coronapatienten zusammenbricht. Genau aus diesem Grund mussten wir die Maßnahmen zu Beginn dieser Woche noch einmal massiv verschärfen. Das strikte Reduzieren von Kontakten und die konsequente Umsetzung der erweiterten AHA-Regeln bleiben auf absehbare Zeit unsere wirksamste Waffe gegen das Virus.

Doch es gibt Hoffnung. Ich möchte an dieser Stelle noch nicht von einem sprichwörtlichen Licht am Ende des Tunnels sprechen so weit sind wir noch nicht; aber mit dem ersten bald zur Verfügung stehenden Impfstoff haben wir dem Virus endlich etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Bis eine ausreichende Anzahl von Menschen die Impfung erhalten hat, ist es trotzdem noch ein sehr langer Weg. Die gute Nachricht aber ist: Nach den vorliegenden Daten verhindert eine Impfung in der überwiegenden Zahl der Fälle

schwere und tödliche Krankheitsverläufe. Deshalb halte ich es auch für wichtig, hier im Deutschen Bundestag noch einmal klar zu sagen: Nehmen Sie das Angebot auch wahr und lassen Sie sich gegen das Virus impfen!

Die Impfung wurde in den klinischen Studien von allen 43 000 Testpersonen gut vertragen. Schwerwiegende Nebenwirkungen traten nicht auf. Es ist ein historischer Durchbruch, dass Forscher aus Deutschland innerhalb so kurzer Zeit eine Waffe gegen die zerstörerische Pandemie entwickelt haben. Dieser Impfstoff, meine Damen und Herren, wird Leben retten. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten der Impfstoff nur auf dem Wege einer Notfallzulassung genehmigt worden ist. Die Zulassung des Impfstoffs durch unsere europäischen Behörden wird damit die erste reguläre Zulassung sein.

Die Impfung wurde in den klinischen Studien von allen 43.000 Testpersonen gut vertragen.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut geboten, gemeinsam mit Experten der Nationalen Akademie

der Wissenschaften Leopoldina und des Deutschen Ethikrates Kriterien für eine Priorisierung von Covid-19- Impfstoffen vorzuschlagen. Uns wird vonseiten der Opposition immer wieder vorgeworfen, man müsse die Priorisierung in einem Bundesgesetz regeln. Aber das sage ich Ihnen ganz offen kein Gesetzgeber kann in einer so sensiblen Fragestellung fundiertere Empfehlungen aussprechen als die Wissenschaft und ein Gremium wie der Ethikrat.

Sobald die Impfungen starten, sind die drei Institutionen zudem aufgerufen, die Effekte der ersten Impffase auf die Pandemie herauszuarbeiten, sowohl in Bezug auf die epidemiologischen als

auch in Bezug auf die ethischen Implikationen. Durch diese Maßnahmen schaffen

wir die nötigen Voraussetzungen dafür, dass die knappen Impfstoffe sinnvoll und zum Schutz der besonders betroffenen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden, auch ohne ein entsprechendes Gesetz. Das ist richtig. Deswegen bitte ich darum, die Bundesregierung in ihrem bisher stattgehabten Verfahren zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Mund-Nasenbedeckung sind weiterhin wichtig zur Reduzierung der Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus. © picture-alliance/Eibner-Pressefoto | Fleig

Hilde Mattheis, SPD:

Impfstrategie muss so solidarisch wie möglich umgesetzt werden



Hilde Mattheis (*1954)
Landesliste Baden-Württemberg

Wir haben, glaube ich, in den letzten Debatten alle hier im Haus von der rechten Seite abgesehen gezeigt, dass uns die Wahrung von Grundrechten fundamental wichtig ist. Das haben wir in allen Debatten herausgestellt. Deshalb ist jetzt in meinen Augen

nicht der entscheidende Punkt, zu beweisen, dass wir weiterhin die Grundrechte wahren, sondern dass wir einen gangbaren Weg wählen, der die Erwartungen der Bevölkerung sehr schnell erfüllt.

Wir alle sind froh, dass wir nach langen Monaten und aufwendigen Verfahren jetzt Impfstoffe zur Verfügung haben. Ich habe hier die Gutachten dabei: Egal welches es ist die Priorisierung ist für uns alle klar. Das haben wir in § 20i Absatz 3 SGB V genau so formuliert. Erst kommen diejenigen, die am gefährdetsten sind, und dann schichten wir ab, bis die ganz normale Bevölkerung so wie Sie, Herr Theurer,

und wie ich ebenfalls an diesen Impfstoff kommt.

Das ist richtig so. Warum? Weil wir nämlich eine Knappheit haben und mit den Ressourcen gut umgehen müssen.

Von daher sage ich: Wir sind uns einig. Wir müssen diesen Impfstoff, der zur Verfügung steht, zunächst einmal an die Bevölkerungsgruppen verimpfen, die am gefährdetsten sind.

Was jetzt die gesetzliche Verankerung anbelangt, ist das es wurde schon gesagt ein Stück weit eine Debatte um des Kaisers Bart. Wir werden in drei Monaten wieder eine andere Situation haben als jetzt. Wir haben immer gesagt:

Wir haben immer gesagt: Wir sind in einem lernenden Verfahren.

Wir sind in einem lernenden Verfahren. Sogar der Wissenschaftliche Dienst sagt – und da bitte ich Sie, dass Sie, wenn Sie sich schon darauf berufen, auch dies zitieren: Eine gesetzliche Regelung könnte insofern von kurzer Haltbarkeit sein.

Wir gehen jetzt sehr direkt und pragmatisch und vor allen Dingen für die Bevölkerung nachvollziehbar transparent in diese neue Phase zur Bewältigung der Pandemie. Das erhöht unsere Glaubwürdigkeit, und das ist doch die Sicherheit, die die Bevölkerung jetzt braucht.

Ich bin überzeugt, dass wir in ein paar Wochen hier noch mal diskutieren werden müssen, wie denn der Stand der Erkenntnisse sein wird. Das machen wir in unserer Verantwortung als Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Ich berufe mich jetzt noch mal darauf das steht übrigens auch so in Ihrer Gesetzesvorlage, wie

die Abschtung sein soll. Das geschieht alles in Übereinstimmung sowohl mit der Impfstrategie aus dem Haus und der Leopoldina vorschlägt, als auch mit allen anderen Sachverständigen. Da stimmen wir ja völlig überein.

Also bitte ich Sie: Machen Sie doch das, was jetzt nach der Verordnung notwendig ist: die Umsetzung dessen, was wir alle wollen!

In einem Punkt würde ich Sie gerne kritisieren. Das mache ich auch abschließend.

Das Gesetz hat zum Ziel, die Impfvorteilung so fair wie möglich zu organisieren.

Für mich heißt das: Die Impfstrategie muss so solidarisch wie möglich umgesetzt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Prof. Dr. Claudia Schmidtke, CDU:

Die Impfung ist ein Recht und eine Chance für uns alle



Claudia Schmidtke (*1966)
Wahlkreis Lübeck

Ein perfider Aspekt dieser Pandemie ist das Unbekannte. Wir, die heute politische Verantwortung tragen, das Gesundheitswesen, die kritische Öffentlichkeit, auch die Medien wir alle müssen mit einer für uns nie dagewesenen Herausforderung umgehen.

Täglich wird neu hinzugelert. Immer wieder müssen Entscheidungen getroffen werden, die nach einer gewissenhaften Abwägung der möglichen Vor- und Nachteile trotzdem umstritten bleiben. Auch bei der ersehnten Impfung müssen wir abwägen; denn wir haben auch hier mo-

mentan nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund ist es fast verständlich, dass die Opposition auch diese Gelegenheit für Kritik nutzt. Und man muss ja anerkennen, dass Sie in diesem Fall schon konstruktiver geworden sind.

Abwarten! Während die FDP-Fraktion im Sommer überhaupt keine nationale pandemische Gefahr mehr sah,

hat sie nun nur noch den Wunsch, dass die Impffreiheit folge nicht über eine Verordnung auf Grundlage des von uns hier verabschiedeten Infektionsschutzgesetzes, sondern mit einem eigenen Gesetz geregelt wird.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Verordnung der bessere Weg ist, weil sie schneller ist, weil wir bereits ausführlich die gesetzliche Grundlage besprochen und geschaffen haben, aber auch weil sie besser geeignet ist, den Empfehlungen der STIKO, der

Leopoldina und des Ethikrates, die ausdrücklich mit weiteren Erkenntnissen über die zugelassenen Impfstoffe weiterentwickelt werden, zu entsprechen. Das erkennen Sie Herr Henke hat es gesagt in Ihrem Gesetzentwurf auch an, indem Sie aus diesem Grund weitere Verordnungen zulassen.

Im Ergebnis ist das, was Sie heute vorlegen, eine formale Frage, die den realen Problemen, vor denen wir stehen, nicht gerecht wird. Wir sollten heute nicht darüber hadern, welche Überschrift wir über die Impffreiheit setzen; wir sollten vielmehr dafür werben, sich auch impfen zu lassen.

Die Impfung ist keine Pflicht, sie ist ein Recht und eine Chance für uns alle. Mit ihrer Wahrnehmung ist auch ein moralisches Moment verbunden. Der Zuspruch und die Hilfsbereitschaft in den Impfbereichen sind in meinem Umfeld sehr groß.

Gleichwohl möchte ich die

Der Zuspruch und die Hilfsbereitschaft in den Impfbereichen sind in meinem Umfeld sehr groß.

Gelegenheit nutzen, insbesondere die noch skeptischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen zu motivieren. Die Bundesregierung und die Institute haben ihren Beitrag geleistet, um ein einwandfreies, ein reguläres Zulassungsverfahren zu ermöglichen. Jetzt sollten alle, die gerade im medizinischen Bereich um die Bedeutung wissenschaftlicher Evidenz wissen, diese Gelegenheit auch wahrnehmen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, gerade in diesen düsteren Tagen sehen wir Licht. Wir benötigen jedoch noch Geduld, bevor wir es erreichen. Die nächsten Monate werden schwer. Uns wird weiterhin viel Disziplin im Alltag abverlangt. Den digitalen Schwung müssen wir weiter nutzen. Wir müssen in digitale Bildung investieren, aber auch in die digitale Ertüchtigung der Gesundheitsämter, sodass Nachverfolgungen einfacher und weniger aufwendig werden, beispielsweise mit dem von Helmholtz entwickelten SORMAS-Programm.

Denn die Impfungen sind nur eine Säule. Mit der Verordnung des Bundesgesundheitsministers sind sie auf dem besten Weg.

Erlauben Sie mir diese Zeit habe ich noch ein letztes Wort an

die antragstellenden Kolleginnen und Kollegen der FDP. Ich musste es mehrfach lesen, weil ich das gar nicht so richtig glauben konnte. Ich zitiere aus einem Interview eines Mitglieds Ihrer Fraktion: Die Mitarbeiter des Bundesgesundheitsministeriums gehörten – Zitat – „jetzt nicht ins Homeoffice oder in den Urlaub, sondern an ihre Schreibtische“. Meine Damen und Herren, die sprachliche Gleichsetzung von Homeoffice und Urlaub mal beiseite; sie zeugt schon davon, wie wenig Sie tatsächlich von der Lebensrealität der Menschen verstanden haben. Doch ausgerechnet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bundesgesundheitsministerium Untätigkeit zu unterstellen, die sich in diesem Jahr Tag und Nacht für die Bekämpfung dieses Virus einsetzen, statt nur schlaue Interviews zu geben – für eine solche Bemerkung sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

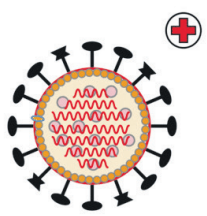
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte.

leicht
erklärt!

Corona-Impfung

Was ist das?



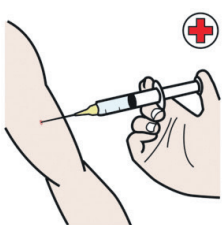
Corona beschäftigt uns alle nun schon seit fast einem Jahr.

In dieser Zeit haben Forscher auf der ganzen Welt Medikamente gegen Corona gesucht.

Und zwar Medikamente, um Corona-Kranke zu behandeln. Und auch eine Impfung gegen Corona.

Im folgenden Text steht mehr über die Impfung.

Was ist eine Impfung?



Bei einer Impfung bekommt man ein bestimmtes Medikament.

Dieses Medikament nennt man Impf-Stoff.

Das Ziel einer Impfung ist der Schutz gegen bestimmte Krankheiten.

Durch die Impfung bilden sich im Körper Stoffe.

Diese Stoffe können etwas gegen Krankheits-Erreger ausrichten.



Wenn in den Körper eines geimpften Menschen Krankheits-Erreger gelangen, kann er sie dann sofort bekämpfen.

Wenn die Impfung richtig wirkt, wird eine geimpfte Person darum nicht krank.

Der Impf-Stoff gegen Corona

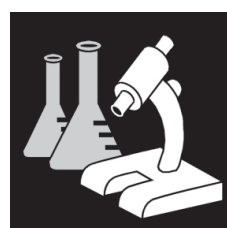


Für jede Krankheit braucht man einen bestimmten Impf-Stoff.

Denn: Der Impf-Stoff muss den Körper auf einen bestimmten Krankheits-Erreger vorbereiten. Zum Beispiel auf das Corona-Virus.

Die Corona-Situation gibt es jetzt schon seit fast einem Jahr.

Schon damals haben viele Medikamenten-Hersteller angefangen, einen Impf-Stoff zu suchen.



In den letzten Monaten gab es dann immer wieder Nachrichten, dass verschiedene Firmen Impf-Stoffe entwickelt haben.



Jeder Impf-Stoff funktioniert ein bisschen anders, aber alle sollen gegen Corona helfen.

Es wird also wahrscheinlich nicht nur einen einzigen Impf-Stoff geben. Es wird mehrere geben.

Ist der Impf-Stoff sicher?

Einen Impf-Stoff zu entwickeln, dauert normalerweise viele Jahre.

Zuerst muss der Impf-Stoff erfunden werden.

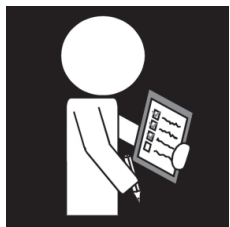
Dann gibt es viele Tests.

Dann muss der Impf-Stoff eine Zulassung bekommen. So nennt man die Erlaubnis, dass der Impf-Stoff auch genutzt wird.

In Europa sind verschiedene Ämter und Politiker-Gruppen für die Zulassung von Medikamenten zuständig.

Das Ziel dabei ist immer:

Ein Medikament muss wirken. Und es muss für den Patienten ungefährlich sein.



Bei Corona musste das alles schneller gehen.

Die Impf-Stoffe wurden in wenigen Monaten entwickelt. Und sie sollen schnell zugelassen werden.

Jeder einzelne Impf-Stoff muss nun von den zuständigen Ämtern und Politiker-Gruppen überprüft werden.

Die ersten Impf-Stoffe werden im Moment schon überprüft.

Auch wenn alles etwas schneller geht, muss ein Impf-Stoff alle Tests bestehen.

Er muss also genau so sicher sein, wie ein Medikament, bei dem die Zulassung länger dauert.

Wenn ein Impf-Stoff zugelassen ist, ist er also sehr sicher.



Man muss aber auch sagen:

Ein Impf-Stoff ist ein Medikament.

Und jedes Medikament kann Neben-Wirkungen haben, die nicht erwünscht sind.

Bei Impfungen gibt es im Normalfall nur schwache Neben-Wirkungen.

Bei vielen Menschen schmerzt zum Beispiel die Stelle, an der gespritzt wurde.

Manchmal fühlt man sich nach einer Impfung auch ein paar Tage lang krank.

Das kommt daher, weil sich der Körper auf die Abwehr von Krankheits-Erregern vorbereitet.

In sehr, sehr wenigen Fällen können Neben-Wirkungen auch schlimmer sein.

Wann starten die Impfungen?

Man weiß noch nicht ganz genau, wann die Impfungen starten können.

Wahrscheinlich wird es schon Ende Dezember die ersten Impfungen geben.

Vielleicht geht es auch erst im Januar los.

Das hängt davon ab, wann der erste Impf-Stoff eine Zulassung bekommt.



Wie wird der Impf-Stoff verteilt?

Wenn die Impfungen losgehen, wird es nicht sofort genug Impf-Stoff für alle Menschen geben.

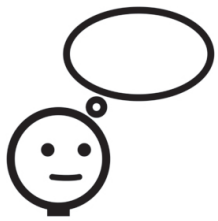
Er muss erst hergestellt werden.

Außerdem kann man jeden Tag nur eine gewisse Anzahl an Menschen impfen.

Denn dafür braucht man medizinische Mitarbeiter, die die Impfungen erledigen.

Es wird also einige Monate dauern, bis alle Menschen geimpft werden können.





Deswegen muss man überlegen:
Wer soll zuerst geimpft werden?

Darüber wird nun in den nächsten Wochen gesprochen.

Wahrscheinlich werden bestimmte Gruppen festgelegt.
Sie werden dann der Reihe nach geimpft.



Die Reihenfolge soll sich danach richten, wer die Impfung am dringendsten braucht.

Zum Beispiel, weil die Person besonders viel Kontakt mit Menschen hat, die Corona haben.

Oder weil eine Erkrankung mit Corona für die Person besonders gefährlich ist.

Außerdem sollen auch Menschen früh geimpft werden, die für die Gesellschaft besonders wichtig sind. Das könnten zum Beispiel Polizisten oder Lehrer sein.



Einen Vorschlag hat zum Beispiel die Ständige Impf-Kommission gemacht.

Ständige Impf-Kommission ist der Name einer Experten-Gruppe.

Sie macht Empfehlungen zu allen möglichen Arten von Impfungen.

Die Ständige Impfkommision hat vorgeschlagen:

Zuerst dürfen sich zum Beispiel Bewohner und Mitarbeiter von Pflege-Heimen impfen lassen. Außerdem Mitarbeiter in Not-Aufnahmen und Alters-Heimen und Menschen über 80 Jahre.

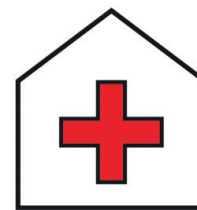
Danach dürfen sich dann zum Beispiel Menschen im Alter von 75 bis 80 Jahren impfen lassen.

In der dritten Gruppe sind dann zum Beispiel Menschen im Alter von 70 bis 75 Jahren.



Wie genau die Reihenfolge sein wird, ist noch nicht klar.

Politiker und Experten wollen noch darüber sprechen.



Wo wird der Impf-Stoff verteilt?

Impfung in Impf-Zentren

Die Impfungen sollen erst einmal in Impf-Zentren stattfinden.

Diese Impf-Zentren wurden in den letzten Wochen überall in Deutschland aufgebaut.

Zum Beispiel in Sport-Hallen, Hotels und Gemeinde-Häusern.

Außerdem wurden Freiwillige gesucht, die in den Impf-Zentren arbeiten wollen.

Zum Beispiel Ärzte.

In den Impf-Zentren gibt es alles, was man für die Impfung braucht.

Man kann sich einen Termin holen. Dann geht man ins Impf-Zentrum und wird dort geimpft.

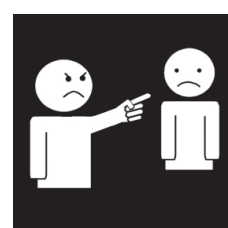


Impfung durch Haus-Ärzte

In den Impf-Zentren kann man nur eine bestimmte Anzahl an Menschen impfen.

Wenn man nur in den Zentren impft, kann es sehr lange dauern, bis alle Menschen in Deutschland geimpft werden können.

Etwas später im Jahr 2021 sollen darum auch Haus-Ärzte impfen dürfen. Dann können sich jeden Tag mehr Menschen impfen lassen.



Muss man sich impfen lassen?

Immer wieder hört man eine Frage.

Und zwar:

Wird es eine Impf-Pflicht geben?

Impf-Pflicht bedeutet: Man darf nicht mehr selbst entscheiden, ob man sich impfen lassen möchte.

Man muss sich impfen lassen.

Dafür gibt es dann ein Gesetz.



Eine Impf-Pflicht für alle soll es nicht geben.

Die Bundes-Regierung hat mehrfach gesagt, dass sie keine Impf-Pflicht haben möchte.

Sie möchte, dass die Menschen sich freiwillig für eine Impfung entscheiden.

Und auch viele Experten sind gegen eine Impf-Pflicht.

Es wäre auch schwierig, eine Impf-Pflicht für alle einzuführen.

Denn: So eine Pflicht müsste zum Grund-Gesetz passen.



Das Grund-Gesetz ist das wichtigste Gesetz in Deutschland.

In ihm stehen die wichtigsten Regeln für Deutschland.

Und im Grund-Gesetz gibt es Regeln, die eine Impf-Pflicht für alle schwierig machen.

Es wäre möglich, eine Impf-Pflicht für bestimmte Menschen zu machen. Zum Beispiel für Menschen, die von Corona besonders bedroht sind.

Aber auch das ist nicht geplant.

Es kann aber sein, dass man eine Impfung haben muss, um bestimmte Dinge zu tun.

Zum Beispiel, um bestimmte Berufe auszuüben.

Beispielsweise, wenn man im medizinischen Bereich arbeitet.

Es kann zum Beispiel auch sein, dass bestimmte Geschäfte nur geimpfte Menschen reinlassen.

Denn darüber entscheidet der Laden-Besitzer.

Oder es kann sein, dass man geimpft sein muss, wenn man eine bestimmte Veranstaltung besuchen will. Denn darüber entscheidet der Veranstalter.

Kurz zusammengefasst



Ein wichtiges Mittel gegen Corona sollen Impfungen sein.

Wer geimpft ist, wird sehr wahrscheinlich nicht an Corona erkranken.

Inzwischen gibt es einige Impf-Stoffe gegen Corona.

Ende Dezember oder im Januar soll mit den Impfungen begonnen werden.

Zuerst kann man sich in Impf-Zentren impfen lassen.

Später sollen dann auch Haus-Ärzte gegen Corona impfen dürfen.

Eine Impf-Pflicht für alle soll es nicht geben.

Die Impfung ist freiwillig.

Eine Impf-Pflicht für bestimmte Menschen wäre möglich. Sie ist aber nicht geplant.

Es kann aber sein, dass sich manche Menschen impfen lassen müssen, wenn sie bestimmte Dinge tun möchten.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Photoshot | - Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpuk-ve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 52-1/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 4. Januar 2021.